

**Über die journalistische Darstellung
oppositioneller Elemente
des gesellschaftlichen Zeitgesprächs
im totalitären Staat**

Herbert Stolzenburg

Über die
journalistische Darstellung
oppositioneller Elemente
des gesellschaftlichen
Zeitgesprächs im
totalitären Staat

untersucht anhand der Zeitschrift
"Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" als Raum kollektiven
Widerstandes gegen die NS-Diktatur in den Jahren 1933/34



Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Herbert Stolz enburg
in München

Druck: W. & I. M. Salzer, München

Referent: Professor Dr.Hanns Braun

Tag der mündlichen Prüfung: 50.7.1957

I n h a l t

	Seite
Vorwort	III
<u>A. "Zeitung" als Ausdruck gesellschaftlichen</u> <u>Bewußtseins und seine Darstellung.</u>	1
<u>B. Das Zeitgespräch der deutschen Gesellschaft nach</u> <u>der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus .</u>	
a. Die Machtübernahme in der öffentlichen Meinung.	4
b. Die NS-Publizistik als Versuch, die öffentli- che Meinung gleichzuschalten.	7
c. Publizistische Widerstände gegen die Unter- drückung der öffentlichen Meinungsäußerung.	21
<u>C. Die Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15." .</u>	25
a. Ihre Entstehung und innere Struktur	27
b. Ihre Position gegenüber der gleichgeschalteten Publizistik	40
<u>D. Die Darstellung von oppositionellen Elementen des</u> <u>gesellschaftlichen Zeitgesprächs in "Wir Kriegs-</u> <u>freiwilligen von 1914/15"</u>	51
Widerstände gegen:	
a. Byzantinismus und braunes Bonzentum	52
b. Militarismus.	65
c. Gleichschaltung von Organisationen (Stahlhelm-Eingliederung)	76
d. Hitlerjugend.	80
e. Kirchen- und Kulturpolitik.	85
f. Biologismus und Rassismus	93
g. "Ausrichtung" des Rechts und der Justiz	101
h. Totalitarismus.	110
i. Radikalismus und Denunziantentum.	117
j. Gleichschaltung der Wirtschaft und der Berufsverbände.	122
k. geistige Isolation vom Ausland.	127

	Seite
<u>E. Die Methodik der Darstellung</u>	
a. Äussere Methodik: Aufmachung - Gestaltung . - Sprache	131
b. Innere Methodik: Die Darstellungsformen - Mehrdeutigkeit - Verstellung - Schein-Loya- lität	136
<u>F. Die journalistische Darstellung von oppositio- nellen Elementen des gesellschaftlichen Zeit - gesprächs als Aushöhlung der Meinungsdictatur des totalitären Regimes.</u>	147

Anhang

V o r w o r t

In und nach dem zweiten Weltkrieg ist die These von der deutschen Kollektivschuld vertreten worden. Die Behauptung, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sei für alle Taten des NS-Regimes verantwortlich zu machen, weil zwischen 1933 und 1945 nicht die Andeutung eines kollektiven Meinungswiderstandes gegen das NS-Regime laut geworden sei, verkennt, daß freie kollektive Meinung im totalitären Staat in der Regel öffentlich nicht darstellbar ist. Es gehört zu den ersten Maßnahmen des allmächtigen Regimes, seine eigene Meinung als Meinung der von ihm beherrschten Gesellschaft auszugeben und alle Darstellung abweichender öffentlicher Meinung zu unterbinden. Allein mit der Feststellung, er sei nicht laut geworden, ist also die Frage nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein kollektiven Meinungswiderstandes nicht beantwortet.

Er war im Deutschland der Jahre 1933 - 1945 in der Tat existent: der grassierende Flüsterwitz gegen das Dritte Reich ist prinzipiell kollektiver Meinungswiderstand¹⁾. Ein solcher ist - wenn auch nur in einem einzigen Falle - aber auch laut geworden, insofern abweichende öffentliche Meinung öffentlich dargestellt wurde: Die journalistische Einzelleistung von Werner Schoknecht, dem Herausgeber der Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15"²⁾ ermöglicht es uns, dies zu belegen.

Der Verfasser mißt dem Beispiel WK insofern exemplarische Bedeutung bei, als die Methodik publizistischer "Gleichschaltung" allen totalitären Systemen eigen und da-

1) vgl. M.Buchele: Der Witz als Mittel des inneren Widerstandes gegen das Dritte Reich, Münchner Phil.Diss. 1956

2) Der Zeitungstitel "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" wird im weiteren Verlauf der Arbeit mit WK bezeichnet.

mit die Problematik der Darstellung - und d.h. der Leistung - kollektiven Widerstandes prinzipiell die gleiche ist. Die Antwort des Journalisten auf die an ihn ergangene Herausforderung freilich hat den gegebenen Umständen und Verhältnissen der jeweiligen Gesellschaft Rechnung zu tragen - es kann nicht Sinn dieser Untersuchung sein, ein auf gegenwärtige oder zukünftige Fälle von Totalitarismus universal anwendbares "Rezept" zu finden.

Ich habe dem Ordinarius für Zeitungswissenschaft an der Universität München, Herrn Professor Hanns Braun, zu danken, daß er mir diese überaus interessante Aufgabe übertrug. Mein Dank gilt ferner Herrn Werner Schoknecht für die Überlassung des Materials.

A. "Zeitung" als Ausdruck des gesellschaftlichen Bewußtseins

und seine Darstellung

"Zeitung" meint zeitungswissenschaftlich: Zeitgespräch der Gesellschaft¹⁾. Dieses stellt sich primär in der Presse, daneben auch auf Tagungen, im Funk usw. dar, jedenfalls bestimmt die räumlich-technische Notwendigkeit, gesellschaftlich qualifiziertes Zeitgespräch öffentlich darzustellen, die Funktion dieser Medien: der Rundfunk, die (reale) Zeitung usw. sind prinzipiell die nach der Gesellschaft hin offenen Versammlungsräume, in denen sich legitimierte Gesprächspartner - Publizisten - aller gesellschaftlicher Bereiche treffen. Als "Gesprächsanwalt" der gesamten Gesellschaft hat der Journalist dafür zu sorgen, daß vielsinnige Diskussion in Gang gesetzt, gewahrt und stets von neuem angeregt wird. Persönliche und Gruppen-Meinungen dürfen nicht Monologe bleiben, sondern müssen sich immer wieder zum Gespräch vereinigen.

Eine Störung bzw. Zerstörung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs tritt immer dann ein, wenn der Publizist den Journalisten seiner anwaltlichen Funktion beraubt, ihn in seine Dienste zwingt und nur noch Pseudo-Gesprächselemente darstellen läßt, die ihm im Blick auf ihren gesellschaftlichen Einfluß genehm sind.

Mit einem solchen Vorgang in schärfster Ausprägung hat sich diese Untersuchung auseinanderzusetzen. Er ist unter dem Schlagwort "Gleichschaltung" in die Geschichte des deutschen Zeitungswesens eingegangen. Es fällt zwar nicht schwer, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunkanstalten usw. von vor 1933 (und von nach 1945) primär als Führungs-

1) Bernd Maria Aswerus: Götterdämmerung der Zeitung?
In: Deutsche Akademiker-Zeitung, München Nr.1/1954

Instrumente im Dienste Einzelner oder von Gruppen zu erkennen, in dieser Funktion aber stellen sie alles andere als der Ver. einer total-gesellschaftlichen Meinungs-uniformierung dar, welcher 1933 - 1945 über die bedingungslose publizistische In-Pflichtnahme aller Journalisten und Verleger im Dienste der einen, totalen Staats-Ideologie angestrebt wurde. Dies änderte natürlich nichts an der Tatsache, daß ein mehr oder weniger freies gesellschaftliches Zeitgespräch weiterhin geführt wurde. Schon der Versuch seiner öffentlichen Darstellung jedoch bedeutete Widerstand gegen das Regime - ein Problem, das nach dem 30. Januar 1933 für jeden deutschen Journalisten und Publizisten aufgeworfen war.

Die Möglichkeiten aktiven Widerstandes in einer Diktatur sind begrenzt. Eine bewaffnete Erhebung kommt, solange die totale Macht in den Händen der Usurpatoren liegt, nicht in Frage und scheidet als unmittelbare Möglichkeit für deren geistige Widersacher, darunter Publizisten und Journalisten, ohnehin aus. Ihnen bleibt als intellektuelle Form der Resistenz lediglich getarnte Gegenpublizistik. Für diese entschied sich im Dritten Reich in kollegialer Übereinstimmung z.B. die Redaktion der "Frankfurter Zeitung". Sie bot nicht das einzige, jedoch das bekannteste Beispiel einer "Flucht zwischen die Zeilen" ¹⁾. Die entscheidenden Mängel dieses Verfahrens liegen auf der Hand: Auf diese Weise wurden nur Leser von hohem Bildungsniveau und im allgemeinen gleicher politischer Grundeinstellung "erreicht"; es handelte sich um eine geschlossene Lesergemeinde, auf die politische Konter-Publizistik nicht erst angesetzt werden mußte. Eine gesellschaftliche Wirkung war auf dieser Ebene nicht auszuüben und auch nicht zu erhoffen. All' dies gilt in noch stärkerem Maße für Pechels "Deutsche Rundschau". Beide Widerstandsleistungen

1) vgl. F.Hepp: Der geistige Widerstand im Kulturteil der "Frankf.Zeitung" gegen die Diktatur des totalen Staates. München Phil.Diss.1949

und alle Bemühungen, die auf der gleichen Linie lagen, sind nicht als Versuch zu betrachten, die Position des Journalisten als Gesprächsanwalt der gesamten Gesellschaft zu wahren, die gesamte Gesellschaft im Gespräch zusammenzuführen.

Die Anwaltschaft des Journalisten betrifft die gesamte vielsinnige Gesellschaft. Journalismus - also gesellschaftliche Anwaltschaft - unter Meinungsdictatur bedeutet daher prinzipiell: Widerstandstätigkeit gegen die uniforme Staats-Publizistik - freilich nicht im Sinne von Gegen-Publizistik. Hierfür eine praktikable Formel zu finden, stellte und stellt sich als Problem.

Daß es eine solche Lösung, d.h. also einen Weg des öffentlichen Widerstandes gegen den totalen Staat gibt, wurde mit der Zeitung bewiesen, deren Leistung den Gegenstand dieser Arbeit bildet. Die journalistische Antwort, die Schoknecht auf die an seine Generation gerichtete Herausforderung intuitiv fand, schlug die NS-Publizistik auf ihrem eigenen Felde. Ein offenbar "angeborenes" Einfühlungsvermögen in die Methodik und Anfälligkeit der publizistischen Führung des totalitären Staates gab Schoknecht die nachtwandlerische Sicherheit, mit der er 16 1/2 Monate lang seinen Weg ging, bis ein eigener Formfehler und die Ungeschicklichkeit einer bedeutenden Auslandszeitung dem Reichspropagandaministerium eine Handhabe gegen ihn und damit den Vorwand zum Verbot gab.

Die Verwirklichung journalistischen Widerstandes gegen eine Diktatur und deren Publizistik ist im folgenden zeitungswissenschaftlich zu untersuchen und zu begründen und damit ihre prinzipielle Allgemeingültigkeit aufzuzeigen.

B. Das Zeitgespräch der deutschen Gesellschaft nach der

Machtübernahme durch den Nationalsozialismus

a. Die Machtübernahme in der öffentlichen Meinung

Nahezu alle deutschen Zeitungen der Jahre vor 1933 waren längst nicht mehr Orte gesellschaftlichen Zeitgesprächs, sondern fast durchweg Instrumente einer Publizistik, der die Gesellschaft reines Ansprache- bzw. Beeinflussungsobjekt eigener Interessen war. Vor aller - quantitativ wie gar qualitativ unbedeutenden - NS-Propaganda hat diese überwiegend formal-demokratische Publizistik zunächst die nationale Gemeinschaft, dann auch den demokratischen Staat zerstört, insofern sie wirklicher gesellschaftlicher Kommunikation den Raum entzog und diese damit schon im Keime erstickte.

Allerdings prägte diese Publizistik das gesellschaftliche Bewußtsein, die Tages- und die öffentliche Meinung dieser Jahre - aber: gegen sich, gegen die von ihr vertretenen Kräfte und Kreise, welche in der wirklichen öffentlichen Meinung - nicht in den Zeitungen! - nur als Störer der gesellschaftlichen Ordnung erscheinen konnten.

An eben dieser Stelle setzte die NS-Publizistik an. Sie besorgte nur die Initialzündung, kurbelte lediglich den Prozeß der Gegen-Publizistik an, der auf die Dauer dem Nationalsozialismus alle jene kritiklos Meinenden in die Arme treiben mußte, welche angesichts staatlicher und gesellschaftlicher Unordnung in Hitler den Führer zur ersehnten nationalen Gemeinschaft und staatlichen Ordnung erblickten. Unter diesen kritiklos Meinenden befanden sich sogar national gesinnte jüdische Mitbürger.

Es zeugt daher in gewisser Weise für die politische Vernunft, besser gesagt: für den gesunden Menschenverstand

des deutschen Volkes, daß die NSDAP. auf der Grundlage dieser natürlichen nationalen Sehnsüchte bis 1933 zwar die stärkste Partei werden, bei weitem aber nicht die absolute Mehrheit erringen konnte.

Dieses objektive Wahl-Zeugnis belegt aber auch, daß von einer einsinnigen NS-Struktur des gesellschaftlichen Zeitgesprächs keine Rede sein kann. Der prinzipiell publizistische Charakter der deutschen Zeitungen jener Tage spiegelt die politische Vernunft bzw. Unvernunft der Publizisten wider, über das politische Zeitbewußtsein des deutschen Volkes und dessen Struktur sagt er nichts aus.

Der 30. Januar 1933 schuf eine völlig neue Gesprächssituation. Da ist zunächst die Umstrukturierung und Gewichtsverlagerung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs auf Grund personeller Veränderungen zu berücksichtigen. Plötzlich kam eine Funktionärsschicht an die Oberfläche, die sich aus teilweise sehr zweifelhaften Elementen zusammensetzte, deren Legitimation die Macht war und deren bisherige "Verdienste" darin bestanden, Versammlungen, Aufmärsche und Krawalle organisiert zu haben. Gerade solche Funktionäre führten sich sehr bald auf allen Lebensgebieten als die (vom Führer) "berufenen" Sprecher des deutschen Volkes auf. Zahlreiche Angehörige der geistigen Elite dagegen sahen sich in ihrer wirtschaftlichen oder physischen Existenz bedroht und verließen das Land. Andere wurden inhaftiert. Wieder andere zogen sich aus exponierten Stellungen in der Öffentlichkeit zurück und wechselten mehr oder weniger freiwillig den Beruf. Sie alle verstummten und begaben sich notgedrungen des gewaltigen Einflusses, den sie bislang im Zeitgespräch der Gesellschaft und in der öffentlichen Meinung - wenn auch nicht immer in den Zeitungen - ausgeübt hatten. Diese personellen Veränderungen veränderten den Inhalt des gesellschaftlichen Gesprächs nicht unerheblich, noch ehe Goebbels' Staats-

zistik wirksam wurde und die Verbote von Parteien und Gewerkschaften usw. einen weiteren starken Strukturwandel mit sich brachten.

Aber auch die thematischen Elemente des Zeitgesprächs nach 1933 strukturierten sich um. Von Hitler verkündete Ziele, die bisher als phantastische Propaganda abgetan worden waren, erheischten nunmehr als Bestandteil des Regierungsprogramms ernsthafte Beschäftigung und Auseinandersetzung. Eine Regierung, die über starke, inr bedingungslos ergebene paramilitärische Verbände verfügte, drängte sich anders in das Bewußtsein der Menschen als die mühsam parlamentarisch abgestützten, oft wechselnden Kabinette und Minister der Republik.

Unter diesem Aspekt rückte auch das "nationale Aufbauprogramm" der Nationalsozialisten, das alte deutsche Sehnsüchte nach Einigkeit, Geschlossenheit und Stärke des Reiches zu verwirklichen versprach, in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Zeitgesprächs. Von seiten des neuen Regimes lag eine Aufforderung zur Mitarbeit an alle "guten Deutschen" vor, der sich vielfach auch weite Kreise, die der NSDAP. bisher ablehnend gegenübergestanden hatten, nicht entziehen zu können glaubten. Viele sahen die Verwirklichung oder Wiederherstellung einer von ihnen gewünschten Staatsform plötzlich in greifbare Nähe gerückt und befanden sich in einer subjektiv ehrlichen Stimmung des "nationalen Aufbruches". Die Gestalt des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg als Siegelbewahrer bestimmter politischer und militärischer Traditionen erschien dabei weithin als Garantie gegen ein Abgleiten in einen unerwünschten Radikalismus.-

Wesentlich für unsere Untersuchung ist, daß dieses "Generalthema" seinen Einfluß auf alle weiteren Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs ausstrahlte. Jedem Gesprächspartner wurde zunächst ein grundsätzliches Bekenntnis zum "nationalen Aufbauwerk" abgenötigt, wobei

turellen und konfessionellen Zusammenschlüssen hinaus. Wie wichtig man diese Dinge nahm, zeigt der als großangelegter Vorwand für das KPD-Verbot und eine weitere Festigung der eigenen Macht von Göring und Goebbels "aus Staatsraison" inszenierte Reichstagsbrand. Mit welchen Mitteln im einzelnen die politischen Gegner mundtot gemacht wurden, ist in unserem Zusammenhang ohne Belang. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die endgültige Zerschlagung der letzten Parteien (einschließlich der "Deutsch-Nationalen Front") im Juni 1933¹⁾ sowie die Auflösung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 nur die Schlußpunkte unter eine Entwicklung setzte, in deren Verlauf man schon vorher zu effektiven Ergebnissen gekommen war. Die genannten Gruppen, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, waren bereits vorher durch die Verhaftung führender Persönlichkeiten, durch Versammlungsverbote und Behinderung ihrer Publikationsmittel von der Teilnahme am gesellschaftlichen Zeitgespräch als Gruppe weitgehend ausgeschlossen worden. Dies wurde aber nicht nur durch persönliche Schikanen, sondern auch durch die Herstellung sachlicher Tabus erreicht. So konnte - um ein extremes, aber sehr wichtiges Beispiel zu nennen - von einer ohnehin schon gefährdeten Gruppe kaum oder nur sehr vorsichtig über das Thema "Konzentrationslager" etwas gesagt werden, wenn sie sich nicht noch größere Schwierigkeiten zuziehen wollte.

Die Ausschaltung von Gesprächspartnern, für welche stets Erfordernisse der "Politik der nationalen Sammlung" vorgeschützt wurden, erstreckte sich jedoch nicht nur auf Partei-Verbote und die Behinderung von anderen unerwünschten gesellschaftlichen Gruppen, sie betraf auch Einzelpersonen. Einen wesentlichen Beitrag zur qualifizierten Diskussion leisten in jeder Gesprächsgemeinschaft notwendig die Experten und Autoritäten auf den verschiedenen Fachge-

1) Von den "Münchner Neuesten Nachrichten" gemeldet am 24., 26. und 28. Juni 1933

bieten: Ihr Wirkungsfeld beginnt bei politischen und kulturellen Fragen und endet etwa bei den Ratschlägen für praktisches Kochen. Ihr Beitrag zum Zeitgespräch wird in dem Augenblick problematisch, wenn er nicht mehr allein der besonderen Sachkenntnis und der persönlichen Verantwortung entspringt, sondern von "übergeordneten" politischen Gesichtspunkten eingeengt und in eine andere Richtung gelenkt wird.

Die Maßnahmen der NS-Regierung, die eine Ausschaltung von solchen autorisierten Einzel-Teilnehmern am gesellschaftlichen Zeitgespräch zur Folge hatten, verliefen in verschiedener Richtung. Sie sind im wesentlichen bekannt und brauchen hier nur angedeutet zu werden: Hochangesehene Wissenschaftler verloren ihre Wirkungsmöglichkeit, verstummten oder gingen in die Emigration; im künstlerischen Leben wurde eine "gründliche Säuberung" durchgeführt, die ebenfalls bedeutende Persönlichkeiten zum Verlassen Deutschlands zwang. Die Umbesetzung wichtiger Schlüsselpositionen auf allen Lebensgebieten, die bisherige Experten nicht nur aus dem Amt entfernte, sondern ihnen vielfach auch den Zugang zu den Materialquellen sperrte, bedeutete oft ebenfalls einen Ausschluß aus dem Kreis der Gesprächsteilnehmer. Aber wichtiger noch als diese direkten Eingriffe war wohl die "Ausrichtung" und "Gleichschaltung" aller derjenigen, die im Lande blieben und ihre Positionen behielten. Wenn ein führender Fachmann nach dem 30. Januar in irgendeinem Zusammenhang öffentlich hervortrat, so mußte er die Dinge, die er zu sagen hatte, in einer "neuen Sicht" sehen und in einer "neuen" Sprache sagen. Manchmal genügte es, wenn er seine Aussage mit einigen nationalen Phrasen verbräunte. Bei wirklich wichtigen Fragen - besonders natürlich den politischen - fiel seine Stellungnahme notgedrungen anders aus, als das in einer freien Gesellschaft der Fall gewesen wäre. Dieser Gesprächspartner war zwar nicht offiziell ausgeschaltet; aber die

Tatsache, daß er politisch "gleichgeschaltet" war, bedeutete in der Wirkung praktisch dasselbe.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände mußte die Ausschaltung und das Mundtotmachen der legitimen Gesprächspartner allein schon eine umstürzende Wirkung auf das Gesicht der deutschen Presse haben.

Einen auf Dauer gesehen noch größeren Einfluß übten jedoch die "positiven Maßnahmen" der Machthaber aus. Sie erfaßten den ganzen Menschen und es erscheint sicher, daß es nur wenige Deutsche gab, die in der Folge als publizistisch nicht beeinflußt gelten konnten. Eine Reihe von, wie Schmeer¹⁾ es nennt: Aussageformen des öffentlichen Lebens drängten sich dem Menschen auf und versuchten ihn möglichst zum Mit-Handelnden zu machen: Mitgliederversammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Staatsakte, Volksfeste, Gemeinschaftsabende, Feiern, Staatsfeiertage und Reichsparteitage. Hinzu kamen die Bauten, Symbole, Uniformen und Namensgebungen, die außerhalb der eigentlichen Propaganda-Veranstaltungen wirken sollten und zweifellos auch wirkten: die Umgestaltung bestimmter Städte, Denkmale und Mahnmale, Kunstwerke, Autobahnen ("Straßen des Führers"), Fahnen, Plakate, "Hoheitszeichen" der Partei und ihrer Organisationen, Haus- und Betriebstafeln, an auffallenden Stellen aufgemalte Propagandaparolen, Benennung von Straßen und Plätzen, allgemeine Uniformierung, Dienstsiegel und Münzen und nicht zuletzt der Hitler-Gruß. Immer neue Organisationen sorgten dafür, daß auch der "Volksgenosse", der nicht Parteimitglied werden wollte, doch irgendwo "beitreten" mußte und auch hier einer Beeinflussung durch die "Publizistika" des öffentlichen Lebens ausgesetzt war. Es trat schließlich der Zustand ein, "daß der 'Volksgenosse', wo er ging und stand, sich im Aussagebereich eines nationalsozialistischen Symbols befand. Die Zahl der unbegrenzt reproduzierbaren optischen Aussagen, welche die Parteire-

1) Schmeer: "Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich"

gisseure in der Öffentlichkeit unterzubringen wußten, war erstaunlich, und eine Aufzählung der wichtigsten genutzten Möglichkeiten beweist, daß die Überschwemmung des öffentlichen Raumes tatsächlich total genannt werden kann¹⁾.

Dieser Zustand, den Schmeer hier im Auge hat, war im Jahre 1933 noch nicht voll erreicht. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die NS-Führung bald nach der Machtergreifung sehr zielstrebig an diese Dinge heranging. Das "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" - das allerdings nur eine (wenn auch sehr wichtige) Teilaufgabe bei dieser "totalen Erfassung" des Menschen zu erfüllen hatte - wurde durch Reichspräsidenten-Erlaß am 13. März 1933 gegründet. Die zahlreichen Nebenorganisationen entstanden, man möchte fast sagen: "je nach Bedarf", wobei die Berufsverbände bald zu Zwangsorganisationen erklärt wurden.

Der Reichspropagandaminister war²⁾ zuständig für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation. Darunter fiel die Werbung für Staat, Kultur, Wirtschaft und Fremdenverkehr, die Überwachung von Presse, Rundfunk, Film, Theater, der Schutz der Kunstwerke, der Denkmäler und der Landschaft sowie die Musikpflege, ferner die Gestaltung der Staatsfeiern, das Ausstellungs- und Messewesen. Dem Berliner Ministerium stand in München noch eine Reichspropagandaleitung der NSDAP. mit ähnlicher publizistischer Aufgabenstellung zur Seite. Aus ihrem Führungsstab waren nach Schmeer³⁾ "für die Regie des öffentlichen Lebens ... die Ämter I und IV, Aktive Propaganda und Kultur, zuständig. Das Amt Aktive Propaganda erledigte alle Belange 'der organisatorischen Durchführung aller anfallenden Propaganda-Aktionen von der Großveranstaltung riesigsten Ausmaßes mit ihrer architektonischen Ausgestaltung bis zur Durchführung

1) Schmeer, Seite 136

2) ebenfalls nach Schmeer, Seite 38

3) dgl., Seite 29/30

von Veranstaltungen der Ortsgruppen bzw. Stützpunkte'. Die Versammlungswellen während der Wahlkämpfe, politische Werbekampagnen, die das ganze Reichsgebiet erfaßten, etwa die im Mai 1934 beginnende Agitation gegen die 'Miesmacher und Kritikaster', die jährlichen Werbefeldzüge zur Unterstützung des Winterhilfswerks, die Gau-, Kreis- und Ortsgruppentage wurden in diesem Amt entworfen oder in ihrer Ausführung überwacht..."

Bei seiner mit allen Mitteln der Publizistik eingeleiteten "Umerziehung" des deutschen Volkes baute Goebbels in sehr geschickter Weise auf vorhandenen Strömungen auf. Dabei kamen ihm verschiedene Tatsachen von eminent politischer Bedeutung sehr entgegen: Der Weimarer Staat war in weiten Kreisen insbesondere des Bürgertums nie populär gewesen. Außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hatten dazu geführt, daß in den Jahren nach 1930 der Ruf nach "Ordnung" immer lauter geworden war. Nachdem die Dolchstoß-Legende bzw. die "Fesseln von Versailles" schon seit langem ihre Wirkung getan hatten, ließ sich hierauf leicht die Parole vom "deutschen Freiheitskampf" aufbauen und eine geradlinige Verbindung herstellen zwischen den "vaterlandsbewußten" Kräften von 1918, den Freikorps-, Anti-Spartakus- und Anti-Separatistenkämpfern und den jetzigen Machthabern. Der Antisemitismus bot sich als sehr fruchtbares publizistisches Manövriertfeld an. Er diente einerseits dazu, um die ablehnende Haltung des Auslandes gegenüber dem Nationalsozialismus nach innen zu erklären, andererseits brachte der "Kampf gegen Juden und Freimaurer" Zulauf aus nationalistischen und konfessionellen Lagern, von Konkurrenzneidern und Bereicherungslüsternen ganz zu schweigen. Für die Arbeiter und Halbgebildeten hatte Goebbels seinen Intellektuellenhaß bereit, der sich als "Aufklärungsfeldzug gegen Miesmacher und Kritikaster" äußerte. Der Reichspropagandaminister arbeitete von Anfang an im großen Stil und be-

kannte: "Es braucht nichts Mystisches um die Propaganda zu sein. Wir geben offen zu, daß wir Menschen beeinflussen wollen"¹⁾. Der Bezeichnung "Propaganda" für seine Staats- und Parteipublizistik maß Goebbels offenbar so viel Eigenwert zu, daß er dieses Wort für sich schützte. Nach einer späteren Anweisung von ihm durfte die Industrie nur noch von "Reklame" sprechen, und alles was im Ausland auf dem Gebiet der politischen Werbung und Publizistik geschah, mußte als "Agitation" bezeichnet werden. "Propaganda" wurde nur noch in Berlin am Wilhelmplatz gemacht²⁾.

Wenn es der Propagandazentrale trotzdem nicht gelang, das Zeitgespräch der Gesellschaft zu beherrschen, so lag das daran, daß der Staat zwar das politische Handeln, nicht aber das Denken der Menschen gleichzuschalten vermag. In einem 60-Millionen-Volk, auch wenn man es von den außeramtlichen und außerdeutschen Informationsquellen absperrt, bleiben trotz - oder vielleicht gerade wegen - aller Perfektion der publizistischen Bemühungen immer noch Reste von Gesinnung und Gewissen zurück, die gegen Unrecht revoltieren.

Auf dem Gebiet der Presse liefen gleich nach der Macht- ergreifung eine ganze Reihe von Maßnahmen an. Wie dringend die Lösung dieses Problems für die NS-Führung war, zeigt ein Blick in die deutsche Zeitungs-Statistik vom Jahre 1932: von 4703 Tageszeitungen waren nur 120, also 2,5 Prozent, Parteiblätter der NSDAP.

Die gewaltsame Umschichtung des deutschen Pressewesens begann dort, wo die radikalsten Gegner der neuen Staatsmacht auszuschalten waren: bei der SPD und KPD. Die Zeitungen dieser beiden Parteien wurden auf Grund der "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933 entschädigungslos enteignet. Darüberhinaus gab es aber noch eine ganze Reihe von Zeitungen, in denen eine baldige Veränderung im Sinne des Regimes angestrebt wurde. Den rechtlichen Vorwand hierfür lieferte im Verlagswesen die "Erste Verordnung zur

1) Riess: "Josef Goebbels", S.141

2) Riess: "Josef Goebbels", S.141/142

Durchführung des Reichskulturkammergesetzes" vom 1.11.1933. In ihrem Paragraphen 4 wurde bestimmt, daß "jeder, der bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen und technischen Verarbeitung, der Verbreitung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Pressegut mitwirkt", Mitglied der Reichspressekammer sein müsse. § 10 enthält die entscheidende personelle Bestimmung: "Die Aufnahme in einer Einzelkammer kann abgelehnt oder ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß die in Frage kommende Person die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung nicht besitzt." Nach "Presse in Fesseln"¹⁾ sind in den Jahren 1933 und 1934 zusammen 1473 Verleger auf Grund dieses Paragraphen ihrer Verlagsrechte beraubt worden: Dabei lag die Beurteilung der Fälle "ganz in der Willkür der Sachbearbeiter und letztendlich in der von Stabsleiter Rierhardt, der als maßgeblicher Dirigent des Konzerns der Parteipresse an der Vernichtung dieser privaten Verlegerexistenzen ... interessiert war"²⁾. In einem weiteren Paragraphen der gleichen Verordnung war festgelegt, daß Kammermaßnahmen keinen Anspruch auf Entschädigung wegen Enteignung begründeten.

Eine Reihe weiterer Eingriffe führte dazu, daß den verbleibenden Verlegern die freie Verfügung über Umfang und Gestaltung ihrer Blätter immer mehr genommen wurde. So wurde zum Beispiel das Papier kontingentiert; die Verleger der Heimatzeitungen protestierten vergeblich gegen den Entzug ihrer Wochenendbeilagen zugunsten der Parteizeitungen. Eine massive Abonnentenabwerbung von seiten der Gauverlage führte dazu, daß die Auflagen der Parteizeitungen answollen; damit konnten diese Blätter auch ihre Anzeigenpreise erhöhen.

1) Herausgeber: Verlag "Archiv und Kartei", Berlin 1948

2) "Presse in Fesseln", S.20

Die NS-Pressopolitik kennzeichnete sich durch die Koppelung von politischer "Ausrichtung" und wirtschaftlicher Bereicherung. Reichsleiter Amann war als oberster Chef der gesamten Parteipresse nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich Konkurrent der in Privatbesitz befindlichen "bürgerlichen Zeitungen". Nichtsdestoweniger wurde Amann jedoch als Leiter des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger, also als Repräsentant und "Interessenvertreter" der politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz eingesetzt. Diese merkwürdige Personalunion setzte sich auch in der Person von Amanns Vertreter, Stabsleiter Rienhardt, fort. Rienhardt, im Gegensatz zu dem grobschlächtigen Amann ein intelligenter und gewandter Mann, vereinigte de facto "alle verordnende, verwaltende und richterliche Gewalt im Zeitungsverlagssektor unbegrenzt in seiner Hand"¹⁾. Rienhardt ließ ab Ende 1933 über jeden Verleger Erkundigungen einziehen, von deren Ergebnis es nicht selten abhing, ob das Verlagsunternehmen auf die "Abschußliste" gesetzt wurde oder nicht. Wenn ja, bekamen die Betroffenen in einem nüchternen Bescheid "die erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit" abgesprochen.-

Diese Entwicklung, die wir im Rahmen unserer Untersuchung nur für die ersten beiden Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft zu betrachten haben, nahm später noch drastischere Formen an. Unter Schlagworten wie "Arisierung, Entkommerzialisierung, Entsubventionisierung, Entkonnessionalisierung und Entkonzernierung des Verlagswesens" wurden immer mehr Zeitungen versteckt oder offen dem Trust der Parteipresse einverleibt oder stillgelegt. 1944 kontrollierte Amann (in seiner Eigenschaft als Chef der Parteipresse) 82,5 Prozent der Gesamtauflage aller deutschen Tageszeitungen.-

Der Aufbau der Parteipresse - gleichsam die "positive" pressepolitische Maßnahme auf dem verlegerischen Sektor -

1) "Presse in Fesseln", S.29

war wohl tatsächlich nur durch die Übernahme von fremden Zeitungstiteln und -betrieben möglich. Das lag nicht nur an der schlechten wirtschaftlichen Ausgangsposition der NS-Presse im Jahre 1933. Die "bürgerlichen" General-Anzeiger, Intellektuellen- und Heimatblätter lebten aus der konservativen Haltung des deutschen Lesers. Er, der ohnehin nicht gern seine Zeitung wechselt, hatte mit Recht das Gefühl, in "seinem" Blatt trotz aller Gleichschaltung immer noch besser unterrichtet zu werden als in den neuen Gaublättern der NSDAP, für die stark - mit direktem oder indirektem Druck - geworben wurde.

Parallellaufend mit den Maßnahmen auf dem Verlagssektor sorgten Dr. Goebbels und Reichspressechef Dr. Dietrich für die Gleichschaltung und Säuberung der Redaktionen. Das Ziel dieser Pressepolitik kann mit einem Satz umrissen werden: Der unabhängige Journalist war zu beseitigen und durch den Staats- und Partei-Publizisten zu ersetzen. Die nominelle Einhaltung der Pressefreiheit - das heißt der Verzicht auf eine Vorzensur - war dabei nichts weiter als ein durchsichtiger Trick, der die Redakteure mit einer Verantwortung belastete, die sie nicht wahrnehmen konnten oder wollten. Die gesamte deutsche Presse war nur noch Instrument der Staatsführung, die in den Redaktionen nur bedingungslos Gläubige oder im Blick auf ihre Existenz bedingungslos Gehorchende dulden konnte. Ein letzter Schritt zur Erreichung dieses Zieles war der Erlass des Schriftleitergesetzes am 4.10.1933. Das Schriftleitergesetz beseitigte den Einfluss des Verlegers auf die Inhaltsgestaltung der Zeitung und verpflichtete den Redakteur als "Träger öffentlicher Interessen" dem Staate. "Schriftleiter", wie die offizielle Bezeichnung jetzt lautete, mußten Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse sein. Die Berufsbezeichnung war gesetzlich geschützt. Das Schriftleitergesetz galt auch für die "politische Zeitschrift", deren Begriff sehr weit gefasst war. Besondere Privilegien genossen mit Rücksicht auf

das Ausland längere Zeit die Redakteure der Frankfurter Zeitung, selbst wenn sie Juden waren.

Die neue Aufgabe der Presse als publizistisches Organ der Staatsführung bedingte eine Reihe interner Maßnahmen, welche die schnelle und kontinuierliche Versorgung der Schriftleiter mit amtlichen Informationen, Instruktionen und Intentionen gewährleisteten. Die tägliche Verbindung zwischen der Zentrale und den Redaktionen wurde in erster Linie durch die "Berliner Pressekonferenz" hergestellt, an deren Umgestaltung der Funktionswandel der Presse sich besonders deutlich darstellte. In ihrer ursprünglichen Form ist die Pressekonferenz ein freiwilliger Zusammenschluß von Berichterstattern, die sich mit Regierungsvertretern regelmäßig treffen, um deren Erklärungen und Auskünfte entgegenzunehmen. Was mit dem Material geschah, stand bei der Redaktion. In der Ära Goebbels diente die tägliche Zusammenkunft gerade dem umgekehrten Ziel: Jetzt wurde der Korrespondent zum Befehlsübermittler, der der Redaktion mitteilte, wie das über das Deutsche Nachrichtenbüro übermittelte Nachrichtenmaterial zu kommentieren sei. Hier im unmittelbaren Kontakt mit den Dirigenten der NS-Publizistik hob sich die neue Stellung des Redakteurs als "Staatsfunktionär" plastisch von seiner eigentlichen Aufgabenstellung als Journalist, als Gesprächsanwalt der Gesellschaft ab.

Sehr eindrucksvoll beleuchtet wird die Situation in einem Brief von Georg Dertinger (der zu dieser Zeit mehrere "nationale" Zeitungen in Berlin vertrat) an Dr. Dyrssen in Breslau¹⁾. Hierin heißt es: "... das bedeutet praktisch, daß bis in die kleinsten Einzelheiten hinein die Regierungsanweisungen ... Berücksichtigung erfahren müssen. Der Leiter der Pressekonferenz, Ministerialrat Dr. Jahncke, hat heute mitgeteilt, daß die Regierung entschlossen sei, alle

1) Sammlung Brammer, Bundesarchiv Koblenz, Band I

Schriftleiter ... persönlich zur Verantwortung zu ziehen, wenn irgendwelche Verstöße passieren. Es ist ja beispielsweise bereits in Essen geschehen, wo der 'Essener Allgemeinen Zeitung' eine Bildverwechslung passiert ist und eine Unterschrift unter ein Karnevalsbild offenbar aus Versehen unter ein Bild von einem SA-Aufmarsch geriet. Dort sind der verantwortliche Redakteur, der Chefredakteur und Verlagsleiter ins KZ abgeführt worden..." In dem Brief wird schließlich festgestellt, "daß die Mitglieder der Pressekonferenz nicht wie früher als Vertreter ihrer Zeitungen gegenüber der Regierung gelten, sondern umgekehrt auch die Vertrauensmänner des Ministeriums Goebbels ... sind ..."

Der Ablauf der Konferenz war täglich der gleiche: Der Leiter der "Pressekonferenz der Reichsregierung" gab im allgemeinen¹⁾ die von den Redaktionen zu behandelnden Themen an, steckte in großen Zügen das Feld ab, das propagandistisch "beackert" werden mußte. Anschließend kamen Vertreter der Parteipressestelle und des Auswärtigen Amtes zu Wort. Es wurden nur solche Fragen gestellt, die auch eine totalitäre Presseführung zulassen konnte. Eine Behinderung beim Fragen bildete das ständig geführte Protokoll, das Goebbels vorgelegt wurde. Welche Themen und Ereignisse politisch besonders herauszustellen seien, war von Goebbels kurz vorher in der "Ministerkonferenz" entschieden worden. Seine Anordnungen wurden oft durch den Reichspressechef ergänzt, der auch die Wünsche des "Führers" übermittelte. Bei irgendwelchen "Pannen" erschien Dietrich selbst in der Konferenz oder berief Sonderkonferenzen ein. Weisungen, Sprachregelungen und Wünsche wurden von den Mitgliedern der Pressekonferenz sofort fernmündlich an ihre Redaktionen weitergegeben. Wahrscheinlich durch den Dualismus zwischen Goebbels und Dietrich ist die Einführung der sogenannten Tagesparole des Reichspressechefs" zustande gekommen.

1) Nach "Wilhelmplatz 7-9", Fortsetzungsserie in "Der Zeitungsverlag", Jahrgang 1950, Nr. 7/8, S. 7

Ein kleiner Kreis ausgewählter Berichterstatter fand sich nach der Hauptkonferenz im Arbeitszimmer des Leiters der Presseabteilung ein, um in einer Nachkonferenz noch vertrauliche Einzelheiten zu erfahren. Bestimmte Zeitungen wurden gelegentlich auf Einzelheiten angesetzt. Der Teilnehmerkreis der Pressekonferenz mußte zu jeder Tages- und Nachtzeit für plötzliche Sonderkonferenzen zur Verfügung stehen. Für Zeitschriften fanden alle 14 Tage eigene Besprechungen statt. Eine besondere Bedeutung als permanentes Zentrum der Presseführung im Reich hatte das "Zimmer 24" im Propagandaministerium, in dem sich vier Referenten als "Chef vom Dienst" ständig ablösten. Sie gaben Weisungen weiter, standen für Rückfragen zur Verfügung und kontrollierten ständig Zeitungen auf die Befolgung der Anordnungen. Alle paar Wochen kam ein Großteil der Chefredakteure zu einer Besprechung nach Berlin. Beanstandungen und Bestrafungen wurden zumeist nicht vom Ministerium vorgenommen, sondern an die Berufsinstantz der Journalisten verwiesen¹⁾.

Neben der Berliner Pressekonferenz, durch die ein unmittelbarer und starker Einfluß auf die Darstellungsweise in den deutschen Zeitungen ausgeübt wurde, gab es noch eine Reihe von weiteren Faktoren, denen in diesem Zusammenhang eine mehr oder minder starke Bedeutung zukommt. Eine wesentliche Ursache für die rasch zunehmende Uniformierung der Presse war das Nachrichtenmonopol des Deutschen Nachrichtenbüros. Das "Deutsche Nachrichtenbüro", am 5.12.1933 durch die Fusion des Wolffschen Telegraphenbüros und der Telegraphen-Union entstanden, sammelte und filterte nicht nur die aus dem In- und Ausland kommenden Meldungen, sondern gab ihnen auch die tendenziöse Fassung, die normalerweise unverändert abgedruckt werden mußte. Das Deutsche Nachrichtenbüro hatte annähernd 50 Zweigstellen im Reich und ebenso viele Büros im Ausland.

1) s. Serie "Wilhelmplatz 7-9"

Die Einrichtung von unzähligen Dienststellen der NSDAP. und ihrer Nebenorganisationen brachte es mit sich, daß es zunächst Hunderte und später wohl sogar Tausende von mehr oder weniger parteiamtlichen Pressestellen im Lande gab. In der Spitze bestand neben der Behörde des "Pressechefs der Reichsregierung" (zunächst Funk, dann Dr. Dietrich) eine "Reichspressestelle der NSDAP." in München. Sie war für die Zusammenarbeit der Parteipresse verantwortlich. Ferner bestand ein "Pressepolitisches Amt der Partei" mit dem Sitz in Berlin, dem die sogenannte "Reichsschriftleitung der NS-Presse" angegliedert war. Diese Stelle kümmerte sich um alle großen publizistischen Gemeinschaftsaktionen der Parteipresse. Schließlich unterstand Dr. Dietrich noch die "Nationalsozialistische Parteikorrespondenz", die zu allen aktuellen Zeitfragen die Meinung der Partei zum Ausdruck brachte. Daß diese Überorganisation der Staatspublizistik zu wiederholten Reibereien zwischen Goebbels und Dietrich sowie in der Provinz zu Kontroversen zwischen dem "Goebbels-Apparat" und dem "Amann-Apparat" führte, ist selbstverständlich. Im Gegensatz zu der nüchtern-zielbewußten Arbeit des Propagandaministeriums wird in der Artikelserie "Wilhelmsplatz 7-9" festgestellt: "Dr. Dietrich war und blieb Hitlers Reklamechef. Auf Dietrichs Kommando öffneten die Zeitungen die 'Jubelbrausen', wie die Journalisten den Unsinn nannten, der ihnen auf Veranlassung von Dietrich über Hitler zuging."

Zusammenfassend ist über die NS-Einflußnahme auf die Zeitungen zu sagen, daß in personeller und materieller Hinsicht alles geschah, um über sie das deutsche Volk geistig zu beherrschen. Das besagt aber lediglich: Es ist für die totale Staatsmacht einfach, die Darstellung des wirklich Gedachten und wirklich Gesprochenen in der Öffentlichkeit völlig zu unterbinden und es durch die totale Staatspublizistik zu ersetzen. Sie sagt jedoch über das wirkliche Denken der Menschen, das gesellschaftliche Bewußtsein, das laut geführte oder geflüsterte Zeitgespräch der Gesellschaft nichts aus.

B. c. Publizistische Widerstände gegen die Unterdrückung
der öffentlichen Meinungsäußerung

Die Reaktion auf das Einsetzen der nationalsozialistischen Staatspublizistik mußte nach Lage der Dinge sehr verschiedenartig ausfallen. Eine Reihe von Kräften, die vor 1933 als politische Gruppen das gesellschaftliche Zeitgespräch mitstrukturiert hatten, traten zwangsweise von der Bühne des öffentlichen Lebens ab. Die von ihnen repräsentierten Bewußtseinsinhalte waren fortan verpönt; ihre Verbreitung wurde mit Zuchthaus bestraft. Diese Situation ergab sich nicht nur für die aufgelösten Parteien und Organisationen, sondern auch diejenigen Verbände, die in ihrem Führungskern "gesäubert" und ihrer ursprünglichen Idee und Zweckbestimmung entfremdet wurden. In allen diesen Fällen kam eine offene kollektive Gegenaktion nicht in Frage: die breite Schicht der im Herzen treugebliebenen Mitglieder war gezwungen, künftig unter den veränderten Verhältnissen zu leben und mußte sich fügen. Die Führungskräfte, die um Leben oder Freiheit bangen mußten, emigrierten und wurden aktionsunfähig, sofern sie den Kampf um die nackte Existenz durchzustehen hatten. Vergleichsweise günstiger gestellt waren die Angehörigen von Organisationen internationalen Charakters. So fanden z.B. die Sozialdemokraten Anlehnung bei den Bruderparteien im Saarland, in der Tschechoslowakei und in Frankreich. Eine Anzahl Spitzenfunktionäre erhob ihre Stimme von draußen und schmuggelte den "Vorwärts" und andere Mittel der Konter-Publizistik nach Deutschland hinein. Ähnliche Aktionen waren bei der straffen Organisation des internationalen Kommunismus selbstverständlich.

In einer völlig anderen Situation befanden sich alle diejenigen Persönlichkeiten, deren Wirkungsmöglichkeit besonders eng an eine ihnen vertrauende Gemeinde gebunden war. So blieb der Geistliche im allgemeinen im Lande und bezahlte seine Wahrheitsliebe und Unerschrockenheit oft mit harten

Strafen. Kardinal Faulhaber, Bischof Graf Galen sowie die protestantischen Pastoren Bodelschwingh und Niemöller sind Beispiele dafür, daß die Geistlichkeit nicht schwieg. Daß auch aus dem "Bürgertum" und den sogenannten "Rechtskreisen" Kräfte und Strömungen an die Öffentlichkeit drängten, die sich öffentlich der Lüge widersetzten, zeigt das Beispiel der berühmt gewordenen Marburger Rede Papens sowie das Verhalten zahlreicher Diplomaten, Generale und Wirtschaftsführer.

Bei der Beurteilung der Haltung der deutschen Verleger und Journalisten ist es wichtig, festzustellen, daß Hitler gegen nahezu die gesamte Presse zur Macht gekommen ist. Goebbels, der die Konstellation auf dem deutschen Zeitungsmarkt am besten übersah, hat vor 1933 wohl keinen Berufsstand mit so viel Schmähungen bedacht wie jenen, zu dessen Angehörigen er sich selbst zählte. Er fand die Erklärung für die negative Haltung der führenden Blätter gegenüber dem Nationalsozialismus vornehmlich darin, daß die Redaktionen mit "Juden und Freimaurern" durchsetzt seien. Insbesondere seine "Kollegen" aus den großen Verlagen des Berliner Zeitungsviertels haßte er bis aufs Messer und ließ Berechnungen darüber anstellen, zu wieviel Prozent die eine oder andere Redaktion von "volksfremden" Kräften beherrscht würde. (Daß hierbei persönliches Ressentiment mitspielte, ist wahrscheinlich. Goebbels hatte sich früher selbst einmal vergeblich bei der "Vossischen Zeitung" im Hause Mosse beworben.)

Nachdem die "untragbaren" Redaktionsmitglieder im Zusammenhang mit dem 30. Januar 1933 ausgeschieden waren und durch die Verordnungen des Reichspräsidenten "Zum Schutze des Deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933 und "Zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 die Pressefreiheit im Deutschen Reich faktisch aufgehoben war, ergab sich ein merkwürdiger Zustand: Die Blätter und Journalisten, die jetzt in den Dienst der nationalsozialistischen Staatspu-

blizistik gestellt wurden, hatten in der großen Mehrzahl noch vor kurzer Zeit eine durchaus ablehnende Haltung gegenüber der NSDAP.eingenommen. Sie mußten sich, wollten sie sich Existenz und Freiheit bewahren, umstellen und taten das in der Form, daß sie alles, was "von oben" kam, möglichst buchstabengetreu übernahmen; allenfalls "versteckte" man abweichende Meinungen im Feuilleton, in historischen Abhandlungen usw. Die Folge dieser raschen Gleichschaltung war eine starke Uniformität der deutschen Presse, besonders natürlich im politischen Teil. Dr.Goebbels erkannte sofort die Gefahr, die hierin für die Glaubhaftigkeit seiner Propaganda lag, und unternahm mehrere Versuche, dem abzuhelpfen. Er forderte Chefredakteure ausdrücklich auf, mehr Mut zu haben - und kam in diesem Punkt doch nie zum Ziel. Ein einigermaßen von dem Üblichen abweichendes Bild boten neben der "Frankfurter Zeitung" das "Berliner Tageblatt", die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und einige Boulevardblätter.

Während der beiden ersten Jahre des NS-Regimes blieb die "bürgerliche" Presse - d.h.also, inhaltlich gleichgeschaltete, aber in privatem Besitz befindliche Blätter mit mehr Neigung zur aufgelockerten Form der Darstellung als die starren und langweilig redigierten Parteiblätter - noch in der Überzahl. Selbst im Kreis der Pressekonferenz am Wilhelmplatz bildeten die Berichterstatter der eigentlichen NS-Zeitungen noch lange eine Minderheit. Natürlich wurden auch die "bürgerlichen" Korrespondenten allmählich Parteigenossen; das allein besagte bekanntlich nichts über ihre wirkliche Haltung. Einige Nicht-Parteigenossen kamen sogar in hohe Stellungen und konnten sich darin halten. Auch sie blieben freilich nicht von der Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium verschont. Andererseits bedeutete die Tatsache, daß jemand Journalist war, in jedem Fall Zugang zu Nachrichtenquellen, die dem Durchschnittsbürger unerreichbar (und damit ohne unmittelbaren Einfluß auf sei-

ne Meinung gegenüber öffentlichen Dingen) blieben. Deswegen trifft es auch zu, wenn behauptet wird, es sei während der Nazizeit nirgends so viel politisch "gelästert" worden wie bei Zeitungsleuten. Nicht immer blieb es beim Lästern - gleichsam hinter vorgehaltener Hand: "Es gab Journalisten, die nicht Chorknaben der Wilhelmstraße wurden... Es war durchaus eine Angelegenheit der Zivilcourage ebenso sehr wie der persönlichen Geschicklichkeit, die Wirkung des offiziellen Giftes noch im gleichen Blatt durch ein Gegengift wieder aufzuheben. Es hatte so zu geschehen, daß es den unzähligen Lektoren und Kontrollstellen ... nicht aufstieß. Und doch mußte es wiederum so deutlich sein, daß es den nicht geschulten, aber kritischen Lesern nicht entging, und daß die Grenze zwischen dem aufgezwungenen Moniteurpart und dem eigener Ansicht und Verantwortung Gemäßen unverwischbar sichtlich blieb ... Wenn ... der politische Scharlatan Boulanger oder der Despot von Paraguay, Lopez, in skizzenhaft hingeworfenen biographischen Umrissstichen gezeichnet wurden, so war in jedem Fall Hitler gemeint. Wenn die Gestalt des sevillanischen Großinquisitors Torquemada den Truhen der Historie entrissen oder die Erinnerung an den im Apfelsinengenuß und Milchgenuß ausschweifenden Robespierre beschworen wurde, war dahinter doch spürbar immer nur die Physiognomie dieses Einen, und die Hoffnung war dabei, daß die einen es merken sollten, die andern aber nicht ..." ¹⁾).

Diese Gratwanderung wurde zum täglichen Gesetz für alle Redakteure, die auch während der Nazi-Zeit mehr sein wollten als die bloßen Verkünder der jeweiligen Goebbels'schen Tagesparolen. Welche Kunst des Formulierens notwendig war (und unter dem Zwang der Situation entwickelt wurde), um die einmal übernommene Pflicht durchhalten zu können, dafür bietet die Lektüre der "Frankfurter Zeitung" und der "Deutschen Rundschau" (mit der bereits oben angemerkten Einschränkung, daß es sich im wesentlichen um Gegen-

1) "Die Deutsche Zeitung", Organ des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verbandes, Juni 1948

publizistik handelte) eine Kette von hervorragenden Beispielen. In beiden Fällen bildete das gemeinsame hohe geistige Niveau von Redakteuren und Lesern die Voraussetzung, Grundlage und Begrenzung der Verständigung. Beide Blätter haben inzwischen ihre Würdigung gefunden^{1) 2)}.

Bezeichnen diese Fälle die Grenze des damals gerade noch Möglichen, so bietet die Geschichte des Dritten Reiches auch Beispiele dafür, was ein Journalist nicht mehr wagen durfte, wenn er nicht seine sofortige Entlassung, Streichung von der Berufsliste oder Inhaftierung riskieren wollte. Der sehr bekannt gewordene Artikel von Ehm Welk (in der "Grünen Post")³⁾ "Auf ein Wort, Herr Minister !" ist typisch dafür. Ein solches persönliches Ansprechen auf die durch seine totale Publizistik ausgelösten Mißstände konnte der Propaganda-Minister nicht dulden, wenn er nicht unübersehbare Weiterungen in Kauf nehmen wollte. Welk wurde verhaftet, nach seinem Husarenritt hat niemand mehr eine so offene Attacke gegen Goebbels und sein System gewagt.

C. Die Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15"

Alle Themen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs von 1933/34 standen unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtübernahme, da kein Lebensbereich von dem

- 1) Fred Hepp: "Der geistige Widerstand im Kulturteil der Frankfurter Zeitung gegen die Diktatur des totalen Staates 1933-43", Phil.Diss.1949 München.
- 2) Pechel: "Zwischen den Zeilen". Neben den Büchern auch: Artikel "Eine Zeitschrift im Dritten Reich", Neue Zürcher Zeitung, 1.Dezember 1947
- 3) Grüne Post, Berlin, 29.4.1934

Eingriff des totalen Staates verschont geblieben war. Öffentliche Kritik - von Opposition ganz zu schweigen - war spätestens nach Erlaß des Schriftleitergesetzes im Oktober 1933 nicht mehr denkbar; nach den ersten Gewaltmaßnahmen des Regimes behielt jeder seinen Mißmut für sich oder äußerte sich nur noch unter Beachtung äußerster Vorsicht im engsten, vertrautesten Kreise. Der grassierende Flüsterwitz jener Zeit deutet die Öffentlichkeit, d.h. Allgemeinheit, der geübten Kritik an.

Freilich darf nicht verkannt werden, daß die vielen Kritiker als solche in völliger gesellschaftlicher Isolation standen, nachdem das Regime nicht nur sämtliche oppositionellen Organisationsmöglichkeiten, sondern auch die Voraussetzungen hierfür: Veröffentlichung und Öffentlichkeit rigoros unterbunden hatte. Damit stand jedem widerstrebenden Einzelnen praktisch die gesamte Macht des totalen Staates gegenüber. Dies verkennen hieße das Wesen der Diktatur verkennen, die prinzipiell Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit mittels Terror ist. Offene Auflehnung gegen diesen hat für den Einzelnen Ausschaltung oder Vernichtung zur Folge; beizukommen ist ihm nur mittels überlegener Waffengewalt - wie die Erfahrung lehrt: von außen - oder mittels Organisation oppositioneller öffentlicher Meinung. Diese ist nur von innen her zu bewirken. Gegen diese einzigen ernstzunehmenden Feinde wappnet sich die moderne Diktatur mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln.

Lange bevor Armeen nahezu der ganzen Welt gegen die konzentrierte Macht des NS-Terror systems antraten, ist - etwa ein Jahrzehnt vor dem zum Scheitern gewaltsamen Aufstandsversuch einiger gesellschaftlich völlig isolierter Militärs

und Zivilisten - der ernsthafte Versuch unternommen worden , die Diktatur von innen her, auf dem Wege über die Organisation rebellierender öffentlicher Meinung, zu sprengen. Die wirkliche Bedeutung und Gefährlichkeit dieses Unternehmens für das NS-Regime ist sicherlich der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit, in seiner ganzen Tiefe vermutlich damals sogar dem Redakteur selbst verborgen geblieben, der, indem er - couragiert genug - in seinem Blatt öffentlich Kritik am System übte, wirkliches gesellschaftliches Bewußtsein darstellte (und erweckte) und damit die Organisation der verantwortungsbewußten Mehrheit des deutschen Volkes anbahnte. Als das Propagandaministerium die drohende Gefahr erkannte, wäre es zum Eingreifen fast zu spät gewesen. Ein geringfügiger Formfehler lieferte die einzige Handhabe zum Verbot des Blattes; der ernsthafteste Versuch der Selbstbefreiung vom braunen Terror war gescheitert.

C. a. Ihre Entstehung und innere Struktur

Die Gründung der Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" war der Alleingang eines Mannes, in dessen früheren Lebensabschnitten keine Ereignisse zu verzeichnen sind, die ihn aus dem Kreis seiner Kollegen herausheben. Werner Schoknecht, Geburtsjahrgang 1899, war 1915 vom

Greifswalder Gymnasium weg als Kriegsfreiwilliger in das Heer eingetreten und hatte den ersten Weltkrieg bis zum Ende mitgemacht. 1919 trat er als Volontär bei der "Greifswalder Zeitung" ein und kam über Dessau nach Frankfurt am Main. Hier hatte er eine Stellung als Redakteur der "Frankfurter Nachrichten" inne. 1925 bot sich Schoknecht die Gelegenheit zur Gründung einer Autozeitschrift, die als regionales Organ des ADAC für Hessen und das damalige Hessen-Nassau fungierte. Werner Schoknecht wirkte als Herausgeber und Redakteur in einer Person, bis die Zeitschrift 1933 im Zuge der nationalsozialistischen Maßnahmen zur Gleichschaltung des Kraftfahrzeug-Organisationswesens ihr Erscheinen einstellen mußte.

Schoknecht schilderte dem Verfasser die Gedanken, die ihn zu dem Übergang in das politische Fach seines Berufes bewogen. Er empfand die Diskrepanz zwischen dem uneingeschränkten Anspruch der soeben an die Macht gekommenen NSDAP., die deutsche öffentliche Meinung, den "Volkswillen" zu vertreten, und der tatsächlichen Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung. Nach seinem Bericht hat insbesondere die Mißhandlung angesehenen jüdischer Bürger Frankfurts dazu beigetragen, ihm, der sich vorher politisch nicht betätigt hatte, die Augen über das neue Regime zu öffnen. Der bisherige Motor-Fachjournalist wollte sich damit nicht abfinden, daß eine - nicht einmal über die numerische Mehrheit verfügende - Partei die totale Macht im Staat an sich riß und sich auf dem Machtwege als "nationale Einheitsbewegung" deklarierte, ohne durch die Nation dazu legitimiert zu sein. Gerade "nationale Elemente" konnten eine Entwicklung, die mit der Verfolgung Andersdenkender, der Einrichtung der KZ, der Beseitigung der Pressefreiheit usw. so unheilvoll begann, nicht ruhig hinnehmen. Daß seine Absicht, durch eine geschickt redigierte Zeitschrift die Machthaber zu "bremsen", indem er "nationalen" Nicht-Pgg.eine öffentliche Mitsprache ermöglichte, mit erheblichen Gefahren ver-

bunden sein mußte, war Werner Schoknecht auf Grund der Vorgänge klar.

Um sie zu "unterlaufen" hatte er die Idee, das zu gründende Blatt als Zeitschrift eines geschlossenen Kreises aufzuziehen, dessen "nationale Gesinnung" nicht zu bezweifeln war. Das Kriegsfreiwilligentum als Vorwand, "Anliegen" und Tarnung öffentlicher Mitsprache zu wählen - worauf noch näher einzugehen sein wird -, war nicht nur eine zweckmäßige, sondern wohl die einzige Möglichkeit, öffentlich nationale Kritik zu üben. Werner Schoknecht hatte die große Stunde seines Lebens, als er - rein intuitiv - darauf verfiel, den totalen Staat öffentlich mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen.

Erste Ansatzpunkte, seine Idee zu realisieren, suchte der wagemutige Journalist bei den bestehenden militärischen Traditionsverbänden und Kriegervereinen. Da es diesen jedoch an Einsicht und Bereitschaft gebrach, die starke Verbandspresse dem Schoknecht'schen Plane zu öffnen, mußte die Leserschaft, die eine neue Zeitschrift trug, auf anderen Wegen gefunden werden. Schoknecht ließ in Tageszeitungen einen kurzen Text einsetzen, mit dem er zur Bildung eines Bundes der "noch nicht" organisierten Kriegsfreiwilligen von 1914/15 aufrief. Dies konnte nur bei oberflächlichen Lesern den Anschein erwecken, als ob die Kriegsfreiwilligen sich jetzt ebenfalls dem allgemeinen "nationalen Aufbruch" anzuschließen, d.h. den Kreis der bereits vorhandenen oder im Entstehen begriffenen NS-Organisationen um einen neuen Verband zu erweitern gedachten. Tatsächlich sollte der "Bund" zahlreichen Nicht-Pgg. die Möglichkeit geben, "sich zu organisieren", um auf Grund dessen sich anderweitigen Beitrittsverpflichtungen entziehen zu können.

Mitglieder des Bundes der Kriegsfreiwilligen und damit Bezieher der Zeitschrift wurden auf Anhieb 5000 Personen. Es waren durchweg Angehörige bürgerlicher Kreise, die den Aufruf wohl überwiegend richtig verstanden hatten.

Natürlich kamen auch ehemalige Kriegsfreiwillige, die aktive Nationalsozialisten waren; aus deren Mitte wandten sich - als sie feststellten, daß es sich bei dem Bund offenbar nicht um eine nationalsozialistische Gründung handelte - einige beschwerdeführend an den damaligen Frankfurter Polizeipräsidenten, SA-Obergruppenführer Beckerle, der auch prompt ein Verbot für seinen Amtsbereich Hessen und Hessen-Nassau verfügte, als die erste Nummer des Blattes erschien. Werner Schoknecht fuhr, als er von dem Verbotsedikt des Polizeipräsidenten Kenntnis erhielt, nach Berlin. Er suchte lange nach einem Mann, der sich für die Bearbeitung einer solchen Angelegenheit für zuständig hielt - was Schoknecht zu einer humorvollen Schilderung der Ministerialbürokratie in der nächsten Nummer seiner Zeitschrift anregte¹⁾ - und fand ihn schließlich in Gestalt eines Beamten im preußischen Innenministerium, in dem damals eine Dienststelle für die Bearbeitung von SA-Übergriffen bestand. Obwohl Schoknecht den Sachbearbeiter nur telefonisch von der Pförtnerloge aus sprechen konnte, erreichte er zwar eine Intervention in seinem Sinne, doch hielt sich der Frankfurter SA-Führer nicht daran. Er erkannte die Anordnung des Ministeriums, die Zeitschrift unbehelligt weiterbestehen zu lassen, einfach nicht an.

Die Konsequenz, die Schoknecht aus dieser Situation zog, war die Verlegung seiner Redaktion nach Berlin. Die Mitteilung darüber in Nr.2 lautet²⁾: "... Einige Leute hatten nämlich die Absicht, den Kriegsfreiwilligen etwas in die Suppe zu schütten. Sie schrieben an die SA-Führung in Frankfurt und schließlich auch an die Ministerien in Berlin. So mußten wir uns denn auf den Schnellzug setzen, um in den Berliner Ministerien unsere Harmlosigkeit nachzuweisen... Das ist auch zum guten Teil gelungen ... Der Bund der Kriegsfreiwilligen von 1914/15 siedelt mit seiner

1) WK Nr.2, S.1, Sp.2/3

2) "Liebe Kameraden", S.1, Sp.1

Zeitschrift nach Berlin über ...". Gedruckt wurde das Blatt weiter in Darmstadt. (Den Druckereibesitzer habe man gleich zu Beginn darauf aufmerksam gemacht, daß es vielleicht Schwierigkeiten geben werde, wird zwei Monate später offen mitgeteilt.)¹⁾ Eine Anzeige, die ebenfalls zu Beginn des Erscheinens von WK bei der Geheimen Staatspolizei erfolgt war, blieb ohne Wirkung. Soviel Schoknecht über den Verlauf der Angelegenheit gehört hat, saß hier ein "Gönner" der Zeitschrift, dem der landserhaft-freche Stil des Blattes gefiel und der ein Einschreiten zunächst nicht für notwendig hielt.

Wesentlich für die Lösung der Aufgabe, die Werner Schoknecht sich gestellt hatte, war die Art, wie es ihm gelang, das "Interesse" seiner (konstruierten) speziellen Gruppe mit dem allgemeinen Anliegen zu verbinden. Er mußte die Darstellung von Gesprächselementen der gesamten Gesellschaft gleichsam einbetten in ein dickes Polster von Kriegsfreiwilligen-Stoff. Außerdem mußten - damit die Zeitschrift in den Augen ihrer Überwacher nicht zweckentfremdet erschien - verschiedene Anliegen der ehemaligen Kriegsfreiwilligen "verfochten" werden. So finden wir in den ersten Nummern Aufsätze, die lediglich der Erinnerung an den ersten Weltkrieg und an verbindende Gemeinsamkeiten der Nachkriegszeit dienten: "Heute vor 15 Jahren", "Die Nationalsozialisten von 1914", "Kamerad Schlageter", "Das Wunder der Kameradschaft", "Vom Frontgeist zum SA-Geist" lauten beispielsweise die Überschriften, auf deren wirkliche Bedeutung noch in anderem Zusammenhang eingegangen werden soll. Hier sind diese Erlebnisberichte und Abdrucke aus der Kriegsliteratur für uns ohne Belang. Sie waren - von der eigentlichen Zweckbestimmung des Blattes aus betrachtet - das notwendige Soll an Tarnung, welcher eine lebenswichtige Funktion zukam.

1) WK Nr.5, S.11, Sp.2

Anders die Themen, die den Wünschen der Kriegsfreiwilligen, ihrer Stellung zum Staat und dem Charakter des von Werner Schocknecht gegründeten "Bundes" galten. Hier tritt das Wesen der Zeitschrift in sehr deutlichen Konturen hervor: Es sollte der Eindruck erweckt werden, als seien die Kriegsfreiwilligen durchweg begeisterte Nationalsozialisten und jede noch so kritische Zeile des Blattes unterstütze die "Nationale Wiedergeburt" des deutschen Volkes. Das ganze Streben nach "Anerkennung" und "Gleichstellung" der Kriegsfreiwilligen im NS-Staat, das damals in seinem Blatt eine große Rolle spielte, erklärt Werner Schocknecht heute folgerichtig: "Das bedeutete weiter nichts, als daß man uns leben lassen sollte."

Nachdem in der Reichshauptstadt vier Nummern des Blattes erschienen waren, interessierte sich die Staatsgewalt - diesmal vertreten durch die Gestapo - erneut für das Wirken von Werner Schocknecht. Und zwar wurde der "Bund" als unvermittelt verboten und damit das organisatorische Problem aufgeworfen. Zwei Polizeibeamte erschienen im Büro, teilten das Verbot mit und beschlagnahmten Stempel und sonstige Unterlagen des Bundes. Dieser Schritt kam völlig unerwartet, denn zwei Wochen vorher war unter dem Titel "Unsere geistigen Wurzeln" ein Beitrag erschienen, in dem es noch hieß: "... Selbstverständlich muß der Bund über kurz oder lang als nationaler Verband anerkannt werden, einfach weil wir es s i n d . Aber Kameraden, wir dürfen den Drunkler (so wurde im Kameradenkreis der Herausgeber genannt) nicht von seiner geraden Linie abbringen, dürfen ihn nicht zwingen wollen, gleichsam im Nebenamt eine wirtschaftliche Interessenvertretung aufzumachen"¹⁾.

Es kann heute nicht mehr mit Sicherheit geklärt werden, ob die Gestapo im Oktober 1933 in dem "Bund der Kriegsfreiwilligen von 1914/15" bereits eine oppositionelle Vereinigung sah oder ob sie nur eine jener bürgerlich-indiffe-

1) WK Nr. 5, "Unsere geistigen Wurzeln", S. 2, Sp. 2

renten Gruppen beseitigen wollte, die nicht mehr in das Ordnungsbild der nationalsozialistischen Staatsführung paßten. Wahrscheinlich handelte es sich um eine prophylaktische Maßnahme. Allerdings beurteilte die Polizei die Situation durchaus falsch, denn mit dem Verbot des Bundes hatte sie zweifellos den falschen Griff getan.

Die offizielle Mitteilung über die Auflösung des Bundes in Nr.6 von WK ¹⁾ erfolgte in der "Überzeugung", ihn später wieder ins Leben rufen zu können. Einstweilen wollte man sich "Nationale Lesegemeinschaft: Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" nennen. In dem Leitartikel der Nr.6 heißt es hierzu: "... Vorläufig ist der Staat der Meinung, daß die Bezeichnung als 'Bund der Kriegsfreiwilligen' zu Mißverständnissen führen könne, die mit den Ansprüchen, die der totale Staat stellen müsse, nicht in Einklang zu bringen sei. Wenn wir nur eine geistige Gemeinschaft sein wollen, dann wünscht der Staat, daß wir uns auch nur als solche bezeichnen ... Die Regierung glaubt ... keine Gewähr dafür zu haben, daß marxistisch eingestellte Elemente in den Reihen des Bundes Unterschlupf suchen und den Geist der Kriegsfreiwilligen in ihrem Geist zu beeinflussen suchen... Die staatliche Anerkennung der Zeitschrift ist daher mit der Anordnung der Regierung verbunden, den Bund der Kriegsfreiwilligen von 1914/15 als solchen aufzulösen ... Der totale Staat habe Ansprüche zu stellen, denen sich auch die Kriegsfreiwilligen fügen müßten." In diesen Sätzen läßt sich die bewußte Herausstellung der Tatsache nicht übersehen, daß auch unter den vielgeschmähten Marxisten sich ehemalige Kriegsfreiwillige befanden, die nun mit dem Anspruch eines "Kämpfers für Deutschland" auftreten konnten.

Die drängende Frage, wie die Sammlung der ehemaligen Kriegsfreiwilligen glaubhaft zu motivieren sei, wird deutlich in einem Aufsatz²⁾, in dem ein freier Mitarbeiter der

1) "Wir sind eine Lesegemeinschaft", S.1

2) WK Nr.6 "Wir Kriegsfreiwilligen, eine geistige Kampfgemeinschaft", S.7, Sp.1

Zeitschrift, Edgar Dreher, zur Auflösung des Bundes inhaltend Stellung nimmt: "In Wirklichkeit ist noch vieles zu sagen, bevor das letzte Wort in unserer Sache gesprochen sein kann... Es stehen nicht von heute auf morgen Tausende auf, wenn nicht eine zutiefst gefühlte innere Notwendigkeit sie zusammenführt.- Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie in der gleichen Zeit, in der sie gefühlsmäßig begriffen haben, daß sie dem Ruf, der zu ihnen drang, Folge leisten mußten, nun auch Klarheit über das Marschziel und den Sinn ihres Aufbruchs selbst haben oder gar anderen überzeugend darlegen sollen..."

Neben diesen vorsichtig tastenden Worten veröffentlicht die Redaktion einige Leserbriefe, in denen unverblünte Kritik an der Auflösung geübt wird: "Ließer Trommler! Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß das Verbot des Bundes ... bei fast allen Kameraden große Überraschung ausgelöst hat im Hinblick auf die wiederholt von höchster Stelle unseres Staates gegebene Erklärung, daß jeder, der guten Willens ist, zur Mitarbeit willkommen ist..."¹⁾. In einer anderen Zuschrift heißt es: "... Rasch habe ich mich wieder unter mehr oder weniger verwundertem Schütteln meines bereits angeschimmelten Hauptes gesammelt und denke dabei: (natürlich nur in Klammern !!) ei, ja, diese Totalität, die hat's aber in sich! ..." ²⁾.

Wie es zu dem neuen Namen des Kriegsfreiwilligen-Zusammenschlusses gekommen ist, erfuhr man einige Monate später aus der Beantwortung eines Leserbriefes durch die Redaktion: "Die Bezeichnung 'Lesegemeinschaft' wurde uns seinerzeit offiziell empfohlen. Wir sind eine Erlebnisgemeinschaft ..." ³⁾. Beide Kennzeichnungen bedeuten zeitungswissenschaftlich nichts anderes als: Gesprächsgemeinschaft.

1) WK Nr.7, "Was die Kameraden sagen", Seite 13, Sp.3

2) WK Nr.7, "Was die Kameraden sagen", Seite 14, Sp.1

3) WK Nr.13, "Vorläufige Zwischenlösung", S.4, Sp.2

Wie Schoknecht die starke "nationale" Position der ehemaligen Frontfreiwilligen mittels Darstellung ihres "Meckerns" in seiner Zeitschrift ausnützte, belegt ein Beitrag, den er im April 1934 veröffentlichte. Es heißt darin: "... Nehmen wir zu den Dingen und Fragen des Tages Stellung und greifen hinein in den Prozeß des Reifens und Werdens der Nation. Werden wir endlich die vom Führer immer gewünschte und für ihn notwendige disziplinierte, charaktervolle und - wie Bismarck sich einmal sehr fein ausdrückte: - 'seiner Majestät getreueste Opposition'. Es ist an der Zeit, dies zu schaffen, um der Nation ein Ventil zu öffnen ... Treten wir an, Trommler gib das Zeichen zum Umhängen, und nun: ohne Tritt marsch! Ich sage mit Absicht 'ohne Tritt', denn im Gleichschritt der Gleichschaltung marschieren zu viele ..." ¹⁾.

Mit solchen, als Willenskundgebungen der "Lese-" (d.h. Gesprächs-) "Gemeinschaft" etikettierten Veröffentlichungen war Tausenden von Kriegsfreiwilligen und Millionen deutscher Menschen aus dem Herzen gesprochen. Zeitungswissenschaftlich heißt das: es wurden der Tenor oder doch unüberhörbare Töne des gesellschaftlichen Zeitgesprächs dargestellt. Galt es eine gesellschaftlich fundierte Kritik gegen das Regime vorzutragen, mußte die ad hoc konstruierte Gruppe, deren Staats- und Regime-Treue als Ausfluß ihrer nationalen Gesinnung nicht zu bezweifeln war, ins Treffen geführt werden: "... Der Führer gab das Signal: Revolution - das Ganze halt! Die Evolution beginne! Nun marschieren die Weisen, und wir werden ihre Kampftruppe sein..." ²⁾.

Wenn man diese kaum getarnte Kritik am Nationalsozialismus chronologisch verfolgt, so ist, sicherlich im Gefolge von Tendenzen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs, nach und nach eine Verschärfung der Formulierungen festzustellen. In den ersten Nummern wäre es noch nicht denkbar gewesen,

1) WK Nr.17, "Ein Kamerad schreibt", S.5, Sp.2/3

2) WK Nr.17, "Die Kriegsfreiwilligen-Bewegung", S.4, Sp.1

daß man offen "seiner Majestät getreueste Opposition" hätte sein wollen. Besonders scharf kommt diese Distanzierung, wenn auch nur in einem Nebensatz, einen Monat später zum Ausdruck. In einem der regelmäßigen Beiträge von Dr. Beuther heißt es: "... So können auch wir - ohne uns gerade 'Hitler-Bewegung der Kriegsfreiwilligen' zu nennen - gehorsam warten: welche Pflichten uns auferlegt werden. Nichts ist umsonst, alles hat einen Zweck ..." ¹⁾. Dies, zu einem Zeitpunkt ausgesprochen, als es praktisch nur noch "gleichgeschaltete" Verbände und Vereinigungen gab, mußte von den Funktionären der Staatspartei als ganz erhebliche Zumutung empfunden werden. Sie hatten freilich auch schon vorher allen Grund, indigniert zu sein, als in einem Leserbrief "den Kriegsfreiwilligen" empfohlen wurde: "... Nicht hinterherlaufen hinter den Tagesströmungen ... Sondern sie nüchtern abschätzen auf die Dauerwerte, die sie in sich tragen ..." ²⁾.

Der stärkste Versuch, das "nationale Kapital" der Kriegsfreiwilligen journalistisch für die Gesamt-Gesellschaft zu aktivieren, erfolgt im Zusammenhang mit dem Vorschlag von Schoknecht, unabhängige Beschwerde- und Beratungsstellen einzurichten. Edgar Dreher behandelt in einem Beitrag die Problematik solcher Stellen und kommt zu dem Schluß: "Also sind w i r es, lieber Trommler, die die Aufgaben übernehmen müssen, die Du staatlichen Beratungs- und Beschwerdestellen übergeben sehen wolltest... Wir wollen Dir alle dabei helfen, indem wir Dir Beschwerden zuleiten und indem wir bei ihrer Beantwortung mitarbeiten..." ³⁾ Die Antwort von Schoknecht bestand in einem Zweizeiler:

"Auf dieser Bank, da geht es nich,
die Bank, die ist zu wackelich" ³⁾.

1) WK Nr.19, "Was sagt Beuther?", S.13, Sp.1

2) WK Nr.13, "Vorläufige Zwischenlösung", S.4, Sp.2

3) WK Nr.28, "Beschwerden oder selbst ist der Mann", S.3/4

Diese Ablehnung macht deutlich, daß Schoknecht über seine darstellende Öffentlichkeitsarbeit nicht hinausgehen konnte. Er wußte, daß seine Kriegsfreiwilligen-Konzeption eine subjektiv-politische, also publizistische Aktivierung nicht vertrug. Weitere Äußerungen, die auf dem gleichen Wege über die Haltung von Gesprächspartnern zum Nationalsozialismus unverblümt Auskunft geben, können hier nur stichwortartig zitiert werden: "... Kannst Du Dir das Vorgehen nicht abgewöhnen, Kamerad? Eben blies Dir doch wieder der Wind scharf in die Jacke! ..." ¹⁾; "Wir können sehr lange warten, sehr rasch laufen, sehr hart zupacken... Beeinflussungen und Belehrungen sind wir nie zugänglich gewesen, weder von den Älteren noch von den Jüngeren ... Das einzige Mittel, uns auszuschalten, ist, daß man uns totschlüge. Und auch dazu gehören zwei" ²⁾; "...Es ist Bestimmung, daß die, die bisher geopfert haben, weiter opfern; denn sie kennen den Sinn des Opfers ... Das ist nichts für Konjunkturritter, Karrieremachen gibt es hier auch nicht, es gilt auch keine Parteibuchnummer..." ³⁾; "... Man fühlt, daß sich hier Gleichgesinnte, nicht Gleichgeschaltete gefunden haben ..." ⁴⁾; "... Allerdings: kleinen Gernegroßen werden wir immer noch mit Vergnügen leicht in die Suppe spucken. Wir sind noch nicht der zahnlose, halbblinde alte Löwe mit Mottenfraß im Fell und stumpfer Krallen..." ⁵⁾.

Als notwendiges Gegengewicht gegen die Stimmstärke der nationalsozialistischen "alten Kämpfer" erinnerte Schoknecht von Fall zu Fall unüberhörbar an die zurückliegenden Verdienste und damit die "wohlerworbenen Rechte" der kriegsfreiwilligen "alten Kämpfer", meist im Zusammenhang mit einer kritischen Äußerung, weil eine solche sich nur im Schatten der eigenen nationalen Unantastbarkeit unterbrin-

1) WK Nr.7, "Unser geistiger Zusammenklang", S.1, Sp.1

2) WK Nr.9, "Bravo, Minister Rust!", S.9, Sp.1-2

3) WK Nr.14, "Eine sehr zivile Betrachtung", S.1, Sp.3

4) WK Nr.14, "Pastor und Kamerad", S.14, Sp.3

5) WK Nr.26, "Was sagt Beuther?", S.16, Sp.1

gen ließ. Der Generalnenner, auf den Schoknecht das öffentliche Mitsprache-Recht der Kriegsfreiwilligen bezog, kommt in einem Leserbrief zum Ausdruck: "...Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, daß wir freiwillig unserem Vaterlande beigetragen sind. - Parteigenosse kann ein jeder werden - Kriegsfreiwilliger von 1914 aber nicht mehr..."¹⁾. Dieses Motiv greift Schoknecht später immer wieder auf. Im gleichen Atemzuge ist Schoknecht auch um die Legitimation bemüht, im Namen von viel mehr Gleichgesinnten zu sprechen, als seiner Abonnentenzahl entspricht: "Wir sind ja nur die Stammdivision der deutschen Kriegsfreiwilligen, zu früh wurde die Werbewirkung unseres Zusammenschlusses unterbrochen ..." ²⁾.

"Stammdivision" meint zweifellos auch und vor allem, daß der ad hoc konstruierten Gruppe der Kriegsfreiwilligen tatsächlich allgemein-gesellschaftliche Repräsentanz zukam - abgesehen davon, daß die Kriegsfreiwilligen ja wirklich einen soziologischen Querschnitt durch das deutsche Volk darstellten. Die journalistische Aufgabe bestand darin, diese gesellschaftliche Repräsentanz hinter ganz spezieller Interessenvertretung zu verstecken. Mit anderen Worten: Es kam darauf an, den - faktisch kaum vorhandenen - existenznotwendigen Zusammenhang zwischen der Zeitschrift und - lediglich - einer Gruppe unzweifelhaft nationaler Männer allein hervortreten zu lassen, damit aber zugleich gesamt-gesellschaftliche Anliegen sichtbar zu machen. Diese Gratwanderung soll hier nur andeutungsweise in einigen Zitaten verfolgt werden, um das Bild von der Problematik abzurunden, mit der Schoknecht in jeder Nummer seines Heftes fertigzuwerden hatte.

Bereits in Nr.4 wird auf die Bevorzugung von "alten Kämpfern" bei der Vergebung von Arbeitsstellen hingewiesen³⁾ und dabei die Forderung erhoben: "Unsere Kameraden

1) WK Nr.3, "Was die Kameraden sagen", S.9, Sp.2

2) WK Nr.11, "Rückblick und Ausblick!" S.1, Sp.1/2

3) Siehe auch unter Kapitel D.

wollen keinen Vorzug, aber sie dürfen auch keine Zurücksetzung erfahren ... Es geht nicht, daß auf den Arbeitsämtern gefragt wird: 'Wer ist Mitglied eines nationalen Verbandes?'¹⁾. Ein Leser schreibt zum gleichen Thema, nachdem er die Bevorzugung der "politischen Kämpfer" kritisiert hat: "Wir Kriegsfreiwilligen müssen in alter Feldkameradschaft zusammenhalten und den politischen Kämpfern zeigen, daß Millionen von uns Gut und Blut opferten und deswegen teilhaben am Bestand des Reiches..."²⁾. Der gleiche Gedanke klingt an in einer redaktionellen Stellungnahme zu einem neu verkündeten Gesetz, nach dem die "Opfer im Kampf um das neue Deutschland" und die Kriegsoffer gleichgestellt werden. WK erhebt die Forderung, die "zufällig gesundgebliebenen Kameraden" von 1914 ebenfalls "gleichzustellen"³⁾. Der Wunsch nach Gleichstellung kehrt in verschiedenem Gewand und bei verschiedenen Anlässen des öfteren wieder, und es besteht kein Zweifel, daß es sich hierbei - insbesondere soweit soziale Fragen angeschnitten werden - um gesellschaftliche Forderungen handelt.

Die Erklärungen, warum er und seine "Anhänger" ihre Ziele außerhalb der NSDAP. und ihrer Gliederungen erstrebten, waren ein Sich-Herumwinden um das heißeste Eisen, das es für Schoknecht und die ihm Gleichgesinnten gab. Man parierte glänzend, indem man den Monopolisten des "Aufbruchs der Nation" fortgesetzt Lektionen las, auf welcher Grundlage allein nationale, d.h. gesamt-gesellschaftliche Interessen wahrzunehmen seien: "Warum sind wir denn nicht früher zu ihm (d.h. zu Hitler; d.V.) gestoßen? ... Weil seine Bewegung, bis sie zur Macht kam, eine Partei war..."⁴⁾.

Noch schärfer wird der Anschluß an die Partei mit einem Zitat der italienischen Kriegsfreiwilligen-Organisation abgelehnt: "... Es handelt sich nicht darum, sich an

1) WK Nr.4, "Unsere Stellung im Staat", S.2, Sp.2/3

2) WK Nr.15, "Ein Kamerad schreibt", S.5, Sp.2

3) WK Nr.16, "Gedanken zu einem neuen Gesetz", S.1

4) WK Nr.5, "Unsere geistigen Wurzeln", S.2, Sp.2

die Partei einzureihen. Wir wollen außer und über den Parteien sein..."¹⁾. Daß dieses Zitat in dem genannten Artikel durchaus als eigene Ansicht und als im Volke weitverbreiteter Wunsch verstanden werden sollte, ist dadurch gekennzeichnet, daß der zweite Satz des Zitats vollkommen gesperrt gedruckt ist.

C. b. Ihre Position gegenüber der gleichgeschalteten
Publizistik

Die besondere Bedeutung von WK beruhte primär nicht auf publizistischer, informatorischer oder ähnlicher Intention seitens des Herausgebers, und - andersherum - nicht auf einem allgemeinen oder speziellen Lese-Interesse der Bezieher, sondern darauf, daß WK glaubwürdig die Fiktion einer realen Gesprächsgemeinschaft der Kriegsfreiwilligen erweckt und erhalten hatte. Diese "Sprecher" konnten besondere Ansprüche an "freie Rede" und an ein Gehörtwerden geltend machen und infolgedessen gelangten (mit Gewalt unterdrückte) Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs zur Darstellung und damit zur öffentlichen Wirkung. Der Intention des Redakteurs gemäß und da die "Gruppe" (worauf bereits hingewiesen wurde) den gesamtgesellschaftlichen Bereich umspannte, war das Thema ihres "Organs" das ganze gesellschaftliche Leben, nicht nur ein Teilbereich. Insofern ist WK - zeitungswissenschaftlich - Zeitung, nicht Zeitschrift.

Eine Antwort auf die Frage, wieweit Schoknecht sich seiner Aufgabe, Sachwalter der gesamten Gesellschaft zu sein, bewußt war, finden wir am besten in den Darlegungen und Polemiken, in denen sich WK mit dem Thema "Presse" selbst befaßt. Die Tendenz dieser Veröffentlichungen ist fast immer die gleiche: Die gleichgeschalteten Zeitungen

1) WK Nr.4, "Unsere Stellung im Staat", S.2, Sp.1

sind langweilig und uninteressant, ihre Redakteure haben - wie Schoknecht es in der dem Blatt gemäßen Landersprache auszudrücken pflegte - "die Hosen voll" usw. Meist ist es Hohn und Spott, mit denen Werner Schoknecht seine Kollegen, tatsächlich jedoch das System, eindeckt. Er mußte das oft kollektiv tun, weil es ihm ja darum ging, einen Zustand und nicht bestimmte Redaktionen oder einzelne Personen zu kritisieren. (Es sei denn solche, die er nicht beim Namen nennen durfte.) In diesen Abhandlungen, die Werner Schoknecht unter Anwendung verschiedener Taktiken immer wieder zum Thema Presse- und Meinungsfreiheit schrieb, legiti- mierte er sich als echter Gesprächsanwalt der Gesell- schaft. Wenn in WK Meinungs- und Kritikfreiheit gefordert wurde, so darum, weil dies als Notwendigkeit für die gesam- te Nation empfunden wurde.

Um die Angriffe gegen die "gleichgeschaltete" Presse absichern zu können, zitierte und kommentierte er Äußerun- gen von allerhöchsten NS-Funktionären. Da sie sich Kompe- tenzen auf allen Lebensgebieten anmaßten und besonders in der Anfangszeit ihrer Herrschaft über alles und jedes spra- chen, wurden natürlich auch passende Presse-Zitate gefun- den. Diese dienten dann als "Aufhänger " für höchst eigen- willige Interpretationen durch WK. Am meisten "mißbraucht" wurde wohl eine Äußerung von Dr. Goebbels, mit der er sich gegen die (durch seine eigenen Maßnahmen hervorgerufene) Schablonisierung der deutschen Presse wandte. In diese Kerbe schlug nun WK immer wieder hinein, wobei die Bezug- nahme auf den "Wunsch der Reichsregierung" als Trick frei- lich leicht zu erkennen, aber nicht anzugreifen war.

So kommentiert Schoknecht scheinheilig unter der Überschrift "Nicht egal weg Drahtverhau" in Nr. 11 ¹⁾: "Von beru- fenster Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die gesam- te deutsche Presse seit Monaten auffallend schablonisiert

1) "Nicht egal weg Drahtverhau. Eine sehr ernsthafte Be- trachtung", S. 4, Sp. 1

ist, daß die Reichsregierung selbst das gar nicht wünscht und daß das also anders werden soll. Denn wenn das nicht anders würde, darf man vielleicht noch hinzusetzen, dann genügt schließlich eine einzige Zeitung für das ganze Reich, dann gibt es nur noch amtlich abgestempelte Geisteskost. Es ist gut, daß durch offizielle Stelle einmal die von uns als Selbstverständlichkeit angenommene amtliche Ansicht so klar geäußert worden ist, weil 'Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15' uns in unserer Zeitschrift schon vorher d a n a c h g e r i c h t e t haben..."

Deutlicher als hier konnte es in den für die damalige Zeit möglichen Formen nicht gesagt werden, woran das deutsche Zeitungswesen seit dem Frühjahr 1933 litt. Natürlich wußte Schoknecht ganz genau, daß mit der genannten Goebbels-Äußerung keine grundlegende Änderung eintreten würde. Aber indem er so tat, als ob er derartige Versprechungen für bare Münze nahm, konnte er seine Kritik notdürftig mit einer "positiven" und scheinbar "rechtgläubigen" Einstellung seines eigenen Blattes tarnen. Daß man in Fachkreisen das Experiment WK mit Interesse betrachtete, unterliegt keinem Zweifel. Aber die Zurückhaltung überzog bei den Kollegen - jedenfalls, soweit es sich um ein persönliches Engagement handelte: Werner Schoknecht hat während der 16 1/2 Monate, in denen seine Zeitschrift erschienen ist, trotz eifriger Bemühungen keinen hauptamtlichen Mit-Redakteur gefunden. Er blieb auf seine freien Mitarbeiter, die alle keine Berufs-Journalisten waren, angewiesen. Dieser Zustand wirkte sich deswegen nicht zum Schaden seiner Aufgabe aus, weil Schoknecht diese bewußt im Sinne der "Anwaltschaft" erfüllte.

In einem Artikel, der "Unsere Tageszeitungen" überschrieben ist, heißt es wörtlich: "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15 protestieren gegen die Tagespresse, die in ihrer nichtssagenden Gleichförmigkeit ein falsches Bild von

- 1) "Nicht egal weg Drahtverhau. Eine sehr ernsthafte Betrachtung", S.4, Sp.1

den lebendigen Kräften des deutschen Volkes vermittelt..."¹⁾
Weiter oben in dem gleichen Artikel wird der kritisierte Zustand noch einmal im Soldatendeutsch ausgemalt: "... Kommt doch mal ein bißchen näher, Ihr 'Träger der schweren Verantwortung vor der Öffentlichkeit', die alten Krieger wollen Euch besichtigen ... Also angetreten! Und nun in Eurem Gleichschaltungsschritt: Marsch! Ach, Du lieber Gott, was ist denn das für eine Sanitätskompanie? Ist das der Landsturm ohne Waffe? 'Zum Kotzen, Herr Major, das ganze Bataillon steht schief' ..." Auch hier wird ein Hinweis auf die Tüchtigkeit von Dr. Goebbels nicht vergessen, der das natürlich gar nicht so haben wollte... In den gleichen Ton verfiel Schoknecht auch, als er einen Monat später öffentlich auf einen Brief antwortete, in dem ihm ein Chefredakteur geschrieben hatte, "Sie scheinen von der Problematik der deutschen Tageszeitungen keine Ahnung zu haben". Unter der gleichen Überschrift wie in Nr. 17 heißt es als Replik darauf: "Problematik? Ein hübsches Wort, Herr Problematiker! Wenn vorne dicke Luft war, traf man manchmal hinten einen, der sich da herumdrückte... Und vielleicht antworteten wir dann: 'Mensch, Meier! Wenn Du die Hosen voll hast, dann sag es wenigstens, aber quatsch hier kein ungereimtes Zeug mit Deinen hochtönenden Phrasen' "²⁾.

Man wird einwenden müssen, daß auf diese Weise den echten Problemen, vor welche sich nach dem Einsetzen der allesumfassenden Staatspublizistik jeder deutsche Journalist gestellt sah, in der Tat nicht beizukommen war. Aber darauf kam es - das darf man bei einem Gesamtüberblick über die Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" feststellen - dem Herausgeber auch gar nicht an. Er wollte als Gesprächsanwalt der zum Schweigen verurteilten deutschen Gesellschaft nur immer wieder den Finger auf die Wunde legen, und das hat er zweifellos in einer beispiellosen Offenheit getan.

1) WK Nr. 17 "Unsere Tageszeitungen", S. 9, Sp. 1-3

2) WK Nr. 19, "Unsere Tageszeitungen", S. 9

Dafür, daß man sich gelegentlich auch in anderen Redaktionen mit der unheilvollen Entwicklung befaßte und öffentlich dazu Stellung nahm, hat Schoknecht seinen Lesern selbst Zeugnis gegeben und außerdem eine interessante Vergleichsmöglichkeit geschaffen. Es handelt sich um einen Aufsatz in der D.A.Z., der in intellektueller Verkleidung die gleiche Frage behandelt und diesmal allerdings auch zu einem sehr deutlichen Schluß kommt-(ohne Zweifel der Grund, aus dem er in WK zitiert worden ist): "In der kurzen Zeit von 12 Monaten hat die deutsche Presse eine Aufgabe zu meistern versucht, die für sie neu war. Es war nicht nur die Aufgabe, vor die sich ja jeder Landsmann gestellt sah, seinen Beruf im neuen Rahmen zu erfüllen. Hinzu kam eine besondere Aufgabe, deren Lösung den gelehrtesten Soziologen noch nicht gelungen ist: die Bedeutung der Kritik im autoritären Staat gehören zur Lösung dieser Aufgabe, mehr noch als es in jedem Staatswesen der Fall sein sollte, die beiden Pole der Autorität und der öffentlichen Meinung¹⁾. So mußten in einer Übergangszeit an die Stelle der Klärung dieses Verhältnisses die Arbeitsbedingungen treten, zu deren Kennzeichnung am ehesten das der Handelspolitik entnommene Wort vom 'Erziehungssoll' genügen dürfte. Mancher ungeduldige Leser möchte diese Entwicklung nun seinerseits durch die Kritik beschleunigen, die er an seiner Zeitung, an der Presse überhaupt übt. Er möchte einen Zustand beseitigt sehen, der zu einer starken Einfuhr ausländischer Zeitungen führte... Es gibt bei uns keine nennenswerte Zahl von Leuten, die eine Zeitung nicht lesen können, aber solche, die sie nicht mehr lesen wollen, gibt es schon ... Verlangen sie mit Recht von der Presse, daß sie ihre Chronistenpflicht erfüllt..."²⁾.

1) Dieser Satz wurde wörtlich so zitiert, wie er in WK steht.

2) WK Nr.15, "Aus Zeitungen und Zeitschriften" - "Kritik im autoritären Staat", S.8 Sp.1

Diese Kritik an den bestehenden Zuständen hat Werner Schoknecht seinen Lesern natürlich sehr gerne weitergegeben, der Auszug steht an der ersten Stelle seiner Zeitungsschau im Heft Nr.15. Um ganz deutlich zu machen, wie stark sich die Kommentare in WK nicht nur im Ton, sondern auch in der Schärfe von einer solchen Darlegung wie der in der D.A.Z. unterscheiden, soll im Anschluß hieran ein Angriff Schoknechts auf das amtliche "Deutsche Nachrichtenbüro" ausführlich zitiert werden¹⁾. Der glossenhafte Kommentar trägt die Überschrift "Die Pantoffeln des DNB". Es heißt darin: "Wir haben Hakenkreuzwürstchen und Hitlerbonbons erlebt. Wir haben sogar von einem Klosettpapier mit schwarz-weiß-roter Umrandung gelesen. Uns kann also in dieser Richtung nichts mehr überraschen. Wir sind abgeklärt. Nun geschah aber in diesen Tagen etwas, was uns doch aus der Fassung brachte. Gibt da das deutsche Nachrichtenbüro... einen Bericht heraus, der wert ist, als Prunk- und Lehrstück in ein noch zu errichtendes deutsches Kitschmuseum aufgenommen zu werden ... Wenige, in ihrer devoten, kriecherischen Schmeichelei abschreckende Sätze seien hier angeführt ... Nach der Schilderung der Einfahrt Hitlers in Dresden 'wie sie keinem gekrönten Herrscher vorher in Dresden bereitet wurde', folgt der Höhepunkt byzantinistischer Kleinmalerei: 'Blumen wurden auf den Weg gestreut, und man sah es manchem an, daß er unvorbereitet im letzten Augenblick, so wie er war, in Hemdsärmeln und Pantoffeln auf die Straße geeilt war, um einen Blick vom Führer zu erhaschen ... Selbst alte Mütterchen hatten sich auf die Straße gestellt und stundenlang im kalten Wind verharrt. Sie waren nicht zu bewegen, in ein Haus zu gehen, weil sie Angst hatten, den Führer zu verpassen' ". WK erklärt hierzu: "Wie groß muß doch die Charakterlosigkeit einer Presse sein, die sich zuerst in Beschimpfungen des Führers überbot und dann von Staats wegen an allzu neftigen

1) WK Nr.23, "Aus Zeitungen und Zeitschriften", S.10, Sp.1/2

Liebesbeteuerungen gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Führern gehindert werden muß ..."

Schoknecht hat über das zentrale Thema: Presse und Meinungsfreiheit sehr viel geschrieben. Allein schon die Tatsache, daß er in fast jeder Nummer seines Blattes über die durch den absoluten Machtanspruch der Staatspublizistik hervorgerufenen Mißstände bewußt "stolperte", weist ihn als einen echten Gesprächsanwalt aus. Er suchte immer wieder neue Ansatzpunkt zur Kritik an der gleichgeschalteten Presse und war sich dabei der Gefährlichkeit seines Tuns durchaus bewußt. Wie sich ein Journalist im Dritten Reich fühlte, machte er den Lesern mit Hilfe einer Analogie deutlich¹⁾: " 'Die Peking-Gazette, die zweitälteste Zeitung der Welt, scheint für Schriftleiter eine recht gefährliche Sache zu sein. Nicht weniger als 1797 Schriftleiter der Zeitung sind seit ihrem Bestehen hingerichtet worden, da sie den Regierenden zu sehr die Wahrheit sagten.' - Diese Notiz entnehmen wir der im Verlage des 'Völkischen Beobachters' erscheinenden 'Brennesel', und wenn die Peking-Gazette auch wohl schon einige hundert Jahre erscheint, die Zahl 1797 muß auch den Arglostesten stutzig machen. Krieg im Frieden? Schöne Aussichten! ... Da scheinen wir uns wieder mal schön verheiratet zu haben, da steht man also mit einem Bein - immer auf dem Boden der Tatsachen..."

Bei der Kritik an den bestehenden Verhältnissen, für die hier aus der Vielzahl der Stellungnahmen nur einige wenige angeführt werden können, bleibt Schoknecht keineswegs bei der Ironisierung oder Persiflierung des Tons der Tageszeitungen und Zeitschriften stehen. Er versucht auf irgendeine Weise immer wieder an die Wurzel des Übels, an die - was er natürlich nicht bei Namen nennen durfte - von oben verordnete publizistische Gleichschaltung heranzukommen. So finden wir in Nr.15 eine aus der "Rheinisch-

1) WK Nr.15, "Ein gefährlicher Beruf", S.10, Sp.3

Westfälischen Zeitung" übernommene Betrachtung über den "langweiligen Rundfunk"¹⁾, in der die "volkstümliche" Niveaulosigkeit ebenso kritisiert wird wie die bis in die reinen Unterhaltungssendungen hineinreichende politische Publizistik. Der Rundfunkrezensent meint: "... Man lacht auch nicht mehr über jene 'lustigen Abende', denen jene Absicht anklebt, die man merkt und die verstimmt..."

Die Zeitungsschau "Aus Zeitungen und Zeitschriften", die im Laufe der Zeit zu einer Art Sammelbecken von kritischen Äußerungen aus den verschiedensten Blättern wurde, enthält auch den (aus dem "Deutschen Wort" übernommenen) Kommentar "Gegen Schönfärberei"²⁾. Es heißt darin: "... In manchen 'gleichgeschalteten' Zeitungen ist ein flach-optimistischer Jargon aufgekommen, der jeden ernsthaften Deutschen verbittern muß. Da wird von den Verhältnissen unserer Politik, Wirtschaft und Kultur gesprochen, daß man meinen sollte, alle Arbeit wäre schon getan, das Paradies wäre endgültig auf Erden begründet ... Der Himmel über dem deutschen Land wird mit rosa Farbe angestrichen ..."

Hierzu in mosaikhafter Form noch einige Kernsätze aus Kommentaren, Leserbriefen, Zeitungs-Zitaten, die sich mit dem von ^{der} allesbeherrschenden Staatspublizistik geknebelten öffentlichen Leben befassen: Nach der Meinung eines Lesers "... erleben wir außer einer nervösen Organisations-tätigkeits nichts Lebendiges, aus dem Volke Kommendes. Immer und überall wieder das bekannte Warten auf das, was von oben kommt. Von dort her soll alles kommen, Geist, Kultur, Brot, Manna. So geht das nicht"³⁾. Und immer wieder - in dieser oder anderer Form - der Ratschlag an die Zeitungen: "... Empört Euch wieder, dann werden wir Euch wieder lesen. Erfüllt Eure Aufgaben, den Blutkreislauf des Volkes zu entgiften und tut d a d u r c h das Eurige ..." ⁴⁾. -

1) WK Nr.15, Aus Zeitungen und Zeitschriften,
"Langweiliger Rundfunk", S.8, Sp.1/2

2) WK Nr.23, Aus Zeitungen und Zeitschriften, S.13, Sp.2/3

3) WK Nr.17, "Ein Kamerad schreibt", S.5, Sp.3

4) WK Nr.32, "Wer meckert da schon wieder?", ~~Nr.32~~, S.3, Sp.2/3

"... Wir müssen ja selbst mit unserer Zeitschrift kommen, denn wir haben die Hoffnung aufgegeben; in der Presse ein lebendiges Spiegelbild deutschen Lebens zu suchen. Da reden sie lang und breit und theoretisieren über die 'Grenzen der Kritik im autoritären Staat', aber geändert wird dadurch nicht ein Deut ..." ¹⁾. - "Sind wir in Deutschland so weit, daß einige Mitbürger ... nicht mal mehr aus einer Zeitung laut vorzulesen wagen? ... Da wird es aber hohe Zeit, daß ein frischer Wind durch die Anzüge weht, aus denen wir manchen stoßen möchten" ²⁾. - "Es wäre schlimm um einen Staat bestellt, der keine ehrliche, gutgemeinte Kritik vertragen könnte..." ³⁾. - "... In demselben Maße, wie man die Kritik unterbindet, erstarrt sofort das geistige Leben. Nichts kann sie ersetzen, auch nicht die Autorität..." ⁴⁾. - "... Wir meinen, daß sofort Beratungs- und Beschwerdestellen bei jeder Kreisleitung der NSDAP.eingerichtet werden müßten... 'Man muß dem Volke aufs Maul schauen', sagte Luther ... (so mancher kleine Gernegroß scheint sich da verhöhrt zu haben, denn er denkt: 'Man muß dem Volke auf's Maul hauen'. S c h a u e n , lieber Freund, nicht hauen!)..." ⁵⁾. - "...Selbst unter der Losung 'Alles für Deutschland' gibts eine Grenze, über die hinaus man die Urteilsfähigkeit, den Geschmack, die Selbstachtung der Geführten nicht beanspruchen sollte..." ⁶⁾.

Aus der Erkenntnis der Situation entwickelt die Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" eine Programmatik ihrer Arbeit, die hier ebenfalls in einigen Kernsätzen komprimiert angeführt werden soll: "Wir wollen es, liebe Kameraden, in aller Frische so halten, daß wir uns über Dinge, die uns alle angehen, in aller Öffentlichkeit auch dann aussprechen, wenn eine solche Aussprache sonst nicht

1) WK Nr.31, S.1, Sp.3 - S.2, Sp.3

2) WK Nr.33, "O Ihr Kleingläubigen", S.5

3) WK Nr.18, "Rührt Euch!" (aus "Iversen-Drucksache"), S.12 Sp.1/2

4) WK Nr.19, "Aufbauende, nicht zersetzende Kritik", (aus "Gelbe Hefte") S.11, Sp.1/2

5) WK Nr.27, "Gedanken nach der Wahl", Nr.27, S.1-4

6) WK Nr.33. "Zivil-Courage", Nr.33, S.1-2

üblich zu sein pflegt..."¹⁾ - "...Wem etwas nicht paßt, der macht den Mund auf und sagt es! Ein offenes Wort wird bei uns immer gehört..."²⁾ - "Die Hauptarbeit bei einer Redaktion macht natürlich nicht das aus, was in einer Zeitschrift steht, sondern das, was n i c h t drin steht..." (Als Beispiel wird die Antwort an einen Briefschreiber zitiert, in der es heißt: "Wenn wir Ihren heutigen Brief in unserer Zeitschrift bringen wollten, würden wir glatt Selbstmord begehen..."³⁾ -- "... Muß noch mehr getan werden, damit unsere Zeitschrift nicht nur die Kameraden, sondern auch das Ohr der Öffentlichkeit erreicht..."⁴⁾ -- "Wir wollen unsere Volksgenossen richtig sehen und denken lehren..."⁵⁾ -- Und schließlich der Aufruf an die Leser, die Zeitschrift darüber zu unterrichten, was ihnen im öffentlichen Leben mißfällt: "... Zu diesen 'Bunten Blättern' müßt Ihr nun alle etwas beitragen, was Euch so in den Zeitungen auffällt, was Euch spanisch vorkommt, was Euch sauer aufstößt, das schickt uns mal her..."⁶⁾).

Bei dem Bemühen Schoknechts, der freien Darstellung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs zum Durchbruch zu verhelfen, erkennt man drei Zeitabschnitte: den des Anlaufs bis zum Verbot des "Bundes der Kriegsfreiwilligen", eine Zwischenzeit des Verhaltens und schließlich ein Crescendo der kritischen Äußerungen in den letzten Monaten vor dem Verbot des Blattes. WK hat dem Zeitungskomplex die meisten (und auch die durchdachtesten) Stellungnahmen gewidmet. Man spürt die eigene Beteiligung und das eigene Betroffensein; es ist offenkundig, daß Schoknecht hierin ein Schlüsselproblem sah. (Diesmal ausnahmsweise in Übereinstimmung mit Dr. Goebbels.) Tendenz und Tonfall seiner Artikel verlagerten sich von einer passiv auf den Übelstand

1) WK Nr. 3, "Unser Inseratenteil", S. 16, Sp. 3

2) WK Nr. 7, "Zivile Chargen und ein offenes Wort", S. 9, Sp. 2/3

3) WK Nr. 8, "Aus unserer Redaktions-Mappe", S. 9, Sp. 1/2

4) WK Nr. 11, "Rückblick und Ausblick", S. 2, Sp. 1

5) WK Nr. 17, "Die Kriegsfreiwilligen-Bewegung", S. 1/2

6) WK Nr. 32, "Bunte Blätter", Seite 7/8

hinweisenden Darstellungsform mehr und mehr auf die aktiv nach Abhilfe rufende Forderung. Erstaunlich ist die Schnelligkeit, mit der Schoknecht auf dem Instrumentarium der Pressekritik zu spielen lernte und damit den Modellfall für die Behandlung eines solchen Themas angesichts einer allesbeherrschenden Staatspublizistik schuf. Stand ihm gerade keine geeignete Äußerung eines Prominenten zur Verfügung, an die er seine eigene "Meckerei" anhängen konnte, dann wick er in die Analogie aus. Oder, wenn es sich um eine sehr prekäre Angelegenheit handelte, deren Veröffentlichung den Machthabern besonders peinlich sein mußte, dann teilte er den fraglichen Tatbestand einfach in Gestalt eines nackten Zitats mit.

So lesen wir (aus einer ungarischen Zeitung übernommen) von der Kleinlichkeit der rumänischen Zensur¹⁾, erfahren in einer vergleichenden Betrachtung, welche Vorstellung der amerikanische Zeitungskönig Hearst, Bismarck und "Reichsleiter" Rosenberg von der Pressefreiheit haben²⁾ und werden umfassend über die Bedeutung der kritischen Satire in der Sowjetunion unterrichtet³⁾. Unmittelbare Maßnahmen des Regimes auf dem Pressesektor wie ein Zeitungsverbot⁴⁾ oder Goebbels' Reaktion auf den Welk-Artikel⁵⁾ werden kommentarlos wiedergegeben.

Die Bedeutung von Schoknechts "Sticheleien" und "Meckereien" für die damalige Situation lag vor allem darin, daß eine Zeitschrift - nach publizistischer NS-Auffassung ein "Organ der Volksaufklärung und Propaganda" - die nationalsozialistische Propagandapolitik in ihrer Grundkonzeption angriff. Goebbels hatte publizistische Monologe verordnet, und WK verlangte, der Staat müsse das kritische Gespräch und dessen Darstellung zulassen, wenn er

1) WK Nr.27, "Rumänische Zensur", S.13, Sp.1

2) WK Nr.29, "Gedanken über Zeitungen", S.8, Sp.1-3

3) WK Nr.31, "Kritik und Witz in der Sowjetunion", S.10

4) WK Nr.14, "Ein Zeitungsverbot", S.11, Sp.1/2

5) WK Nr.21, "Was Ullstein recht ist...", S.10, Sp.3

im Sinne seiner Bürger funktionieren solle. Angesichts dieser fundamentalen Diskrepanz der Auffassungen durfte man annehmen, daß außer den Lesern auch die Lektoren im Propagandaministerium den Grundcharakter der neuen "Soldatenzeitung" sehr schnell begriffen hatten. Die Zustimmung von seiten der "Kameraden" (Kameraden jetzt mehr im Sinne von Kampfgefährten gegen die publizistische Gleichschaltung) kam schon nach dem Erscheinen der ersten Nummer. "Du hast es aber in Dir! Bei Deiner Taktik müßtest Du eigentlich sofort zum Stabe des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda versetzt werden...", heißt es ironisch in einem Leserbrief, der in Nr.2 veröffentlicht wird¹⁾.

D. Die Darstellung oppositioneller Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs in WK

Das Blatt "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" ist zeitungswissenschaftlich als "Zeitung" anzusprechen, weil es den Gesprächsstoff der ganzen Gesellschaft umgriff und nicht nur den der ehemaligen Kriegsfreiwilligen, welchem sich eine spezielle Zeitschrift gewidmet hätte. WK ist darüber hinaus echte Zeitung gewesen, insofern sie das Zeitgespräch der Gesellschaft bzw. dessen anderswo unterdrückte oppositionelle Elemente unverfälscht darstellte. Das unterscheidet sie wesentlich von Zeitungen und Zeitschriften, die im Dienste der Gegenpublizistik Einfluß auf die deutsche öffentliche Meinung erstrebten. Ganz abgesehen davon, daß solche Gegenpublizistik im Innern Deutschlands nicht

1) WK Nr.2, "Was die Kameraden sagen", S.8, Sp.1/2

mehr wirksam werden konnte und daß auch sie - wie die NS-Publizistik - nicht als repräsentativ für das deutsche Meinen hätte angesprochen werden dürfen, wäre ihr Erfolg von vornherein in Frage zu stellen gewesen angesichts des Vorganges der Jahre 1930-32. An eben dieser Gegenpublizistik hatte sich ja die "Begeisterung" am (theoretischen) Nationalsozialismus entzündet.

Nun, da man der NS-Praxis konfrontiert war, begannen sich die Augen zu öffnen. Aus persönlicher Betroffenheit, die allein geistig nicht bewältigt werden konnte, erwuchs das "Meckern", das nur öffentlicher Darstellung bedurfte, um gesellschaftlich wirksam zu werden. Hier soll dieses "Meckern" - mit dieser Formel hatte Goebbels selbst die sehr ernsthaften oppositionellen Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs erfolgreich entschärft - näher betrachtet werden, so wie es sich in WK darstellte.

Widerstände gegen:

a. Byzantinismus und braunes Bonzentum

Das Funktionärs-Regime, der Byzantinismus und das politische Konjunkturrittertum, die bei der Betrachtung der Einzel-Themen des Zeitgesprächs von 1933/34 an erster Stelle stehen sollen, hatte man in Deutschland in dieser Form noch nicht kennengelernt. Es handelte sich um eine Art der Beziehungen zwischen Führern und Geführten, ^{die} natürlich auch vor 1933 nicht unbekannt gewesen war, die aber im Dritten Reich vom Abseitigen und Anrühigen zur Normal-Erscheinung avancierte. Das öffentliche Leben bekam allein schon durch diesen Umstand eine besondere Prägung.

Das Gesprächsinteresse war gegeben: Wo lag bei diesen Erscheinungen die Grenze dessen, was die neue Staatsführung anstrebte, was sie für richtig und notwendig hielt? Wo be-

gannen die Übergriffe? Der "Führer" wurde doch immer als personifizierte "Hundertprozentigkeit" hingestellt, in seinem persönlichen Verhalten aber ganz anders beschrieben, als dies bei den meisten Unterführern der Fall war. Waren nicht alle übel eine Folge der Unzulänglichkeit oder des Übereifers der Funktionäre? Was mußte man sich bieten lassen und wogegen konnte man aufbegehren? Was beinhalteten eigentlich die "100 Prozent" an Patriotismus, die man neuerdings aufbringen sollte? Diese Fragen, die sich der gesamten Gesellschaft stellten und die nach Antwort verlangten, bekamen im überschaubaren Bereich der eigenen Stadt oder des Kreises einen stark persönlichen Zuschnitt auf die hier eingesetzten Funktionäre: Der örtlich begrenzten Gesprächsgemeinschaft waren die "Amtswalter", die sich jetzt im Glanz neuer Posten, Uniformen und Machtbefugnisse zeigten, ja im allgemeinen noch von vor 1933 bekannt.

Diese politische Umschichtung mit allen ihren äußerlichen und menschlichen Begleiterscheinungen bildete 1933/34 ein hochaktuelles Gesprächsthema. Es wurde selbst in den späteren Jahren nicht voll "verbraucht", als man sich an die neuen Funktionäre zwar gewöhnt hatte, die äußeren Begleiterscheinungen jedoch kaum abgemildert waren. Eine Klärung der Fragen konnte aber nicht erfolgen, weil fast jede "bürgerliche" Zeitung (die Parteiblätter können hier außer Betracht bleiben) sich beeilte, den neuernannten Kreisleiter oder Bürgermeister sofort als einen hochqualifizierten Mann zu preisen. (Dies geschah natürlich auch aus einfachem Selbsterhaltungstrieb des Verlages.) Mit einer solchen a priori-Anerkennung von Personen und Zuständen verzichteten die Blätter meist von vornherein darauf, künftig noch kritische Gesprächsbeiträge darzustellen und verkündeten fortan lediglich die Monologe der Staatspartei und deren Sprecher.

Die Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" sprang hier mit ihren Versuchen, die Maßstäbe wieder zu-

rechtzurücken, in die Bresche. Die zwei Mittel, die dabei angewendet wurden, bildeten praktisch eine Einheit: Man konnte nicht den kleinen oder mittleren NS-Funktionär angreifen, ohne die Unfehlbarkeit der "großen" Führer zu bestätigen. Es war der Weg, die obligate Lobspende so zu formulieren, daß vor dem Hintergrund der "Hundertprozentigkeit" das Verhalten der Unterführer als "Abweichung" erschien. Welche notwendige Verbindung zwischen den beiden Elementen der Kritik auf diesem Sektor bestand, wird in einem Zitat besonders deutlich¹⁾: "Sagte da in öffentlicher Kundgebung ein Ministerialrat: 'Amtsgenossen, kritisiert, kritisiert alles, wozu berechtigter Anlaß besteht, kritisiert vor allem die Bonzen in Grund und Boden. Wenn zum Beispiel einer, der Pferdefleisch vor der Revolution nur vom Geruch aus dem Kochtopf kannte, sich heute Sporen anklemmt und dem erstaunten Volke hoch zu Roß zeigt, so ist das ein Skandal, Eins aber sage ich Euch: An einem lassen wir nicht kritisieren, das ist die Person des Führers. Der ist sacrosankt, wer sich daran wagt, dem drehen wir das Genick um' ".

Einen ähnlichen Zweck wie dieses Zitat verfolgt eine Feststellung in dem Bericht "Unsere Eingabe an den Reichskanzler"²⁾. Hier ist lediglich die Reihenfolge vertauscht. Zunächst lobt man das "außerordentlich lebenswürdige und entgegenkommende Verhalten" der Beamten in der Reichskanzlei, um dann festzustellen: "So mancher kleine und überhebliche Provinz-Napoleon könnte sich davon mehr als eine 'Scheibe abschneiden' ". - Weitere Attacken richteten sich z.B. gegen "Chargen heute maßgeblicher Organisationen"³⁾, die bei Zeitungsartikeln immer Charge und Amtsbezeichnung angeben: "Das Geschriebene soll doch nicht kraft des Amtes überzeugen, sondern als Leistung durch den Inhalt."

1) WK Nr.23, S.10 Sp.3

2) WK Nr.18, "Unsere Eingabe an den Reichskanzler", S.8 Sp.3

3) WK Nr.29, "Eitelkeiten und Taktlosigkeiten", S.12/13

Bei der Behandlung dieses ganzen Komplexes war für den Redakteur von WK natürlich äußerste Vorsicht geboten, da es sich hierbei um Lebensäußerungen des neuen Staates handelte, die viele Funktionäre persönlich betrafen und daher aus Ressentiment oder verletzter Eitelkeit zu Gegenaktionen Anlaß geben konnten. So ist es erklärlich, daß Schoknecht die Kritik, die er selbst formulierte oder in Zitatform in seine Zeitschrift hereinholte, nur dosiert verabreichen konnte. Im Verlauf der eineinhalb Jahre des Erscheinens von WK sind aber trotzdem fast alle Erscheinungen zur Sprache gekommen (viele davon mehrfach), die damals das Gespräch auf diesem Gebiet beherrschten:

die NS-Kitschproduktion (wie z.B. Hakenkreuzwürstchen, Hitlerbonbons¹⁾ und "Führerspiele" auf dem Schachbrett²⁾);
die Unerreichbarkeit und Borniertheit der Funktionäre³⁾;
die allgemeine, fast schon orientalische Prahlerei⁴⁾ und Schönfärberei im öffentlichen Leben⁵⁾;
das überhebliche Auftreten der Funktionäre, die Bonzokratie⁶⁾;
die kometenhaften Aufstiege der neuen "Führer"⁷⁾;
die "Speichelleckerei"⁸⁾;
das ständige Reklamieren der höchsten Tugenden wie Treue, Tapferkeit und Gemeinschaftsgeist für die Angehörigen der "Bewegung"⁹⁾.

1) WK Nr.23, "Die Pantoffeln des DNB", S.10 Sp.1/2

2) WK Nr.33, "Ein ausgeruhter Kopf", S.9

3) WK Nr.11, "Kanzler und Kamerad", S.3, Sp.2/3
WK Nr.23, "Und ein Gauleiter", S.10, Sp.3

4) Hierzu ein Vierzeiler unter "Was sagt Beuther?":
"Im Orient lernt ich das Prahlen,
Doch seit ich zurück bin, im westlichen Land,
Zu meiner Beruhigung find' ich und fand
Zu Hunderten Orientalen."
WK Nr.31, S.13, Sp.1

5) WK Nr.25, S.13, Sp.2/3

6) WK Nr.24, "Zum 30.Juni", S.2, Sp.1-3
Nr.24, S.11, Sp.2; Nr.24 S.13, Sp.3
Nr.25, "Zeitenwende", S.4, Sp.2/3

7) WK Nr.17, "Schneller Aufstieg", S.6, Sp.3

8) WK Nr.33, "Unsere Meinung", S.2, Sp.2/3

9) WK Nr.25, "Gegen Schönfärberei", S.13, Sp.2/3

Für das Herausstellen bestimmter Funktionärs-Allüren, an denen weite Kreise der Bevölkerung schon seit langem Anstoß genommen hatten, bot sich eine günstige Gelegenheit im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre, als die offizielle Propaganda selbst gewisse Verfehlungen zugeben mußte. Diese Dinge sind besonders im Heft Nr.24 vom Juli 1934 mit großer Akribie aufgezeichnet worden: der Rausch der Besichtigungen, in dem sich die SA-Führer ergangen hatten, das "brüllend elegante" Stabsquartier, "verschwendete Dienstgelder, durchgebrachte Beschaffungsgelder"¹⁾; ferner der unnötige Aufwand an Dienstwagen sowie das Benutzen von Heulsirenen²⁾ und schließlich auch der Homosexuallismus³⁾, der sich unter einem Teil der Funktionärsschicht ausgebreitet hatte.

Daß Schoknecht sich jedoch nicht damit begnügte, die Mißstände ^{vorsichtig} anzudeuten, soll auch auf diesem außerordentlich diffizilen Sachgebiet mit Hilfe von zwei Zitaten unterstrichen werden. Aus der Feder von Edgar Dreher, einem der ständigen Mitarbeiter des Blattes, lesen wir in Nr.25 unter der Überschrift "Zeitenwende"⁴⁾: "... Freilich darf man die Lehre vom totalen Staat auch nicht mißverstehen, wie das heute vielfach geschieht. Sie bedeutet nicht ..., daß kleine Gernegroße, auf die von ungefähr ein Splitter der Macht fiel, sich anmaßen dürfen, diesen Splitter unversehens harmlosen Spaziergängern und politischen Gegnern in den Hintern zu bohren...". In Nr.27 heißt es⁵⁾: "Es gibt zweierlei Hochverrat. Der eine wird begangen auf Barrikaden und mit Maschinenpistolen. Der andere dadurch, daß man die Symbole des Staates ständig in unmittelbare Nähe kleiner und kleinster Dinge rückt und sie auf diese Weise aller Hoheit entkleidet. Es ist der Hochverrat der 110%-igen und Speichellecker..."

1) WK Nr.24, "Wer hat das brüllend elegante Stabsquartier finanziert?" S.11, Sp.2

2) WK Nr.24, "Zum 30.Juni", S.2, Sp.1-3

3) WK Nr.24, "Neudeutsche Pest", S.13, Sp.2/3

4) WK Nr.25, S.4, Sp.2/3

5) WK Nr.27, Seite 13 Sp.2/3 (aus: "Der Aktivist")

Damit ist das Thema der "Hundertzehnprozentigen" als zeitgemäße Erscheinungsform des politischen Konjunkturritertums angeschlagen. Es hat während der ganzen Zeit, in der sich WK mit den äußeren Attributen des NS-Regimes auseinandersetzte, das besondere Interesse der Kommentatoren auf sich gezogen. Dies, obwohl es Gesinnungswechsel und politische Geschäftigkeit nach einem Umbruch zu allen Zeiten gegeben hat. Aber diesmal war die Situation insofern anders, als hiermit ein zentrales Thema in der Auseinandersetzung mit der Staatsführung angeschlagen war - das uns bei der Gesamtbeurteilung des Phänomens WK noch beschäftigen wird - und außerdem der ungeheure Personalbedarf in den vielen neuen Amts- und Parteistellen die Konjunkturritter in unerwartetem Ausmaß zum Zuge kommen ließ. Schon der Posten eines Block- oder Zellenleiters reichte aus, um einem Übereifrigen die Möglichkeit zu geben, eine Anzahl "Volksgenossen" mit diesen oder jenen Kleinigkeiten zu tyrannisieren. Es liegt in der menschlichen Natur, daß diejenigen sich dabei am aktivsten gebärdeten, die eine "gute Nummer" bei ihrem nächsten Parteivorgesetzten erst noch erwerben mußten.

Da diese Leute 1933 in allen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens auftauchten, Arbeitskollegen, Nachbarn, Vereinsmitglieder und manchmal sogar die eigene Familie tyrannisierten und sich ständig vorzudrängen bemüht waren, ergab sich in Gestalt der "Hundertzehnprozentigen" ein Ärgernis auf breitester Front. Das Bedürfnis, diesen Gesprächsgegenstand journalistisch zu verarbeiten, war also in besonders starkem Maße vorhanden. Dabei konnte es sich in der Darstellung weniger darum handeln, möglichst viele Einzelbeispiele mitzuteilen - sie gaben als "Fall" oft nicht sehr viel her -, sondern es kam hauptsächlich darauf an, auf diesen Übelstand als Symptom der nationalsozialistischen "Ordnung" immer wieder hinzuweisen.

Der Ärger über die Übereifrigen reichte 1933/34 bis weit in die Kreise der Parteigenossen (insbesondere natürlich jener "alten Kämpfer", die sich durch einen Geschäftshuber in ihrem Aufstieg überrundet fühlten) hinein, und man war sich keineswegs darüber einig, wo nun eigentlich die "100-Prozent-Grenze" des Nützlichen und Erträglichen zu liegen habe. Diese allgemeine Unklarheit, wo nach dem Kodex des neuen "Gemeinschaftslebens" das Überspannte und die Geschmacklosigkeit beginne, nutzte Schoknecht besonders geschickt aus. Da er die "Hundertzehnprozentigen" und ihre Handlungen selbstverständlich als eine vom "eigentlichen" Nationalsozialismus abweichende und von der obersten Führung nicht gewollte Erscheinung deklarierte, muß es für den oberflächlichen Leser auch hier scheinen, als habe WK versucht, den ("unverfälschten") Nationalsozialismus in der Nähe des gesunden Menschenverstandes anzusiedeln und ihn gleichsam vor seinen übereifrigen Jüngern in Schutz zu nehmen. In Wirklichkeit war es eher umgekehrt: Schoknecht und seine Kollegen kritisierten durchaus den "wirklichen" und so gewollten Nationalsozialismus, in dem sie viele seiner Attribute von sich aus für "hundertzehnprozentig" und daher revisionsbedürftig erklären. So hat der Mitarbeiter Dr. Beuther zweifellos wesentliche Eigenschaften des gesamten Funktionärskorps' glossiert, wenn er bei der Beurteilung der besonders eifrigen Verfechter der neuen Lehre folgende drei Kategorien unterscheidet: "Der 'Moralin-Spießer' (Banausus moraliticus), ein wohlgenährtes Tier, ringt für sittliche 'Erneuerung', wie er sie versteht ... Er ist der langweilige Spießer. Der 'gleichgeschaltete Spießer' (Banausus coord&natus simplex) gehört der nationalsozialistischen Bewegung an oder sympathisiert mit ihr, seit es ungefährlich ist. Er ist 110- bis 150-prozentig, ... geht ... in Uniform zu Bett... Er ist harmlos, wenn auch ärgerlich. Eine Abart davon ist der Organisationsspießer (Banausus apparatschik); er hat irgendwo einen kleinen Posten

erwischt, in dem er jetzt den Nabel der Welt sieht...'
..."¹⁾.

Die Auswahl der kritischen Gesprächsbeiträge erfolgte nach Möglichkeit so, daß der gleiche Gegenstand immer wieder von einem anderen Gesichtspunkt aus und mit anderem "Aufhänger" betrachtet wurde - dies nicht nur, um nach journalistischem Formalgesetz die wörtliche Wiederholung möglichst zu vermeiden, sondern auch wegen der geringeren Gefahr des "Auffallens". So wird aus der "Brennessel" zitiert (in einem Ton, der sich nahtlos dem eigenen anpaßt)²⁾: "Von Menschen, die plötzlich zu dichten beginnen, sagt man, die Muse hat sie geküßt ... So etwas Ähnliches ist auch den Hundertzehnern passiert. Da aber Revolutionen im allgemeinen nicht zu küssen pflegen, so kann man im übertragenen Sinne wohl behaupten, daß ihnen die Revolution in den Hintern getreten habe. Und nun geschah ihnen etwas, was sonst nur im Märchen vorzukommen pflegt, sie sahen das Leben und ihre Welt plötzlich in strahlendem Glanze...". - In einer anderen Veröffentlichung wird der Hundertzehnprozentige als "Herr Schlußlicht" apostrophiert, der nach dem 30. Januar in die Partei eingetreten sei und sehr schnell begriffen habe, daß man verschiedenen NS-Organisationen gleichzeitig angehören könne. "Im Verein der Faltbootkonstrukteure bringt er es nun mit dem Hakenkreuz zum Vorstandsmitglied, im Mieterverein droht er mit der Gestapo, und in sein Herrenzimmer hängt er eine Original-Bronzeplakette des Führers ... Das friedliche Vereinsleben wird von Grund auf durch ihn erschüttert..."³⁾.

In einem ernsteren Kommentar⁴⁾ wird unter Hinweis auf die angebliche geistige "Vorläuferschaft" der Kriegsfreiwilligen zur NS-Revolution gefordert, die Schreier und Eiferer in ihre Schranken zurückzurufen. Auch von den "Etappen-

1) WK Nr. 20, "Was sagt Beuther?", S. 13, Sp. 2

2) WK Nr. 15, "Die 110-Prozentigen", S. 9, Sp. 3

3) WK Nr. 23, "Das Schlußlicht", S. 10/11

4) WK Nr. 16, "Das dritte Reich der Front", S. 2, Sp. 1/2

schweinen des Nationalsozialismus"¹⁾ ist die Rede. (Die Frage, wo denn in diesem Fall die Front sei, bleibt vorsorglich unbeantwortet.) Eine Taktik, die noch heute zu den Tagesbräuchen bei der Behandlung Andersdenkender in Diktaturen gehört, wird ebenfalls in diesem Zusammenhang angemerkt: die bewußt falsche Anschuldigung und Diffamierung des Meinungsgegners. "Sie sind ja ein Marxist!", lautet die Überschrift zu diesem Zitat aus der "Deutschen Wochenschau"²⁾, in dem es heißt: "Anstatt sich brav hinten anzustellen ... werden die Leisetreter jetzt frech: 'Sie sind ja ein Marxist'. Was in ihr beschränktes Gemüt nicht hineingeht, ... all das beschimpfen sie heute als Marxismus ..." - Mit der Übernahme dieses Zitats, das in der 'nationalsozialistischen Zeitschrift Deutsche Wochenschau'³⁾ natürlich nicht so umfassend gemeint war, wie es in der Sache zutraf, hat Schoknecht eine sehr wesentliche Methode des innerpolitischen "Kampfes um die Gewinnung des deutschen Volkes", wie er 1933/34 praktiziert wurde, genannt⁴⁾.

Da die Anfangszeit des Nationalsozialismus noch mit den Nachwehen der abklingenden Weltwirtschaftskrise zeitlich zusammenfiel, war die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Fragen im gesellschaftlichen Zeitgespräch besonders eng. Die Massenarbeitslosigkeit als sozialpolitisches Problem Nummer eins hatte in den Wahlreden und beim Emporkommen Hitlers eine so große Rolle gespielt, daß er schon aus diesem Grunde bemüht sein mußte, hierin so schnell wie möglich Wandel zu schaffen. Insbesondere die Betroffenen warteten gespannt, wie sich die Dinge entwickeln würden. In dieser Situation, bevor tatsächlich

1) WK Nr.17, "Die Konjunkturritter", S.12, Sp.1/2

2) WK Nr.17, S.12/13

3) siehe auch WK Nr.14, S.12, Sp.1-2

4) Bemerkenswerte Äußerung zum Thema "Hundertfünfzigprozente" - wenn auch durchweg mit gleichem Tenor - finden sich noch in WK Nr.15, S.8/9 ("Menschliche Schwächen"), Nr.15, S.8 ("Die letzten 100 Meter"), Nr.18, S.8, Nr.32, S.5 und weiteren Heften.

eine durchgreifende Änderung erzielt wurde, begann in einer "Sonderaktion" der Arbeitsämter die Unterbringung alter Parteigenossen. Eine Ungerechtigkeit hohen Grades also, die - da weite Kreise des Volkes von der Arbeitslosigkeit betroffen waren - zeitweilig einen Hauptgegenstand des gesellschaftlichen Meinungsaustausches bildete. Die Aufgabe des Journalisten in einem solchen Fall ist eindeutig diese: er muß durch das Herausstellen der Gegengründe den Staat an seine Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit erinnern und diese Forderung so lange wiederholen, bis - in einer freien Gesellschaft - eine Revision der falschen Maßnahmen erfolgt.

Die Redaktion von WK sah eine Möglichkeit, dieses "heiße Eisen" in der Öffentlichkeit zu diskutieren, wiederum darin, daß sie ein Gruppeninteresse der Kriegsfreiwilligen vorschützte und die Situation der Benachteiligten im Gruppenmodell beschrieb. Außerdem bot natürlich auch das Versagen vieler Parteigenossen auf ihren neuen Posten ein Argument, indem man das "Leistungsprinzip" in den Vordergrund stellte. Aber dagegen erhoben sich dann Stimmen wie diese (in der Zeitschrift "SA-Mann")¹⁾: "Die Zähigkeit des alten Marschierers und der starke Wille des Kämpfers wird in kürzester Zeit den Mangel an fachlicher Erfahrung völlig ausgleichen, ja häufig zu Höchstleistungen führen, die die bisherigen Nurfachleute nicht erreichen konnten, da ihnen der sittliche Trieb des sich an sein Volk verpflichtet fühlenden SA-Mannes fehlte." Die Kriegsfreiwilligen-Zeitschrift ließ solchen Unsinn nicht unwidersprochen und stellt mit Hilfe eines Gegenzitates als Gesprächs-Antithese die Forderung, daß "der Dank an die bewährten Kämpfer verbunden wird mit der unerläßlichen Qualifikation..."²⁾. In der gleichen Richtung wirkt der Hinweis: "Der Sozialismus" (hier verstanden im Sinne von Nationalsozialismus; d.V.) "ist keine Religion der Schwachen. Er legt dem Staate

1) WK Nr.21, "Der Leistungsgedanke", S.11, Sp.1/2

2) WK Nr.21, "Der Leistungsgedanke", S.11, Sp.1/2

nicht die Pflicht auf, einen wachsenden Schweif von Untüchtigen durch wenige Tüchtige mitschleppen zu lassen"¹⁾. Schließlich mag in diesem Zusammenhang eine Überschrift erwähnenswert sein, die sich in Nr.18 ²⁾ (ohne wörtliche Beziehung zu dem darunter stehenden Text) findet: "Noch ein Ochse". Sie bekommt ihren eigentlichen Sinn durch das Wort "noch".

Von Schoknechts Standpunkt aus wirkungsvoller - da wieder mit den eigenen "Verdiensten um Volk und Vaterland" im Hintergrund - angepackt werden konnte das gleiche Thema, wenn man dabei die Ungerechtigkeit gegen die Kriegsfreiwilligen besonders herausstellte. Das ist in einer ganzen Reihe von eigenen Stellungnahmen, Zitaten, Veröffentlichungen, Leserzuschriften sowie in einem offenen Brief an den NS-Kriegsopferführer Oberlindober geschehen. In dem offenen Brief wird die "bei manchem alten Frontsoldaten" vorhandene Befürchtung geäußert, daß auch der neue Staat seiner vergessen könnte. "Diese Befürchtung ist umso mehr am Platze, als führende Persönlichkeiten der NSDAP immer wieder darauf hinweisen, daß ein F t auf Arbeit in erster Linie diejenigen haben, deren Mitgliedsnummer bei der NSDAP unter 100 000 liegt oder die der SA oder SS angehören..."³⁾. Schon in der nächsten Ausgabe von WK lesen wir einen weiteren Artikel hierzu, gipfend in der Forderung: "Aber es geht nicht, daß auf den Arbeitsämtern gefragt wird: 'Wer ist Mitglied eines nationalen Verbandes?' Und wenn dann ein Kamerad die Mitgliedskarte des Bundes der Kriegsfreiwilligen vorzeigt, wird ihm gesagt, er gehöre nicht dazu! ..." ⁴⁾ Die Devise der weiteren Mahnungen an den Staat ist immer die gleiche: "Wir Kriegsfreiwilligen" wollen nicht benachteiligt werden!⁵⁾ Diese Forderung wird bei passender Gelegen-

1) WK Nr.25, "Um die Freiheit der Wirtschaft", S.13, Sp.1

2) WK Nr.18, S.16, Sp.3

3) WK Nr. 3, "Ein Brief", S.4, Sp.3

4) WK Nr. 4, "Unsere Stellung im Staat", S.2, Sp.2/3

5) So in WK Nr.11, S.4, Sp.2/3; Nr.15, S.5, Sp.2; Nr.16, S.11, Sp.1

heit erweitert zu jener: "... Es ist heute sinnlos geworden, zwischen Parteigenossen und anderen Volksgenossen einen Unterschied zu machen..."¹⁾. Mit welcher Konsequenz Werner Schoknecht jede sich bietende Gelegenheit für einen Angriff auf die bestehenden Verhältnisse wahrnahm, geht aus einem Nachruf auf einen gestorbenen ehemaligen Kriegsfreiwilligen hervor²⁾. Es heißt darin: "Auf seine Arbeitsbewerbung erhielt er die Nachricht von einer Behörde: 'Wir können Sie erst berücksichtigen, wenn die SA- und SS-Leute untergebracht sind' ..."

Zum Problem der Arbeitslosigkeit ist abschließend zu vermerken, daß WK - hier nur einem tatsächlichen Gruppeninteresse Rechnung tragend - selbst eine Anzahl Stellungs-gesuche für seine Leser veröffentlichte. Die Spalte "Die erwerbslosen Kameraden" war eigens für diesen Zweck eingerichtet worden.

Im übrigen aber - dafür ist die Thematik der Arbeitsbeschaffung ein treffendes Beispiel - geht es WK keineswegs darum, ein wirkliches Gruppeninteresse gegenüber der Gesamt-Gesellschaft zu verfechten oder das Vorrecht einer Gruppe durch das einer anderen ersetzen zu wollen. Die ehemaligen Kriegsfreiwilligen ^{dienten} in allen diesen Fragen nur als (besonders geeigneter und unangreifbarer) Modellfall; vor jenem Hintergrund ließ sich die Unzweckmäßigkeit und Ungerechtigkeit der Maßnahmen der NS-Regierung deutlich sichtbar machen. So auch hier: in Wirklichkeit wollte Schoknecht der "Hundertprozentigkeit" vaterländischer Pflichten die gleichen hundert Prozent an Rechten für alle Mitglieder der Gesellschaft gegenübergestellt sehen. Das heißt, die gesamte Gesellschaft sollte an ihrem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schicksal mitgestalten. Nur von dieser Verantwortung für die Gesamt-Gesellschaft her sind die Gesprächsbeiträge in WK zu verstehen, in denen

1) WK Nr.9, "Bravo, Minister Rust!", S.9, Sp.1

2) WK Nr.5, "Der erste Tote aus unseren Reihen!", S.5, Sp.1/2

z.B. ganz generell dafür eingetreten wird, keine Unterschiede zwischen Volks- und Parteigenossen zu machen. Dem äußeren Schein nach hat man es mit einem Paradoxon zu tun: Ein (scheinbares) Gruppeninteresse dient als Vorwand, die Bevorrechtigung einer anderen Gruppe zu bekämpfen. In Wirklichkeit hat Werner Schoknecht aus seiner Gruppenzugehörigkeit als ehemaliger Kriegsfreiwilliger niemals ein Freund-Feind-Gefühl hergeleitet. Er hat lediglich seine Vermittlungsfunktion ausgeübt, "weil das so nicht weitergehen sollte". Zu dieser neutralen Amtsführung trug sicher auch die Tatsache bei, daß Schoknecht selbst kaum politisch-ideologisch engagiert war. Man spürt, daß er nicht aus politischem Kämpfertum seine Aufgabe übernommen hatte, sondern lediglich aus journalistischer Verantwortung. Wenn beispielsweise in seinem Blatt mitgeteilt wird, in welchem Maße die NSDAP gewachsen ist¹⁾, so geschieht das, um damit ebenfalls ein Symptom des politischen Konjunkturritterturns aufzuzeigen; man spürt aber keine "konkrete" politische Gegenüberzeugung dahinter, wie etwa die, daß die Einheitsbewegung grundsätzlich ein Übel und daher abzulehnen sei.

Bei der Beurteilung dieser menschlich-politischen Konstellation ist zu berücksichtigen, daß Schoknecht einer Generation angehörte, der (zumindest seit 1918) jede traditionelle Verbundenheit zu einem in seinen Grundzügen von allen Volksschichten getragenen Rechtsstaat - einem Staat also, der infolge der Usurpation der Macht durch die NSDAP. nur als zeitweilig außer Funktion gesetzt zu betrachten und den wiederherzustellen allgemeiner Wunsch war - fehlte. Umso mehr ist anzuerkennen, daß Schoknecht-trotz dieser mangelnden Verwurzelung in einer bestimmten staatlichen Ordnung-innerhalb des seit 1933 ablaufenden Experimentes "NS-Diktatur" die wirklichen Probleme sehr genau sah und im Sinne der eigenen journalistischen Bestrebungen

1) Lt. WK Nr.16, S.11 von 1930.000 Mitglieder am 31.8.33
auf 4 Mill.Mitglieder am 15.3.34

zu interpretieren wußte: "So erklärt sich zwanglos, daß der NSDAP, wie die Machterringung und hernach die Macht-ergreifung ihr erstes Ziel bilden mußte, der eigene Apparat immer wichtiger wurde. Soll aber nicht nur mit Gewalt regiert und jede Oppositionsbildung einfach unterdrückt werden, so muß ... der freieren Bewegung wieder Spielraum und den Trägern der Bewegung wieder die Möglichkeit zu einem ... Selbstbewußtsein gegeben werden..."¹⁾.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, wie Werner Schoknecht angesichts dieser von ihm erkannten Problematik des NS-Staates seine Aufgabe auffaßte und begründete, so gab er diesen ebenfalls in dem Artikel "Hitlerbewegung" in Nr.18: "Es ist die Tragik jeder Bewegung, daß sie gewöhnlich ihre äußeren Ziele schneller erreicht als ihre inneren ... Alles drängt zur Partei. Warum sollen nicht... wir außerhalb stehen und doch dem Ganzen dienen...". In dem letzten Satz ist die Stellung des Gesprächsanwalts ganz allgemeingültig umschrieben. Daß der totalitäre Staat das "Außerhalb-Stehen" nach Kräften zu verhindern sucht, und daß der Journalist unter solcher Voraussetzungen um eine besondere Sicherung seiner Wirkungsmöglichkeit bemüht sein muß, wurde bereits ausgeführt.

D. b. Militarismus

Das Dritte Reich hatte neben den allgemeinen Attributen des totalitären Staates wie Konjunkturrittertum, Byzantinismus usw. noch eine spezifisch "soldatische" Seite. Die Neigung der Machthaber, dem Leben weitgehend militärische Formen aufzuprägen, war schon lange vor dem 30. Januar 1933 erkennbar gewesen. Was aber bis zum Regierungs-

1) WK Nr.18, "Hitlerbewegung", S.5, Sp.1-3

antritt nur in der braunen Privatarmee der NSDAP praktiziert wurde, war nun in Wort und Tat zu einem bestimmenden Element des deutschen Alltags geworden.

Es bedeutete einen großen Eingriff in das Familienleben und damit in das Leben der gesamten Gesellschaft, wenn ein erheblicher Prozentsatz der männlichen Bevölkerung nach Arbeitsschluß noch in einer militärähnlichen Formation "Dienst tun" mußte. (Ob es sich dabei wie in der ersten Zeit bei der SA zuweilen nur um die Beteiligung an einer bramarbasierenden Stammtischrunde oder aber um Ausmärsche und politische "Heimabende" handelte, ist zu nächst unerheblich.) Das militärähnliche Gehabe als wohlberechnetes publizistisches Führungsmittel mit dem Zweck, den Menschen in das "Gemeinschaftserlebnis" des neuen Staates einzubeziehen, spiegelte sich entsprechend der Bedeutung, die diesen Dingen plötzlich zukam, im gesellschaftlichen Zeitgespräch.

Nun kann man nicht behaupten, daß die gleichgeschaltete Presse die militärisch aufgezogenen Großereignisse wie Paraden, Aufmärsche und Staatsfeiern nicht hinreichend beachtet hätte. Im Gegenteil, ganze Seiten nahmen die Berichte und Bildreportagen darüber ein. Aber wo blieb die kritische Stellungnahme, die den in ständige Unruhe und Abwehr versetzten Durchschnittsbürger zu Wort kommen ließ und die sich der viel größeren Gefahr: der geistigen Militarisierung des deutschen Volkes entgegenstemmte? Es entbehrt angesichts der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland nicht einer gewissen Pikanterie, daß gerade ein Kriegsfreiwilligen-"Traditionsblatt" diese Aufgabe aufgriff. Hierin zeigte sich gleichzeitig die deutliche Abgrenzung gegenüber den anderen Soldatenzeitungen, die sich allenfalls darüber beschwerten, daß die Paraden jetzt im braunen statt in feldgrauen Uniformen stattfanden, die im übrigen aber immer noch allzu geneigt waren, die "vor-

militärische Erziehung" durch HJ und SA als ein Mittel zur Förderung ihrer eigenen Pläne in Richtung auf "ein Volk in Waffen" zu betrachten. -

"... Eine ganze Nation kann nicht dauernd mit 'Achtung, Augen rechts!' im Parademarsch marschieren. Es muß auch mal das Kommando kommen: 'Ohne Tritt!' Und dieses Kommando wollen wir Euch geben..." So heißt es in der ersten der Nummern von WK, die Werner Schoknecht in den Straßenverkauf gab¹⁾. Da der ganze, vier Seiten lange Leitartikel auf diese Tendenz hin abgestimmt war, konnte man auf Grund des schlagartigen Verkaufserfolges erkennen, in welchem Maße eine solche Stellungnahme zur Entwicklung des öffentlichen Lebens in Deutschland auch Ende 1934 noch dem Empfinden und den Wünschen breiter Volksschichten entsprach.

Der Herausgeber von WK konnte seine Äußerungen zur braunen Militarisierung etwa auf folgenden Grundton hin abstimmen: Wir Kriegsfreiwilligen haben es bewiesen, daß man auch ohne vorhergegangenen Drill und ohne jedes äußere Brimborium ein guter Soldat werden und sein kann. Schoknecht fühlte sich in dieser Position so stark, daß er - den jüngeren "Kameraden" gleichsam ironisch-freundlich auf die Schulter klopfend - sagen zu können glaubte: "Wir sind überzeugt, die alten Krieger würden große Augen machen, wenn sie da einmal nach Feierabend durch ein Schulungslager der SA, des Arbeitsdienstes oder der Hitler-Jugend gingen und sich den fröhlichen Unsinn dieser Freizeit ansehen würden"²⁾.

Wie er sich in der Mühle des neuen Dienstbetriebes fühlt, beschreibt treffend ein Leser³⁾: "Noch singt man 'Lore', aber die Füße tapsen mechanisch. Vom Schulungsabend zum Dienst - vom Dienst zur Sitzung - von der Sitzung zur Feier - zum Dienst - und vom Dienst gar zur Ar-

1) WK Nr.31, "An alle Komißköpfe", S.1-4

2) WK Nr.31, "An alle Komißköpfe", S.1-4

3) WK Nr.17, "Ein Kamerad schreibt", S.5, Sp.1/2

beit? - zum Essen - Schlafen - wieder zum Dienst. - Wir jagen in einem Taumel. Alles organisiert, jeder will den Führer verkörpern und ist doch allenthalben nichts als der Wachtmeister aus Wallenstein..." - Diese - freilich nur die Äußerlichkeiten berührende - Darstellung mußte den Hunderttausenden, die sich mehr oder weniger "freiwillig" einer der vielen NS-Organisationen anschlossen hatten und mit ihren auf Abzahlung erstandenen neuen Langschäftern buchstäblich zu den Stiefelputzern des Systems geworden waren, aus der Seele gesprochen sein. Sicher hatten manche von ihnen Stunden der inneren "Erhebung" (bei einer Parade oder Feier vielleicht), aber am ausdauerndsten empfunden wurde doch die Belästigung. Sie kürzte einem den Schlaf, sie störte das Familienleben, alte Männer mußten plötzlich vor "jungen Schnöseln" das "Männchen bauen", und es gab noch mehr Situationen, in denen man sich ein wenig lächerlich vorkam: über alle diese Dinge sprachen die Menschen 1933, wenn sie "unter sich" waren. Solchen Gesprächen war zweifellos die obige Darstellung abgelauscht.

Das eigentliche, schwererwiegende Problem lag dahinter, und es bedurfte erst recht der Aufmerksamkeit des pflichtbewußten Chronisten. Es war die durch die äußere "Vermilitarisierung" aller Maßstäbe eingeleitete Umerziehung des Volkes. Hier setzte als Ergebnis einseitiger publizistischer Beeinflussung eine geistig-politische Verkrampfung ein, deren Auswirkungen man 1933/34 nur erst entfernt ahnen konnte. Welche ersten Ergebnisse - besonders bei der jüngeren Generation - sie doch immerhin schon zeitigte, erfahren wir z.B. aus einer Polemik, die WK aus der "Deutschen Wochenschau" übernommen hat. Hier geht es um die Abwertung des Begriffes "Bürger", dem man in dem soeben angebrochenen "heroischen" Zeitalter seine Daseinsberechtigung streitig zu machen beginnt. Auf einen entsprechenden Artikel erwidert die "Deutsche Wochenschau": "... Es ist das Vorrecht der Jugend, für un-

entwegtes Helden- und Soldatentum zu schwärmen, zumal wenn sie aus der Tasche anderer lebt, die für sie den unvermeidlichen Existenzkampf führen ... Draufgängertum als Selbstzweck ist Unreife..."¹⁾.

In anderen Fällen, die in WK aufgezeichnet sind, geht es etwa um die Beschimpfung der Angehörigen des Kaufmannsstandes als "Etappenhengste"²⁾, die Heroisierung bestimmter Filme³⁾ und die vom "Reichsstudentenführer" geforderte Kasernierung der Studenten in nationalsozialistischen Wohnheimen⁴⁾. Während diese Mitteilungen, die auf Mißstände von symptomatischer Bedeutung hinweisen, zumeist unter genauer Quellenangabe aus Reden oder anderen Veröffentlichungen zitiert werden, widmen Schoknecht und seine Mitarbeiter selbst sich mehr der kritischen Stellungnahme und versuchen vor allem die Begeisterung der Jugend unter Hinweis auf das Unsinnige und Überspannte der Nazi-Parolen zu dämpfen. (Mit dieser kritisch-abwiegeln- den Tendenz das Ohr der Jugend zu gewinnen, war für den kritischen Journalisten - wie sich insbesondere bei der Betrachtung des Dialogs zwischen WK und Hitler-Jugend noch zeigen wird - besonders schwer.) Bei der Rauschhaftigkeit der Staatspublizistik, deren Manager sich immer mehr in ihre eigenen Vorstellungen hineinsteigerten, bestand die Aufgabe oft darin, die primitivsten Selbstverständlichkeiten zu konstatieren. So wird man die Feststellung: "Das zivile Leben eines großen Kulturvolkes mit seinen tausendfachen Äußerungen in Wirtschaft, Kunst, Technik usw. kann nicht in militärischer Form durch Kommandos geregelt werden..."⁵⁾ kaum als besonders originell empfinden. Aber in einer Zeit, da der Befehl alles galt und der nach gründ-

1) WK Nr.32, "Der Bürger", S.6, Sp.2/3

2) WK Nr.25, "Kaufleute sollen 'Etappenhengste' sein?"
S.13, Sp.1/2

3) WK Nr.28, "Leutnant Keller-Kascha", S.12, Sp.3

4) WK Nr.31, "Studenten von 1914 zu Studenten von 1934", S.8/9

5) WK Nr.28, "Beschwerden oder 'Selbst ist der Mann'",
S.4, Sp.1

licher Beratung zustandegekommene Beschluß gar nichts, war dies eine ernsthafte Mahnung, die nicht deutlich genug zu Gehör gebracht werden konnte. Es mußte immer wieder gesagt werden, wie das zivile Leben "eigentlich" war und welche Stellung dem "eigentlichen" Soldatentum zuzukommen habe. Wo begann, seit man auf der Straße angepöbelt wurde, weil man eine Fahne nicht begrüßt hatte, und seit man selbst in der eigenen Wohnung vor Belästigungen nicht mehr sicher war, noch der Schutzbereich des Zivilen?

Wo die Machthaber werben wollten (und nicht einfach drangsalierten), dort war das Wirkungsfeld der Phrase. Sie machte - auf einen kurzen Nenner gebracht - aus den Deutschen, die sich gerade mühselig von den Schäden der großen Wirtschaftskrise erholten, ein Volk von lauter Helden. Welch grauenhafte Wirkung mußte es auf Menschen im Kindesalter haben (und, retrospektiv betrachtet, welch ein grauenhaftes Orakel für diese Generation !), wenn man ihnen den Slogan einpaukte: "Wir sind zum Sterben für Deutschland geboren." Mit diesem extremen Fall einer HJ-Parole setzt sich Ernst Saekel in einer eigenen Betrachtung auseinander¹⁾. Er wendet sich an alle, die "auf Grund ihrer Stellung in Partei oder SA" die Möglichkeiten haben, auf die Jugend einzuwirken. "... Sagt ihr doch, daß das Sterben keine leichte, spielerische Sache ist ... Nicht zu sterben ist die große Aufgabe und das hohe Ziel, sondern für Deutschland zu leben und zu schaffen..." Saekel versah seine Mahnung, die jungen Leute sollten nicht so pathetische Worte machen, mit der dem nationalen Pathos angepaßten Begründung, daß dies "dem Geist von Langemarck ... nicht gemäß ist."

Offenbar waren die NS-Publizisten, wenn es um ihre soldatisch-heldische Pose ging, besonders empfindlich,

1) WK Nr.26, "Kamerad Saekel schreibt", S.8 Sp.2

denn eine ähnliche Beachtung der "Spielregeln" (wie es Saekel mit dem Hinweis auf Langemarck tat) finden wir auch bei den allgemeineren Stellungnahmen zum gleichen Thema wie etwa: "Alles markiert auf einmal ^{den} Soldaten, ohne aber die Voraussetzung hierfür anzuerkennen, die nichts anderes sind als eiserne Pflicht, Gehorsam und Unterordnung"¹⁾ (= also echte Werte! d.V.) oder (an SA, HJ usw. gerichtet:) "... Wenn Ihr in die Öffentlichkeit geht, dann habt Ihr immer - auch geistig - umgeschnallt ..."²⁾, oder: "Gesinnung läßt sich nicht durch Gewalt erzeugen, das freie Wollen allein sichert die volle Entfaltung aller Kräfte"³⁾.

Den expansiven Militarismus der Nationalsozialisten dadurch einzugrenzen, daß man ihm das Bild des "reinen", (unpolitischen) Soldatentums gegenüberstellte, war ein andauerndes Bemühen von WK. Hierbei konnte die Redaktion - so wie die innerpolitische Kräfteverteilung im Jahre 1933 und ersten Halbjahr 1934 war - des stillschweigenden Einverständnisses der Wehrbehörden ziemlich sicher sein. Wenn auch aus teilweise anderen Motiven - das Vordringen des braunen radikal-politischen Militarismus (vor allem in Gestalt der SA) wurde bei der Reichswehr äußerst skeptisch beurteilt. Man war natürlich für eine vormilitärische Erziehung der Jugend, die eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vorbereitete, betrachtete diese jedoch viel zu sehr als eigenes Ressort, als daß man die neu entstandenen Organisationen mit ihren großen Ambitionen ohne weiteres gutgeheißen hätte. Außerdem waren natürlich große Teile des Offizierskorps - deren "nationale" Grundeinstellung außer Frage stand - mit den Methoden und dem Auftreten der NS-Führer nicht einverstanden. Die Spitze des Reichsheeres in Gestalt von General der Infanterie v. Hammerstein-Equord hatte sogar ausgesprochen anti-

1) WK Nr.15, "Die letzten 100 Meter", S.8, Sp.2

2) WK Nr.31, "An alle ~~Kommi~~Bköpfe", S.1-4

3) WK Nr.19, "Soldatentum als Gesinnung", S.1, Sp.1-3

nationalsozialistischen Charakter, auch sein Anfang 1934 eingesetzter Nachfolger General der Artillerie Freiherr v.Fritsch stand der politischen Führung des Reiches nicht viel freundlicher gegenüber.

Diese Konstellation ist zu berücksichtigen, wenn man die Haltung des Reichswehr-Ministeriums zur Zeitschrift "Die Kriegsfreiwilligen von 1914/15" als "wohlwollend" bezeichnet. (Dieses Wohlwollen drückte sich u.a.darin aus, daß Schoknecht die Erlaubnis zu einer ausführlichen Reportage über einen Berliner Truppenteil erhielt¹⁾ und auch dadurch, daß sich das Ministerium nach dem Verbot der Zeitschrift und nach Schoknechts Entlassung aus der Haft erkenntlich zeigte.) Daß es trotz dieses guten Verhältnisses nur selten gelang, die Reichswehr-Führung als wichtigen Gesprächspartner zu Meinungsäußerungen in Fragen der "soldatischen Erziehung des Volkes" heranzuziehen, hatte seine Ursache in der allgemeinen Zurückhaltung des Offizierskorps, die sich insbesondere in einer so unübersichtlichen politischen Situation wie 1933/34 bemerkbar machte. Hinzu kam als Unsicherheitsfaktor die Gestalt des Reichswehrministers v.Blomberg, von dem man nicht genau wußte, wie weit er bereits "gleichgeschaltet" war. Umso höher ist der Wert einer Stellungnahme von Major Foertsch aus dem Reichswehr-Ministerium zu bemessen, die in Nr.33²⁾ wiedergegeben wird (Foertsch hatte der Redaktion mitgeteilt, daß er den Artikel "An alle Komißköpfe" in Nr.31³⁾ mit großem Vergnügen gelesen habe) und in der es u.a.heißt: "... Soldatentum erschöpft sich nicht in Äußerlichkeiten und ist nicht das gleiche wie militärische Formen, militärische Übungen und militärischer Gebrauch. Solche Formen sind unentbehrlich, wo Massen sich unterordnen müssen... Sie sind aber nur Mittel zum Zweck und werden sinnlos, wenn man sie zum Zweck selbst erhebt.

1) WK Nr.9, "Bei den Kameraden der Reichswehr", S.4-7

2) WK Nr.33, "Falsch verstandenes Soldatentum", S.3 Sp.1-3

3) WK Nr.33, "Falsch verstandenes Soldatentum", S.3 Sp.1

Sie werden gefährlich und zerstören Werte, wenn man sie in das private, geistige und wirtschaftliche Leben überträgt ... Der Soldat sieht mit beklommenen Gefühlen, wie im Sprach- und Schriftgebrauch des Nichtsoldaten militärische Bezeichnungen, Formeln und Begriffe immer stärker auch dort angewandt werden, wo sie der Sache fernliegen. Man 'exerziert', wo man üben und 'schulen kann. Man 'stößt vor' und 'bricht ein', wo man Erfolge erstrebt... Das Exerzierreglement von 1906... gilt selbst für den Soldaten nicht mehr."

Die Militarisierung im Dritten Reich fand ihren äusseren Ausdruck in der allgemeinen Uniformierung. Mochten früher einmal Titel und Uniform eines Reserveoffiziers für bestimmte Schichten attraktiv gewesen sein, so gab es jetzt bald kaum noch einen Mann jüngeren oder mittleren Alters, der nicht eine Uniform zumindest im Schrank hängen hatte. Immer neue Dienstbezeichnungen, Ränge, Rangabzeichen, Orden und Ehrenzeichen wurden eingeführt, über die vollständig Bescheid zu wissen wohl der "Reichsfeldzeugmeisterei der NSDAP" vorbehalten war. Ein Interesse an diesen Dingen - ob positiv oder ablehnend - war natürlich weitgehend vorhanden; die publizistisch dirigierte Presse trug ihm insofern Rechnung, als sie von Zeit zu Zeit parteiamtliche Mitteilungen, zuweilen auch mit Bildern, über die Neuheiten auf diesem Gebiet veröffentlichte. Die Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15", die sich wiederholt mit dem neuentdeckten "Zauber der Montur" befaßte, kam an die Ordens- und Abzeichenfrage wiederum mit Hilfe eines (scheinbaren) Gruppeninteresses heran. Man schimpfte nach Kräften über die Blechorden, strenggenommen also jene "Ehrenzeichen" und Erinnerungskreuze, die praktisch käuflich zu erwerben waren und die den verliehenen Kriegsauszeichnungen äußerlich Konkurrenz zu machen begannen¹⁾. In Wirklichkeit war mit diesen Persifla-

1) WK Nr.7, S.5; Nr.8, S.10; Sp.1-3; Nr.10, S.13, Sp.1-2; Nr.11, S.8, Sp.1/2; Nr.11, S.10, Sp.3

gen zumindest ebenso stark die Putzsucht aller jener Funktionäre gemeint, die meist vom Arbeitslosen zum "Goldfasan" avanciert waren. Um sie glossieren zu können, mußte freilich ein Umweg gewählt werden, weil der direkte Angriff in dieser Sache zweifellos zum sofortigen Verbot geführt hätte. In sehr geschickter Weise wurde die Anspruchslosigkeit Hitlers (seine Uniform war tatsächlich schlichter als die vieler Unterführer) als Argument benutzt. So heißt es in einer eingerahmten Meldung¹⁾: "Hingerichtet - sind alle Augen auf unser Preisausschreiben: 1000 Mark demjenigen, der den Kanzler mit einem privaten Blechorden sieht."

Daß manche Leser die eigentliche Zielrichtung der Angriffe auf die Blechorden nicht verstanden, zeigt die Reaktion eines ehemaligen Generals (der noch dazu vom Train stammte). Mit dem General, der sich wegen der von seinem Traditionsverband ausgegebenen Erinnerungsmedaillen getroffen fühlt, beschäftigt sich Schoknecht zweimal. In der zweiten Polemik heißt es: "... Wie meinen Herr General? Die Kerle grinsen hier alle? Ja, das haben wir auch schon gemerkt, müssen mal dazwischen fahren..."²⁾.

Als besonders ungewöhnlich und für viele Eltern besorgniserregend wurde die Heranziehung der Kinder vom 10. Lebensjahr an zum Dienst in der Hitlerjugend empfunden. Die Absicht der Machthaber - nämlich die Beeinflussung der Jugend in einem möglichst frühen Alter - war hier ganz offenkundig, und der Anblick der marschierenden Jungen und Mädchen tat ein übriges. Das Thema galt jedoch als so heikel, daß auch WK sich nicht entschließen konnte, die Gegenstimmen im "Frontalangriff" zur Geltung zu bringen. Die empörten Eltern und Jugenderzieher mußten sich in diesem Fall damit begnügen, daß ihre Meinung auf dem Umweg über das Bild von einem als Soldaten aufgeputzten amerikanischen Jungen angedeutet wurde. Der Text zu der Aufnahme läßt jedoch keinen Zweifel darüber, was eigentlich gemeint war.

Nr. 11

1) WK, "Der Kanzler hat es angenommen", S.8 Sp.1/2

2) WK Nr.11, "Achtung ... der Herr General", S.10, Sp.3

Er enthält die zweimalige Mahnung "... Aber fangt bitte bei uns in Deutschland nicht auch mit solchem faulen Zauberei an ..." und: "... Diese Moden wollen wir in Deutschland lieber nicht einführen... Die Kameraden werden gebeten, auf solche Albernheiten ein wachsames Auge zu haben..."¹⁾.

Das Thema "Uniformen" noch einmal zu behandeln, wurde möglich durch eine von der "Berliner Börsen-Zeitung" mitgeteilte Überspitzung, die aber offenbar nie realisiert worden ist. Und zwar war damals beabsichtigt, auch die Gesellschaftskleidung "gleichzuschalten" und den gehobenen Parteifunktionär im braunen Frack und braunen Smoking auftreten zu lassen²⁾.

Das (scheinbare) Interesse "der Kriegsfreiwilligen" an dem ganzen Fragenkomplex der Uniformen und Abzeichen wird dadurch zur Geltung gebracht, daß man immer wieder den Wunsch betont, die an der Front erworbenen Auszeichnungen nicht durch alle möglichen neuen Dinge entwerten zu lassen. Außerdem wollte man einem neu zu schaffenden Ehrenzeichen der Kriegsteilnehmer eine Sonderausführung für Kriegsfreiwillige hinzugefügt wissen. Als dies dann nicht geschah, sondern der Reichspräsident ein einheitliches Kreuz für alle Frontkämpfer schuf, hat man sich ohne weiteres damit abgefunden. Der wirkliche Standpunkt in der Ordens- und Abzeichenfrage geht einwandfrei aus einem Kommentar zu dem Abzeichen des "Bundes der Kriegsfreiwilligen von 1914/15" hervor. "Unser silberes Abzeichen", so wird hierin gesagt, "ist in seinem Untergrund dunkel oxydiert. Es gibt viele Abzeichen, die unecht sind, aber gerade deswegen durch möglichst glänzendes Aussehen echt wirken sollen. Wir wollten ... den umgekehrten Weg gehen..."³⁾.

1) WK Nr.28, "An den Rand geschrieben", S.10

2) WK Nr.15, "Der letzte Schrei", S.8, Sp.3

3) WK Nr.5, "Unser silbernes Abzeichen", S.16 Sp.3

D. c. Gleichschaltung von Organisationen (Stahlhelm-Eingliederung)

Als die Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" im August 1933 ins Leben trat, war die Auflösung der meisten Organisationen und Verbände und die Überführung ihrer Mitglieder in die entsprechenden NS-Gruppen bereits abgeschlossen. Insbesondere diejenigen Vereinigungen, die im Verdacht standen, demokratisches Gedankengut zu vertreten, hatte man beschleunigt aufgelöst.

Nicht nur, weil diese Gefahr hier nicht bestand, sondern auch aus anderen Gründen hatte eine Organisation noch eine gewisse Gnadenfrist erhalten: der Stahlhelm. Er war, nachdem die Rechtsparteien sich im Juni 1933 "freiwillig" aufgelöst hatten, der letzte organisierte Zusammenschluß jener Kräfte, mit denen die Nationalsozialisten am Beginn des Jahres eine Koalition eingegangen waren. Obwohl er schon in zahlreichen Reden als "reaktionärer Haufen" apostrophiert worden war, kam für den Stahlhelm ein einfaches Verbot doch nicht in Frage. Das ließ die innerpolitische Situation nicht zu. Also wählten die Machthaber den langwierigeren Prozeß der stufenweisen Gleichschaltung, wobei sie als geringeres Übel in Kauf nahmen, daß über die Sache lange und ausgiebig gesprochen wurde. Der Stahlhelm, der sich als Gegner der Weimarer Republik einige "Verdienste" für die "nationale Sache" zugute halten konnte und deswegen soviel Rücksichtnahme erforderte, wurde damit der Musterfall einer Gleichschaltung. Die Anteilnahme der gesamten Gesellschaft an dem Vorgang stand außer Zweifel, denn hiermit wurde nun bewiesen, daß auch befreundete und in mancher Hinsicht fast gleichartige Organisationen - sofern sie keine Sateliten der NSDAP waren - neben der Einheitspartei und ihren Verbänden nicht geduldet werden würden. Die Ersetzung der feldgrauen durch die braune Uniform war ein Symbol für die Komplettierung der totalen Diktatur.

Die gleichgeschaltete Presse berichtete hierüber zu-
meist in kurzen, sehr positiv gefassten Meldungen. So, als
ob die Verschmelzung des Stahlhelms mit der SA unter dem
freudigen Einverständnis aller Beteiligten vonstatten ginge.
Typisch hierfür ist eine Nachricht, die im September 1933
durch die Zeitungen ging und in der es etwa hieß: Seldte ha-
be seine besondere Freude darüber ausgedrückt, daß der
Reichskanzler das Symbol des Stahlhelms anerkannt habe und
den Bund in die NSDAP aufnehmen wolle ... Der Stahlhelm wer-
de jetzt als Bund in der großen Bewegung neugegründet¹⁾. -
In Wirklichkeit war der Ablauf keineswegs so reibungslos, wie
die Staatspublizistik ihn darzustellen versuchte. Es gab Wi-
derstände und eine ganze Reihe von Verhaftungen, noch im
Herbst 1935 befanden sich 5-600 Stahlhelmer in den Gefängnis-
sen und Konzentrationslagern. Außerdem bildeten sich in den
einzelnen Städten Stammtische, Wandervereine, Kegelclubs usw.
als "Nachfolgeorganisationen"²⁾. Natürlich war dies bei al-
len Interessierten bekannt. Für WK stellte sich auch in die-
sem Fall die Frage, wieweit man ohne eigene Existenzgefähr-
dung gehen konnte, um die wahren Meinungen hierüber in die
Öffentlichkeit zu tragen. Werner Schoknecht entschied sich
für eine gewisse "Zweigleisigkeit" der Berichterstattung.
Neben der Übernahme offiziöser Bekanntmachungen finden wir
Meldungen über Einzelheiten, die erkennen lassen, daß der Ge-
samtvorgang der Auflösung des Stahlhelms keineswegs reibungs-
los abgelaufen ist. So folgt der Nachricht von der völligen
Verschmelzung des Kern-Stahlhelms mit der SA³⁾ in der näch-
sten Nummer ein höchst eigenwilliger Kommentar von Dr. Beuther,
der auf diesen Fall das Goethe-Zitat anwendet: "Halb zog sie
ihn/ Halb sank er hin/ Und ward nicht mehr gesehn..."⁴⁾. Von
dem weiteren Widerstand, der vom Stahlhelm geleistet wurde,
erfahren wir unter anderem durch die Meldung, derzufolge der

1) lt. "Freisinger Nachrichten" v.26.9.33

2) Weisenborn: "Der lautlose Aufstand", S.109

3) WK Nr.13, "Völlige Verschmelzung des Kern-Stahlhelms mit
der SA", S.2 Sp.3

4) WK Nr.14, "Was sagt Beuther", S.16, Sp.2

Landesführer von Schlesien seines Amtes enthoben worden sei, weil er die ihm unterstehende Landesgruppe (vorzeitig!) für aufgelöst erklärt hatte¹⁾. Ferner geht aus einer Anordnung von SA-Stabschef Röhm²⁾ indirekt hervor, daß in der Provinz offenbar schon "Sonderaktionen" zur Beschleunigung der Eingliederung stattgefunden hatten. In der gleichen Nummer wird eine Verhaftung gemeldet³⁾. In Nr.23 erfahren wir ein sehr typisches Beispiel dafür, wie man die Auflösung einer mißliebigen Organisation in Diktaturen vorantreibt. Und zwar hatte in Quetzin (Pommern) ein Mitglied des "Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes"⁷⁾ einen SA-Führer schwer verletzt. Dieser Vorgang veranlaßte den Völkischen Beobachter zu folgender Feststellung: "Ein Weiterbestehen des Bundes ... als Einheit oder gar als 'Kampfgemeinschaft' erscheint nach dem Dolchstoß von Quetzin, der alle Deutschen traf, nicht mehr tragbar." Die Gegen-Stellungnahme der Stahlhelm-Pressestelle, in der sie den Streit der beiden Männer zu entpolitisieren versucht, dürfte eine ihrer letzten Verlautbarungen mit deutlicher Spitze gegen die SA gewesen sein⁴⁾. WK ließ es sich nicht nehmen, später auch noch zu berichten, daß der Stahlhelmer zwar vom Gericht freigesprochen, aber trotzdem in Schutzhaft genommen worden sei⁵⁾.

In einen engen Zusammenhang mit dem Niedergang des Stahlhelms gehören die Auseinandersetzungen der Nationalsozialisten mit anderen rechts-oppositionellen Gruppen, über die, soweit die Vorgänge der Redaktion bekannt wurden, WK die Öffentlichkeit ebenfalls auf dem laufenden zu halten versuchte. So wird in Nr.13 gemeldet, daß die Führung des Deutschen Reichskriegerbundes "Kyffhäuser" an den Oberstlandesführer der SA-Reserve II, Reinhard, übergegangen sei⁶⁾.

1) WK Nr.16, S.11, Sp.3

2) WK Nr.17, "SA und Stahlhelm", S.4, Sp.3

3) WK Nr.17, "Warnung für Saboteure", S.13, Sp.2/3

4) Zusammenfassend dargestellt in WK Nr.23, S.9 Sp.2/3

5) WK Nr.26, "Fall Kummerow-Quetzin vor dem Sondergericht", S.14, Sp.3

6) WK Nr.13, "General von Horn zurückgetreten", S.3 Sp.2/3

7) Diese Bezeichnung hatte der Stahlhelm im Zuge der ersten Gleichschaltungs-Massnahmen erhalten.

Wie unliebsam es den NS-Funktionären war, daß irgendwelche "Rechtsabweichungen" in der deutschen Innenpolitik öffentlich bekannt wurden, geht aus zwei Erklärungen gegen die sogenannte "Kaiserbewegung" hervor. Diese Gruppe, die 1933/34 zwar einen relativ großen potentiellen Anhang hatte, jedoch zu keiner effektiven Bedeutung gelangte, wollte (mit oder ohne Hitler) das Kaisertum wiederherstellen. Reichsinnenminister Dr. Frick und Gauleiter Grohé wandten sich mit scharfen Erklärungen gegen derartige Bestrebungen, wobei Frick erklärte, unter einem monarchistischen Deckmantel hätten sich unzufriedene Elemente gesammelt, und Grohé forderte: "Ausschlaggebend ist, daß alle Dinge von nicht grundsätzlicher Bedeutung - zu denen auch die Frage der Staatsform gehört -, wenn sie die notwendige Einigkeit des deutschen Volkes beeinträchtigen, aus der öffentlichen Diskussion auszuschalten sind..."¹⁾.

WK erfüllte auch hier Chronistenpflicht und machte, indem es die Reden der NS-Führer zitierte, seine Leser mit einem Tatbestand bekannt, der gerade nicht an die Öffentlichkeit dringen sollte. Welche Bedeutung eine auch nur einigermaßen objektive Darstellung aller Gleichschaltungs- und Verbotsmaßnahmen für die betroffenen Organisationen erlangte, ergibt sich aus der besonderen Situation dieser Verbände nach Errichtung der NS-Diktatur. Sie waren meist völlig isoliert, ihrer eigenen Nachrichtenorgane beraubt und oft ohne zuverlässige Verbindung zu befreundeten Stellen in anderen Teilen des Reiches. Sie stets über die gerade laufenden oder zu erwartenden Maßnahmen im Unklaren zu lassen, gehörte mit zur Taktik der Staats- und Polizeibehörden. Um diese Abkapselung zu durchdringen, erlangten Veröffentlichungen in einem Blatt wie WK für solche Gruppen einen Wert, der ihnen früher - als die eigene Pressestelle der Verbände noch Zugang zu den Tageszeitungen hatte und man außerdem noch nicht um den Bestand der Organisation

1) Mitgeteilt in WK Nr.13, S.5, Sp.2/3

zu fürchten brauchte - nicht zugekommen wäre.

Noch nicht völlig unter die eigene Botmäßigkeit gebrachte politische Verbände und Gruppen sind für Diktaturen ein Störungsfaktor, den schnellstens zu beseitigen sie stets bemüht sein werden. Kommt noch als geistiger Gegenpol eine Zeitschrift hinzu, deren Redaktion die Schlagbäume der Staatspublizistik zu unterlaufen versteht und die - obwohl unabhängig - sich in manchen Fragen zum Sprachrohr jener Verbände macht, so ist das für die Überwachungsorgane ein doppelter Grund zur Aufmerksamkeit. Nachdem Werner Schoknecht für sein Blatt einmal den Standort der Kriegsfreiwilligen (scheinbar, aber glaubhaft) gewählt hatte, erschien er für die Geheime Staatspolizei zweifellos in einem gewissen Zusammenhang mit der "Rechtsopposition". Und nachdem es weitgehend die ständige Betonung der vaterländischen Verdienste und Motive der ehemaligen Kriegsfreiwilligen gewesen war, die dem Herausgeber von WK seine relativ lange Tätigkeit ermöglicht hatte, galt diese Verbindung später auch im Negativen: Als die NS-Führung sich einmal entschloß, die Rücksichtnahme auf die "nationalen" Verbände fallenzulassen, bedeutete dies auch eine allgemeine Verschlechterung der Position von WK.

D.

d. Die Hitlerjugend

Einer besonderen politischen und publizistischen Aktivität befließte sich schon in der allerersten Zeit des Dritten Reiches die Hitlerjugend. Ihre Zeitschriften hoben sich insofern von dem Bild der gleichgeschalteten Presse ab, als ihnen offenbar jede Art von "jugendlicher" Unvernünftigkeit - auch außerhalb des eigentlich Politischen - gestattet oder nachgesehen wurde. Die Sprecher des NS-Staates hatten von vornherein betont, daß sie in

der jungen Generation die "Garanten der Zukunft" erblickten und daß ihr Staat ein "Staat der Jugend" sein werde. Die Partei sah darin eine Gewährleistung der "Revolution auf Dauer", weil die nationalsozialistische Ideologie bei der Jugend auf eine geistig-seelische tabula rasa traf und die junge Generation von vornherein zu treuer Gefolgschaft erzogen werden konnte. Die Hauptfolge dieser Auffassung, die ein typisches Kennzeichen jeder revolutionären Diktatur ist, war die, daß jungen Leuten Führerstellungen und Verantwortung übertragen wurden, die sie nicht ausfüllten. Ihr forsches und anmaßendes Auftreten, das die Unzulänglichkeit überdecken sollte, brachte sie naturgemäß in Gegensatz zu allen Menschen mit größerer Lebenserfahrung und nüchternem Urteil. Die HJ war von Anfang an ein Problem für sich - nicht nur im Staate, sondern auch im Gesamtorganismus der "Bewegung". Wenn schon ältere Parteifunktionäre ihre Not mit dem ungebärdigen, aber linientreuen Nachwuchs hatten, so war es klar, daß der der NSDAP fernstehende Teil des Volkes an dem anmaßenden Auftreten der HJ-Führer erst recht Anstoß nahm.

Die Redaktion von WK war hierbei gleichsam in ihrem Element, denn die Hitlerjugend tat ihr den Gefallen, die Bekanntgabe eigener Ambitionen stets mit Angriffen auf die ältere, d.h. also auf die Kriegs-Generation zu verbinden. Der rüde Ton der HJ-Zeitschriften und der HJ-Funktionäre war die beste Rückendeckung für eine oppositionell eingestellte Zeitschrift, die gesamte Problematik der nationalsozialistischen Jugenderziehung zumindest indirekt darzustellen. Die HJ-Führung wurde zweifellos akutes Thema im Zeitgespräch einer bürgerlichen Gesellschaft, wenn sie sich mit Ankündigungen wie diesen bei der älteren Generation vorstellte: "... Die Spießer von heute zwischen dreißig und x-zig Jahren müssen samt ihren Plüschsofas und Schlafzügen von dieser Erde vertilgt sein, ehe die Jugend ungezügelt ihren Kampf zum guten Ende bringen kann... Keine Bange. Wir

brauchen nicht Gewalt anzuwenden! Denn liebe Spießer, Ihr fallt ja schon um, wenn wir Euch nur scharf ansehen. Ihr seid zu jedem Kompromiß bereit, wenn wir Euch nur die Luft zum Atmen lassen ... Spießer - Einschlafen!"¹⁾ In einem anderen Fall wird prophezeit: "Nachdem die Hitlerjugend sich nun monatelang alle Angriffe und Meckereien in Ruhe angehört hat, wird sie nunmehr mit einer gewaltigen Aktion gegen alle Nörgler und Reaktionäre vernichtend vorgehen"²⁾.

Unter den weiteren Zitaten aus HJ-Veröffentlichungen, die WK wiedergibt, findet sich auch bereits (im Jahre 1934, also noch über zwei Jahre vor Verkündung des Staatsjugendgesetzes!) die lapidare Feststellung: "... So möchten wir ... sachlich feststellen, daß nur die Hitlerjugend Aufgaben für die Zukunft hat und außer ihr niemand ... Wir übernehmen die Erziehung der jungen Deutschen zum Nationalsozialismus"³⁾. Obwohl der Kommentar der Zeitschrift in diesem Fall lediglich in einer Aufforderung an die Väter besteht, ihren Söhnen die Hosenböden strammzuziehen, wird ohne weiteres klar, daß hiermit eine Grundfrage aufgeworfen war, die die Gesamtkonzeption der NS-Politik betraf. Mit anderen Worten: Man konnte die Hitlerjugend nicht kritisieren, ohne auch bei diesem Thema in einen grundsätzlichen Gegensatz zur Staatsführung zu geraten.

Dies ist zu berücksichtigen, wenn man die Stellungnahmen der Zeitschrift zum HJ-Problem einer kritischen Würdigung unterzieht. Allgemein wird der Wunsch erkennbar, einen väterlich-überlegenen Ton anzuschlagen, ohne dabei jedoch das Problem selbst zu bagatellisieren. Die Ausgangsbasis für kritische Bemerkungen ergab sich im allgemeinen aus der in den großspurigen HJ-Außerungen enthaltenen Minderbewertung der Soldaten-Generation von 1914/18, wobei die Kriegsfreiwilligen einerseits zu den "Betroffenen" gehörten (und somit ein Gruppenanliegen geltend ma-

1) WK Nr.18, "Ei wer tomt denn da?, S.10/11,
als Zitat aus "Der neue Weg"

2) WK Nr.22, "Warum lächelst Du, Mona Lisa?", S.11 Sp.3

3) WK Nr.14, "Was die Jugend so sagt", S.12 Sp.1/2

chen konnten), andererseits aber auch die verletzten Gefühle der meisten anderen Männer, die im Krieg gewesen waren, angesprochen wurden. Der väterliche Ton sicherte nicht nur eine gewisse Ruhe und Überlegenheit bei der Behandlung des Themas, sondern er betonte auch den Prioritätsanspruch der Eltern in Fragen der Jugenderziehung gegenüber der neuen Staatsjugend-Organisation. Außerdem half auch hier wieder die Äußerung eines Prominenten. Nach diesem Zitat, das in seiner ganzen Länge gesperrt gedruckt ist¹⁾, hat der stellvertretende Parteichef Rudolf Heß erklärt, er wisse, daß alle Gefahren und Leiden, denen ein Hitlerjunge in den röttesten Gebieten ausgesetzt gewesen sei, nicht vergleichbar seien mit einem einzigen Tag Trommelfeuer.

Auf dieser Basis aufbauend, konnte Schoknecht zum Thema HJ relativ kompakt werden und befand sich dabei zweifellos in Übereinstimmung mit einer überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes: So, daß einem jetzt die eigenen Kinder "auf der Nase herumtanzten" und allein aus ihrem Alter bereits ein besonders enges Verhältnis zum Staat herleiteten, hatten auch viele Mitläufer ihren "Nationalsozialismus" nicht aufgefaßt. "Was sagt Ihr dazu, liebe Kameraden?" fragt Schoknecht nach einem Zitat aus dem Artikel in "Der neue Weg" seine Leser²⁾, "hier wächst etwas ran, an dem wir später noch einmal unsere helle Freude haben werden ... Da lachen doch die Hühner, wenn man bedenkt, daß man so drei von diesen 'Halbstarken' mit der linken Hand in die Tasche steckt... Wir nehmen auch diese kindlichen Drohungen nicht ernst ... Aber sehr ernsthaft erhebt sich die Frage, ob man diesen jungen Leuten nicht etwas zu früh eigene Zeitungen in die Hand gegeben hat." Die übersteigerte Bedeutung, die man der Hitlerjugend in der Publizistik beimißt, kommentiert WK mit den Worten: "... kann das zu keinem guten Ende führen. Besonders dann

1) WK Nr.16, "Das dritte Reich der Front", S.2, Sp.3

2) WK Nr.18, "Ei wer tommt denn da?", S.10/11

nicht, wenn die Tageszeitungen alles, was von der Jugend kommt, mit dem Mantel einer fast ehrfürchtigen Liebe umgeben ... Es ist die Pflicht der Älteren, hier regulierend einzugreifen..."¹⁾).

(In dieser Feststellung wird gleichzeitig ein überzeitlich gültiges, allgemeines publizistisches Grundübel freigelegt, welches auch das Bild der damaligen Zeitungen beherrschte: Institutionen und Organisationen, die besonders lautstark und radikal auftreten, kommen in der Presse besser zum Zuge als andere - gleichviel, ob ihr Anliegen für die Gesamtgesellschaft nun wichtig ist oder nicht.)

Dr. Beuther, der viele Fragen, die "seriös" bereits behandelt worden waren, noch zum Anlaß eines schrullig-gescheiten Kommentars nahm, widmete sich ebenfalls der HJ und ihren Zeitungen: "...Ich wünsche diesen 'Pimpfen' nur mal den 'Krieg im Anzug'." (Diese doppeldeutige Anspielung bezieht sich auf einen früheren Artikel über die Leuseplage im Krieg; d.V.) "Daß es hier und da und dorten immer kribbel-krabbel macht ... Einmal sah ich sogar solche Pimpfe mit ihrem kleinen Dolch auf der Straße Gladiatoren-Kämpfe ausfechten ... Dem Säugling nimmt man das offene Rasiermesser leise aus der Hand. Sind da nicht eigene Zeitungen und Zeitschriften ein zweischneidiges Schwert ? ..."²⁾ Darauf, daß man in der HJ und ihrer "Erziehungsmethoden" nicht nur eine allgemeine Gefahr für die Jugend, sondern auch speziell eine Quelle der Militarisierung des deutschen Volkes sah und monierte, ist in dem Kapitel D.c. bereits hingewiesen worden³⁾).

Es versteht sich von selbst, daß das spezielle "Be-troffensein" der ehemaligen Kriegsfreiwilligen in verschiedenen Zusammenhang immer wieder betont wird. Diese Äußerungen haben alle den gleichen Grundtenor, der etwa lautet: "Unsere Generation ist schließlich auch noch ein Faktor im

1) WK Nr.18, "Ei wer tomt denn da ?" S.10/11

2) WK Nr.19, "Was sagt Beuther ?", S.13, Sp.2

3) siehe Seite 66 ff.

Staat!" Im übrigen schwankt die Tendenz zwischen Resignation ("... Auch der Jugend hätten wir manches zu sagen, aber sie will uns nicht hören. Für sie sind wir die Veteranen und Invaliden, und daß wir ihr etwas zu geben haben, müssen wir zuvor durch unsere Leistung beweisen..."¹⁾ und Behauptungswillen: "... Man hatte nicht den Eindruck, Leute vor sich zu haben, die, wie es die heutige Jugend manchmal behauptet, bald reif zum Absterben und bald verkalkt sind ... Wie die Zahl der Philister unter uns klein ist, so ist es auch die Zahl der 130-Prozentigen..."²⁾. "... Nichts kann aber einen tatsächlichen Kämpfer mehr abstoßen als die Methode, durch Verunglimpfung der Väter die eigene Jugend zu verherrlichen..."³⁾.

Es braucht nicht betont zu werden, daß derartige Mißfallenskundgebungen gerade über die HJ große Zustimmung, auch in Leserbriefen, fanden. Darüber hinaus deuten die Vielzahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema, die oft in Nebensätzen enthaltenen zahlreichen Anspielungen und der zuweilen stark verärgerte Ton der Stellungnahmen daraufhin, daß Benehmen und Auftreten der Hitler-Jugend gerade in der ersten Zeit des NS-Regimes dieser Organisation einen "bevorzugten" Platz im gesellschaftlichen Zeitgespräch verschafft hatte.

D. e. Kirchen- und Kulturpolitik

Die Einflußnahme des totalen Staates auf die verschiedenen Lebensbereiche war (der "Aktualität" bzw. Nicht-Aktualität der dadurch aufgeworfenen Probleme entsprechend) zunächst von sehr unterschiedlicher Wirkung auf das gesellschaftliche Zeitgespräch und dessen Darstellung. Die umstürzende Bedeutung bestimmter Ereignisse drängte andere

1) WK Nr.17, "Die Kriegsfreiwilligen-Bewegung", S.4, Sp.1

2) WK Nr.22, "Zu unserer Rheinfahrt", S.14, Sp.3

3) WK Nr.21, "Jugend und Frontsoldaten" (aus Kreuzzeitung) S.5 Sp.1/2

Dinge naturgemäß in den Hintergrund. Hinzu kommt, daß manche Sachgebiete von den Nationalsozialisten zunächst vernachlässigt und dafür dann später umso gründlicher "erfaßt" wurden. Da die tatsächliche Regierungspolitik nach der Machtergreifung keineswegs in jeder Einzelheit mit dem übereinstimmte, was vorher in hochtönenden Worten angekündigt oder angedroht worden war, blieb es zum Beispiel auch für viele Geistliche zunächst undurchsichtig, welche Kirchen- und Kulturpolitik die neuen Machthaber nun einschlagen würden (zumal sie sich sehr um einen schnellen Abschluß des Reichskonkordats mit dem Vatikan bemüht hatten). Hierin liegt zweifellos die Erklärung dafür, daß in WK bei der Behandlung der Kirchenfragen das Pro und Contra weniger plastisch herausgearbeitet wird als bei den Gebieten, auf denen man selbst "kompetenter" war und die Äußerungen der Gesprächsteilnehmer besser rubrizieren und interpretieren konnte.

Das gleiche gilt mit gewissen Modifizierungen für die übrigen kulturellen Fragen wie die Gestaltung des Schul- und Erziehungswesens.

Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Darstellung der allgemeinen Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs nicht besser (d.h. nicht umfassender, nicht übersichtlicher) sein konnte als dies vom geistig-politischen "Standort" der Kriegsfreiwilligen glaubhaft erschien und in ihrer Sprache auszudrücken war. Demjenigen, der sich in der Anfangszeit der NS-Herrschaft mit kulturpolitischen Dingen befaßte und zu einem Urteil gelangen wollte, dem blieb es selbst überlassen, welche symptomatische Bedeutung er diesem oder jenem Einzelereignis beimessen wollte. Es entsprach nur zu sehr den immanenten Gesetzen eines sich totalitär gebenden Staates, daß auch in dieser Hinsicht mit tiefgreifenden Änderungen zu rechnen war. Aber das Wie? und Wieweit? blieb doch relativ lange im Dunkeln. Hierzu trug nicht unerheblich die Tatsache bei, daß die National-

sozialisten gerade auf diesem Gebiet besonders stark (und auch erfolgreich) bemüht waren, ihre wirklichen Absichten zu verschleiern. Das Mittel hierzu war nicht selten die Phrase aus dem Mund eines Prominenten. So sagte Rudolf Heß am 13.10.1933 den Satz, der fast aus dem Katalog der Grundrechte einer demokratischen Verfassung hätte entnommen sein können: "... Der Glaube ist eines jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat. Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden"¹⁾. Wenn man diese Veröffentlichung von WK, die in einem für uns uninteressanten Zusammenhang erfolgt, mit einem Ereignis in der evangelischen Kirche in Verbindung bringt, wird schlaglichtartig klar, welche eminent politische Bedeutung das zur richtigen Zeit rekapitulierte Zitat aus der Rede eines Prominenten in einem Diktaturstaat haben kann. Kurz vorher hatte nämlich eine Neuwahl in der Spitze der deutschen evangelischen Kirche stattgefunden; der bisherige Landesbischof Müller, ein Mann der NS-freundlichen "Deutschen Christen", war von der Nationalsynode in Wittenberg zum Reichsbischof gewählt worden²⁾, nachdem Reichsbischof von Bodelschwingh (ein Gegner der NSDAP.) das gleiche Amt erst wenige Monate zuvor angetreten hatte³⁾. Im gleichen Zusammenhang muß die Meldung gesehen werden, derzufolge der Pfarrer Niemöller, "einer der Führer des Pfarrer-Notbundes", im Frühjahr 1934 in den Ruhestand versetzt worden ist⁴⁾. Bei der Wiedergabe dieser Nachricht versteht es WK anzudeuten, daß hier nicht nur ein bekannter Geistlicher, sondern auch ein hervorragender Soldat des ersten Weltkrieges das Opfer der nationalsozialistischen Unduldsamkeit geworden war. In der Meldung heißt es nach Mitteilung des Tatbestandes der Ablösung: "Pfarrer Niemöller war im Kriege einer der kühnsten U-Bootkommandanten, der mit dem Pour le merite ausgezeichnet wurde."

1) WK Nr.9, S.1, Sp.1

2) Meldung in "Freisinger Nachrichten" vom 29.9.1933

3) Die Amtseinführung wurde von den "Münchner Neuesten Nachrichten" am 29.5.33 gemeldet.

4) WK Nr.16, "In den Ruhestand versetzt", S.11 Sp.3

An dieser Stelle sei eine allgemeine Bemerkung gestattet: Gerade wenn es sich wie hier um ein Thema handelt, das von keiner Seite voll beim richtigen Namen genannt wurde, ist ein Nachzeichnen der Zusammenhänge zwischen Ereignis und Veröffentlichung, zwischen Nachricht und Gegennachricht außerordentlich schwierig. Das gesellschaftliche Zeitgespräch in einer Diktatur reagiert auf viele schriftlich nicht fixierte Mitteilungen - wie zum Beispiel Gerüchte -, und seine Darstellung ist ein mit großer Virtuosität beherrschtes Schachspiel, bei dem in vielen Fällen später nicht mehr zu erkennen ist, aus welchem Grunde dieser oder jener Zug getan wurde. Der Redakteur ist ja unter solchen Umständen geradezu darauf angewiesen, auf subtile Regungen des gesellschaftlichen Bewußtseins - sofern sie nicht im Sinne des Regimes sind - zu reagieren.

Daß, soweit sich die Fronten wie im Falle Niemöller bereits klar erkennbar abzeichneten, Schocknecht die Widerstand leistenden Kräfte der Kirche in seinen Spalten zum Zuge kommen zu lassen versuchte, wird noch in weiteren Fällen deutlich. In einem ausführlich zitierten Leserbrief sagt ein neu als Leser gewonnener Pastor, der offenbar der Bekennenden Kirche nahestand: "... Kamerad D... brachte mir gestern alle erschienenen Nummern unserer Zeitschrift. Habe sie heute alle gelesen ... Ich weiß, daß mir dieser Tag mehr Kraft gegeben hat als vier Wochen Urlaub im besten Bad... Ich bin kein 'deutscher Christ', weil mir alles politische Pastorentum ein Greuel ist, und einige Feldpredigten sind mir noch in unangenehmer Erinnerung ... Ich halte es mit dem alten Christentum"¹⁾.

Die Aufgabe des Journalisten am Beginn der NS-Herrschaft mußte auch darin bestehen, das Zeitgespräch daraufhin "abzuhorchen", ob sich der von manchen Kreisen erwartete Kirchenkampf irgendwo abzuzeichnen begänne. Da Verhaftungen von Geistlichen natürlich stets mit der Unbotmäßigkeit Ein-

1) WK Nr.23, "Unser neuer Ersatz", S.8

zelner gegen die weltliche Obrigkeit erklärt wurden, der Staat im übrigen aber jeden Verdacht einer kirchenfeindlichen Gesamthaltung mit allen Mitteln von sich abzuweisen versuchte, mußten die Ansatzpunkte für einen etwa beginnenden Kirchenkampf in der nationalsozialistischen Presse und in bestimmten radikal-weltanschaulichen Vereinigungen gesucht werden. In Verfolg dieser Aufgabe unterrichtete WK seine Leser zum Beispiel über den scharfen Angriff der Zeitschrift "Deutsche Wochenschau" gegen die Geistlichkeit, der in der Prophezeiung gipfelt: "Kurzum, man darf getrost annehmen, daß der nunmehrige Dolchstoß nicht wieder rot, sondern diesmal schwarz aussieht"¹⁾. Ferner wird ein Bericht über eine Zusammenkunft der Gesellschaft für germanische Urgeschichte gebracht²⁾, in dem es unter anderem heißt: "Überblickt man die Tagung als Ganzes, so läßt sich nicht bestreiten, daß sie ein zentraler Angriff gegen das Christentum beider Konfessionen war. In der Gesellschaft für germanische Ur- und Vorgeschichte sammelt sich langsam ... der rechte Flügel deutscher Weltanschauungsparteien ... Die Krise innerhalb der protestantischen Kirche hat gezeigt, daß ein Kompromiß zwischen Christentum und rassistischer deutscher Weltanschauung sich auf die Dauer nicht schließen läßt..."

Wenn auch die "Deutsche Glaubensbewegung" des Grafen Reventlow mit ihrer Zeitschrift "Reichswart" gelegentlich in WK zitiert wird (mit ihrer Forderung: "Gleichberechtigung für Nichtchristen!"), so ist dabei zu berücksichtigen, daß ein Redakteur im Jahre 1933/34 natürlich nicht übersehen konnte, welche Art von weltanschaulicher "Bewegung" die Nationalsozialisten schließlich als Form und Träger ihrer eigenen antichristlichen Bestrebungen wählen würden. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Zeit, daß der "Reichswart" sich dabei gegen die von den "Deutschen Christen" ausgehenden "Vergewaltigungen und Drangsalierungen der deut-

1) WK Nr.14, "Ein schwarzer Dolchstoß", S.10, Sp.2,
Zitat aus "Deutsche Wochenschau" vom 28.1.1934

2) WK Nr.14, "Christlicher oder germanischer Glaube?"
S.10 Sp.3

schen Nichtchristen" wendet¹⁾. Daß man in der Redaktion von WK auch der "endgültigen" Programmatik der NSDAP. auf weltanschaulichem Gebiet Beachtung schenkte, zeigt unter anderem die Mitteilung darüber, daß Rosenbergs "Mythos" auf den vatikanischen Index gesetzt worden sei²⁾. Die verschlungenen Pfade, die die Staatspublizistik gelegentlich einschlug (wenn die NS-Führung die Reaktion einer fremden Macht auf ihre eigenen Absichten als besonders "ungerecht" empfand, wählte sie zuweilen den Weg der offiziellen Auseinandersetzung), ermöglichte Schoknecht, diese Nachricht aus einer besonders sicheren Quelle zu übernehmen: er zitierte den "Völkischen Beobachter".-

Das Bildungswesen im Dritten Reich befand sich 1933/34 in einem ähnlichen Zwischenzustand, wie er sich nach 1945 in der Ostzone noch einmal wiederholte. Einerseits hatten personelle Eingriffe und die Errichtung sachlicher Tabus eine Verengung des Horizonts zur Folge, andererseits entstanden zur Untermauerung der "Umschulung" des Volkes und aus den Bedürfnissen der frisch nach oben gekommenen Funktionärsschicht neue, laut propagierte Bildungsvorhaben. (Zum Teil natürlich mit extrem-politischer Ausrichtung wie etwa in den parteiamtlichen "Schulungsbriefen".) Das Unterrichtsfach, das dabei als erstes und in starkem Maße (wie ebenfalls nach 1945 in Mitteldeutschland) vergewaltigt wurde, war die Geschichte. Hier, wo es um die historische "Rechtfertigung" der NS-Weltanschauung ging, gab es keine Objektivität. Während die Mehrzahl der deutschen Zeitungen den nationalen Phrasendrusch mehr oder minder eifrig mitmachte (oder aber in Schul- und Erziehungsfragen Zurückhaltung bzw. Uninteressiertheit zeigte), lesen wir in WK Betrachtungen wie diese: "... Wer die neue Literatur und manche mündliche Äußerung verfolgt, die sich in irgendeiner Form mit der Darstellung der Geschichte von ^{vor} 1933 beschäftigt,

1) Mitgeteilt in WK Nr.15, "Deutsche Glaubensbewegung", S.9, Sp.2/3

2) WK Nr.15, "Der Index im 20. Jahrhundert", S.9, Sp.1/2

kommt ... leicht zu dem Urteil, als ob rund 2000 Jahre lang sozusagen Niederbruch am laufenden Bande geherrscht habe. Daß das unwahr ist, braucht dem Geschichtskundigen nicht bewiesen zu werden: daß eine solche Methode aber auch gefährlich sein kann, darüber scheinen sich die Verfasser keinen Gedanken gemacht zu haben..."¹⁾ Die Einzelbeispiele dafür, in welcher Weise die NS-Publizistik sich der Geschichtsschreibung "annahm", würden im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen. Aber es darf nicht übersehen werden, daß manche "Umdeutungen" (insbesondere soweit sie zum unverdauten Weltkriegs-Komplex gehörten und bestimmten nationalen Wunschvorstellungen entgegenkamen) in weiten Bevölkerungskreisen auf fruchtbaren Boden fielen. Hierzu gehörte in erster Linie alles das, was mit der deutschen Niederlage von 1918 in Verbindung steht. Neben der Dolchstoß-Legende war es ein besonders beliebtes Thema derart "nationaler Geschichtsdeutung", den Umschwung an der Marne im September 1914 auf die verschiedenste Weise zu mystifizieren. Gerade weil die Zeitschrift WK sich äußerlich dem nationalen Kriegsfreiwilligentum von 1914/18 verschrieben hatte, ist es ihr besonders hoch anzurechnen, daß sie derartigen Geschichtsklitterungen nicht folgte. Das Thema "Dolchstoß" wird in eigenen Aufsätzen tunlichst umgangen - es galt damals ja fast als strafwürdig, wenn man die Ereignisse vom Herbst 1918 schlicht als militärische Niederlage des Reiches bezeichnete -, und über den Rückzug an der Marne finden wir folgenden Hinweis darauf, daß Schoknecht sich selbst hierbei bemühte, absolut auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und keiner noch so populären Zeitströmung nachzugeben: "... Wenn man etwa, um ein neues Beispiel 120-prozentiger Geschichtsforschung zu nennen, erzählt, daß die Marne verloren ging, weil Hentsch Freimaurer hohen Grades war..."²⁾.

1) WK Nr.13, "Junge Generation und wir", S.3, Sp.1

2) WK Nr.33, "Zivil-Courage", S.1, Sp.1/2.

Anmerkung des Verfassers: Oberstleutnant Hentsch war ein Generalstabsoffizier, auf dessen Lagebeurteilung der Entschluß zum Rückzug an der Marne 1914 beruhte.

Ein anderes "heißes Eisen" für den Chronisten jener Tage war der plötzlich zu hohen Ehren gekommene Germanenkult. Er stieß im Volk auf einen weniger fruchtbaren Boden als die Legendenbildung um den ersten Weltkrieg, wurde da- für aber von der Staatsführung - insbesondere von dem Kreis um "Reichsleiter" Rosenberg - stark forciert. Dieser, der zeitweilig die Stellung eines - wie man heute sagen würde - "Chefideologen" der Partei einnahm, stand mit seinen Bemühungen um die Schaffung einer neuen Staatsreligion und Geschichtsauffassung natürlich im (scheinbaren) Gegensatz zu der nach außen hin konzilianten Haltung, die die NS-Regierung in manchen Kirchenfragen einnahm. Dies gab vielen Zeitungen Gelegenheit, den krassesten Unsinn einfach zu übersehen. Aber wenn man die antichristliche Haltung der Nationalsozialisten geflissentlich ignorierte, so blieb immer noch der "Germanophilismus", der in die Geschichtsbücher seinen Einzug hielt und mit dem man sich befassen mußte. (Daß beides, Germanophilismus und Feindschaft gegen das Christentum, voneinander nicht zu trennen waren, blieb letztlich der Feststellung in ausländischen Publikationen vorbehalten.) Werner Schoknecht versucht seiner journalistischen Aufgabe auf diesem Gebiet mit Hilfe der Ironie oder aber des nackten Zitats gerecht zu werden. Wir erfahren zum Beispiel von einer Broschüre, nach deren Inhalt das Paradies in Pommern gelegen und man dort Juden als Haustiere gehalten haben soll¹⁾ (Schoknechts Kommentar: "Man sollte den Verfasser ... rasch in eine geschlossene Anstalt bringen") und von einer interessanten Rede Rosenbergs, mit deren Hilfe WK den Lesern gleichsam in Spiegelschrift einen Einblick in die wirkliche Situation auf diesem Gebiete vermittelt²⁾. Rosenberg hatte sich in dieser Rede gegen die Außerungen eines Kirchenfürsten zur nationalsozialistischen Geschichtsauffassung gewandt und besonders darüber empört, daß man das germanische mit dem russischen Heidentum ver-

1) WK Nr.16, "Paradies in Pommern", S.5 Sp.2/3

2) WK Nr.15, "Alfred Rosenberg", S.9, Sp.2

gleiche: "... Wir finden es nicht tragbar, wenn die Führer des neuen Deutschland als 'kriegslustige Altgermanen' hingestellt werden, womit gleichsam die Denunziationen aus dem Ausland von hoher kirchlicher Seite unterstrichen werden."

In das vielschichtige Gebiet der nationalsozialistischen Kulturpolitik gehören auch die großen Veranstaltungswellen, die seit 1933 über das Land gingen und in denen das Volk nach dem Willen der soeben zu Amt und Würden gekommenen kleinen und mittleren Funktionäre "gebildet" werden sollte. Diese Kultur- und Vortrags-Abende stellten in den Augen vieler biederer Provinzbewohner, die keineswegs Gegner des Nationalsozialismus zu sein brauchten, einfach eine Belästigung dar. Gegen diesen "Totentanz des Bildungswahns" richtet sich eine Stellungnahme, die Schoknecht in Nr.17 seines Blattes bringt: "Dahinter stehen alle die kleinen Gernegroße und großen Wichtigmacher, deren Ziel doch nur ist, möglichst viele Volksgenossen unter ihren Oberbefehl zu stellen und ihnen die Zeit abzustehlen. Da sie nichts anderes zu bieten haben, setzen sie ihre Lungen in Bewegung gegen den dreimal verfluchten Liberalismus. Aber siehe da: die Anmeldungen tröpfeln verzweifelt daher, und die Säle gähnen vor Leere... Dann kommen die diktatorischen Befehle, die schrecklichen Androhungen und die kleinen Schikanen... In jedem Haushalt ist der Papierkorb zum unentbehrlichen Ausrüstungsgegenstand geworden..."¹⁾.

D. f. Biologismus und Rassismus

Zu den unerwarteten Überraschungen für weite Kreise des deutschen Bürgertums gehörte die nationalsozialistische Familien- und Rassenpolitik, die in Verfolg der erb-

1) WK, "Auch Berufsarbeit ist Dienst am Volke",
(aus "Volk im Werden") Nr.17, S.12, Sp.1/2

biologischen Zielsetzungen der Partei zur "Aufnordung" des deutschen Menschen 1933 einsetzte. Die Freizügigkeit, die dabei von den radikalen Vertretern der NS-Rassenlehre gefordert wurde und die praktisch einen Umsturz des deutschen Ehe- und Familienrechtes herbeiführen mußte, stand in einem auffallenden Gegensatz zur sonstigen moralinge-tränkten "Sittsamkeit"¹⁾ des NS-Regimes. Eine Politik also, die schon durch ihre inneren Widersprüche - von ihren in die intimste Sphäre des Einzelnen eingreifenden Zielsetzungen ganz abgesehen - zu einer heftigen Diskussion herausfordern mußte. Wo blieben die Kommentare, die daran Anstoß nahmen, wenn ein Parteifunktionär "zum Abschluß eines bevölkerungspolitischen Kurses in munterem Scherz unsere Töchter darauf aufmerksam macht, daß man zum Kinderkriegen nicht notwendig verheiratet sein müsse und sie sollten sich einmal diese Reihe kräftiger SA-Männer ansehen ..." ²⁾? Es gab nur einzelne Stimmen wie diese in WK., welche die NS-Bestrebungen ohne die sonst übliche Bemäntelung durch einen Schwall von Phrasen zur Sprache brachten. Die weitaus größte Zahl der gleichgeschalteten Blätter jedoch übernahm die schwülstigen und verlogenen Nachrichten, die von den verschiedenen hierfür "zuständigen" Ämtern herausgegeben wurden. So kann man sich beispielsweise kaum den oberbayrischen Bauern vorstellen, der seinen Dorfarzt nunmehr plötzlich in der Funktion eines "Volkszucht- und Gesundheitswartes" sehen will. Genau dies behauptet jedoch eine Meldung (die auch durch andere Zeitungen ging) im "Freisinger Tagblatt"³⁾. In diesem Fall ist ein korrekter Vergleich möglich: In WK wird der gleiche Tatbestand mitgeteilt, hier jedoch als "Anregung aus dem Reichsnährstand"-

1) z.B. Schließung von bestimmten Nachtlokalen und Verbot pornographischer Literatur

2) WK Nr. 33, "Zivil-Courage", S. 1, Sp. 1/2

3) "Freisinger Tagblatt" 12.10.1934: "Der Bauer wünscht Dorfärzte als Volkszucht- und Gesundheitswarte."

also der mit NS-Funktionären besetzten neuen Standesvertretung zur Gleichschaltung der Bauernschaft - bezeichnet¹⁾. Mit der Umstellung eines einzigen Wortes wurde der Wahrheit die Ehre gegeben und damit der richtige "Absender" dieses Beitrages zum gesellschaftlichen Zeitgespräch genannt. Hiermit wird zugleich eine von der Staatspublizistik oft angewandte Taktik aufgedeckt: Sie läßt beabsichtigte Neuerungen durch die davon Betroffenen "fordern". (Eine vervielfachte Neuauflage hiervon haben wir in den letzten Jahren in Gestalt der sorgsam vorbereiteten Resolutionswellen in der Ostzone erlebt, denen die Staatsführung dann jeweils "nachgab".) Diese Methode allein schon, die bei virtuoser Handhabung viele Nuancen zwischen Wahrheit und Verfälschung eines Gruppenwillens ergeben kann, erschwert dem Journalisten seine Aufgabe außerordentlich. Der Herausgeber der Kriegsfreiwilligen-Zeitschrift entzog sich dem Dilemma normalerweise dadurch, daß er - wenn der Grad der Verfälschung durch die Staatspublizistik nicht nachzuprüfen war - den Tatbestand mit genauer Quellenangabe in seine Rubrik "Aus Zeitungen und Zeitschriften" aufnahm.

Ein spezifisches "Gruppeninteresse" der Kriegsfreiwilligen war bei dem nun zu behandelnden Themenkreis "Sitte und Moral" kaum vorzuschützen - es sei denn (auf einer weniger ernstgemeinten Basis) vom Sprachlich-Pikanten her. Das heißt, Schoknacht brachte in Beiträge, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, gerne einen Schuß von jenem "Soldatenhumor" hinein, der sich bis zum Überdruß mit dem sogenannten "Thema 1" befaßt. Die Möglichkeiten hierzu boten sich natürlich am besten bei Überspitzungen wie etwa in Gestalt dieser Anzeige: "Mein Führer wünscht, daß ich mich verheirate. Aus diesem Grunde suche ich ein junges, evangelisches Mädchen, rein arischer Abstammung, blond, vollschlank und reich"²⁾. Wirkungsvoller als durch die Weiterverbreitung

1) WK Nr.31, "Dorfärzte als Volkszuchtwarte", S.12, Sp.2

2) WK Nr.32, "Überflüssig, etwas hinzuzufügen", S.11, Sp.3
(Aus "Deutsche Zeitung")

eines solchen Inserates konnte man die nationalsozialistische "Bevölkerungspolitik" kaum lächerlich machen. Besonders gern zitierte die Redaktion von WK natürlich auch hierbei solche Äußerungen, in denen die Auswüchse von einem Funktionär des "Rassenpolitischen Amtes" der NSDAP selbst mitgeteilt wurden. So im Falle eines Dr. Bartels, der berichtet hatte, zu ihm sei eine junge Frau gekommen, die gebeten hätte, sterilisiert zu werden, weil sie ostisch "überlagert" wäre¹⁾.

Dem Leser mußte es nach Lage der Dinge überlassen bleiben, festzustellen, daß der geistige Defekt der bedauernswerten Frau nie ohne die planmäßige Propagierung des Rassenwahnsinns entstanden wäre. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß der überwiegende Teil des deutschen Volkes sich 1933/34 seine Ehepartner nicht unter dem Gesichtspunkt der rassischen Merkmale aussuchte und in diesen Fragen noch mit der Sprache des gesunden Menschenverstandes ansprechbar war. Mit anderen Worten: die Darstellungsart von WK genügte hier vollkommen, um auf die verheerenden Folgen der nationalsozialistischen "Aufklärungstätigkeit" auf diesem Gebiet hinzuweisen. Ob diese abschreckende Wirkung bei einigen anderen Zitaten auch noch eintrat, erscheint allerdings zweifelhaft. Gemeint sind Äußerungen wie die eines Professors Bergmann²⁾, der (von sich aus durchaus ernsthaft gemeint) erklärt hatte: "Zur Begattung der vorhandenen Frauen und Mädchen finden sich willige und fleißige Männer genug, und glücklicherweise genügt ein flotter Bursch für zehn bis zwanzig Mädchen, die den Willen zum Kinde noch nicht ertötet haben, bestände nur nicht der naturwidrige Kulturunsinn der Einehe." Hier, so fürchtet der Verfasser, schlug die Wirkung ins Gegenteil um: der Einzelfall der Überspitzung wurde nicht als Hinweis auf einen durch die NSDAP hervorgerufenen allgemeinen Übelstand empfunden, sondern die Über-

1) WK Nr. 32, "Gegen Auswüchse des Rassegedankens", S. 11 Sp. 3

2) WK Nr. 29, "Die fleißigen Männer", S. 10 Sp. 3

treibung war hier so stark, daß die Kritik des Lesers sich gegen die Zeitung wandte, "die solchen Unsinn berichtet".-

Sehr schwierig wurde für den Journalisten naturgemäß die Darstellung der brutalen Folgen des nationalsozialistischen Volkszucht- und Rassenstandpunktes: der beginnenden Judenverfolgungen und der Durchführung des Sterilisationsgesetzes. Hier reichte die Vorstellungskraft des Lesers von 1933/34 einfach nicht aus, um sich die spätere "Endlösung der Judenfrage" auszumalen, wenn sie ihm in diesen Jahren jemand prophezeit hätte. Außerdem war bei der Behandlung dieses Themas ein in weiten Kreisen vorhandener zumindest gemäßigter Antisemitismus in Rechnung zu stellen.

(Von der persönlichen Gefahr, in die sich der Journalist begab, ganz abgesehen.) Es war also nur auf dem Umweg über den "Völkischen Beobachter" möglich, ein Zitat wie das folgende aus dem "Popolo di Roma" zu übernehmen (das in einer oppositionellen Zeitschrift natürlich ganz anders wirken mußte als im parteiamtlichen "Völkischen Beobachter" ¹⁾): "Der Nazismus hat den Antisemitismus entfesselt, hat eine antichristliche Bewegung begonnen, hat einen neuen und lächerlichen Kult ausgedacht, hat schließlich sogar den Mythos der arischen Rasse erfunden. Und im Namen einer jeden dieser Dummheiten hat er verprügelt, verwundet, getötet. Die Juden wurden verfolgt, weil sie Juden sind, die Katholiken, weil sie Katholiken sind ... weiß der 'Völkische Beobachter', was die Nazi sind? Mörder und Päderasten, nur das und nichts anderes."

Auch hierzu ist ein Vergleich interessant. Gauleiter Streicher, wohl der berüchtigtste Judenhasser des Dritten Reiches, hatte kurze Zeit vorher gegenüber ausländischen Journalisten "mit allem Nachdruck" erklärt, es sei kein einziger Jude ermordet und auch kein Marxist getötet worden. "Wir glauben auch gar nicht daran, daß die Judenfrage damit gelöst wird, daß man die Juden totschießt" ²⁾

1) WK Nr.26, "O, Freunde, nicht diese Töne", S.14, Sp.1/2

2) Lt. "Freisinger Tagblatt" vom 17.5.1934

Um seine Opposition gegen das Sterilisationsgesetz - eine der ersten Kodifikationen zur nationalsozialistischen Rassenpolitik - anzudeuten, benutzte WK die Wiedergabe einer Kontroverse zwischen dem Freiburger Erzbischof und den Regierungsbehörden. Nachdem der Erlaß des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" im Sommer 1933 ¹⁾ bekanntgeworden war, erklärte der Kirchenfürst einige Zeit darauf ²⁾, er müsse die Gläubigen darauf aufmerksam machen, daß es einem Katholiken nicht erlaubt sei, die Sterilisierung für seine eigene Person oder für einen anderen Menschen zu beantragen...

Unmittelbar im Anschluß hieran wird die offizielle Antwort der Reichsregierung über das Deutsche Nachrichtenbüro wiedergegeben, die in der Feststellung gipfelt, es handele sich "lediglich um eine lehrmäßige Stellungnahme der katholischen Kirche, die den Staat nicht hindern wird, das von ihm für notwendig erkannte Gesetz in vollem Umfange auszuführen." Kundgebungen, die einer Aufforderung zum Ungehorsam gleichkommen, werde man unterbinden... ³⁾.

Bei dem gesamten Komplex der Rassengesetzgebung und ihrer weittragenden Folgen für den Einzelnen ist zu berücksichtigen, daß diese Fragen in ihrer jetzigen Bedeutsamkeit ja erst durch die Machtübernahme Hitlers zur Debatte gestellt wurden. Das heißt, die Regie des Propagandaministeriums sorgte dafür, daß eine öffentliche Debatte gar nicht erst aufkam. Die gleichgeschalteten Zeitungen brachten übergangslos - ohne daß eine öffentliche Auseinandersetzung, ein Abwägen von Pro und Contra stattgefunden hätte - plötzlich den neuen offiziellen Standpunkt zur Geltung. Bei dieser Thematik zeigt sich besonders kraß (weil es sich um Dinge handelte, die den meisten Menschen vorher gar nicht in den Sinn gekommen wären), wie hilflos der Einzelne einer Sache gegenübersteht, wenn nicht eine freie

1) Lt. "Münchner Neueste Nachrichten" v.26.7.1933

2) WK Nr.14, "Katholische Kirche und Sterilisationsgesetz", S.10, Sp.3

3) WK Nr.14, "Kath.Kirche und Sterilisationsgesetz", S.10, Sp.3

Darstellung aller Argumente und Gegenargumente ihm die Orientierung erleichtert. Wer hatte schon früher über Rassenfragen unter weltanschaulichem Aspekt nachgedacht ? In diese Lücke stieß nun ab 1933 die nationalsozialistische Staatspublizistik, welche die rassistischen "Anliegen" der NSDAP. von vornherein mit der größten Selbstverständlichkeit verfocht - so, als handele es sich um ein Problem, das jedem einzelnen "Volksgenossen" mindestens ebenso stark unter den Nägeln brennen würde wie etwa die Arbeitslosigkeit. Was bisher die Ansicht einiger extrem rechtsstehender Parteipolitiker (außer den der NSDAP. etwa der "Völkischen") und ihrer Publikationsorgane gewesen war, sollte nun zur offiziellen Politik der Reichsregierung werden ? Hier hätte in einem freien Lande der Chor unabhängiger Zeitungen und Zeitschriften mit einem retardierenden "Moment mal !" eingesetzt und zunächst eine Grundsatzdebatte darüber begonnen, ob die geplanten Maßnahmen denn überhaupt notwendig seien.

Diesen Unterschied muß man sich vergegenwärtigen, um zu verstehen, wie das deutsche Volk durch einen publizistischen Trick in die ganze Problematik der Rassenpolitik (und in eine Reihe anderer Dinge ebenfalls) "hineingestoßen" worden ist. Diese geistige Lücke - nämlich das Überzeugtwerden oder Nicht-Überzeugtwerden durch die fehlende Grundsatzdebatte - konnte durch Einzelgänger wie WK (die noch dazu vorsichtig sein mußten) nicht ausgefüllt werden. Die hier genannten und eine Reihe ähnlicher Veröffentlichungen waren allenfalls geeignet, die inneren Vorbehalte gegen eine "an sich" verdächtige Sache (die von der Regierung freilich mit größter Selbstverständlichkeit gehandhabt wurde) wachzuhalten und eventuell zu stärken. Aber im ganzen gesehen, blieben es doch nur einzelne Nadelstiche,

wenn beispielsweise die Suspendierung von zwei Oberschul-Lehrkräften gemeldet wird, weil sie mit Rücksicht auf die Gefühle der jüdischen Mitschüler einer Schülerin die Deklamation eines Gedichtes von Dietrich Eckart untersagt hatten¹⁾. Ebenso, wenn der Ahnenkult bei passender Gelegenheit bewitzelt und persifliert wurde²⁾.

Andererseits lag es in der Tendenz des bereits erwähnten "Soldatenhumors", wenn sich WK jedweder Bestrebung "gegen das Muckertum" sofort anschloß. ("Aus der letzten Zeit lägen neue Meldungen vor, daß auch SA-, SS-Führer und-Männer sich öffentlich zu Moralrichtern aufgeworfen und weibliche Personen in Badeanstalten, Gaststätten oder auf der Straße belästigt hätten"³⁾). Die moralinsaurer altjüngferliche Sittsamkeit, von der manche Verordnungen besonders in der ersten Zeit der NS-Herrschaft triefen, war in der "Bewegung" selbst nicht überall beliebt, und es handelte sich überhaupt um ein Gebiet, über dessen Einzelfragen man "mit sich reden ließ". Von diesem Randproblem (das nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden sollte) abgesehen, ist es offenkundig, daß WK für den ganzen Bereich der Rassen- und Familienpolitik nicht in gleichem Maße "kompetent" war wie in anderen Fragen. Der betonte Wille der Redaktion, auch zu diesen heiklen und folgensweren Problemen die Gegenstimmen zu Wort kommen zu lassen, wird aus unseren Zitaten und aus weiteren Veröffentlichungen evident. So, wie die Zeitschrift einmal angelegt war, mußte der Erfolg hier geringer sein als in den dem Militärischen näher verwandten Bereichen.

1) WK Nr.16, "Suspendierung von Lehrpersonen", S.11, Sp.2/3

2) WK Nr.33, "Ein ausgeruhter Kopf", S.9
Nr.33, "Witze mit Bart", S.10

3) WK Nr.6, "Bravo! Stabschef Röhm", S.11, Sp.1/3
sowie Nr.9, "Kameradschaftshäuser" (S.10),
u.a.Veröffentlichungen

D. g. "Ausrichtung" des Rechts und der Justiz

Das Interesse des gesamten Volkes an dem Komplex "Recht und Justiz" und an der Einrichtung der Konzentrationslager als Vollzugsform willkürlicher Parteijustiz braucht nicht betont zu werden. Die politischen Verhaftungen unmittelbar nach der Machtübernahme hatte man noch als vorbereiteten Rache- und Sicherungsakt gegenüber dem politischen Gegner hingenommen. ("Ist zwar ein Unrecht, aber es muß wohl sein", beruhigte man sich gern in den gemäßigt rechtsstehenden Kreisen.) Als aber die - wie die KZ-Haft schamhaft betitelt wurde - "Schutzhaft" den Charakter einer Dauereinrichtung annahm, als die Gerüchte über den Reichstagsbrand nicht verstummten und als auch Teile der staatlichen Justiz Symptome einer beginnenden Politisierung erkennen ließen, änderte sich die Situation von Grund auf. Hinzu kam, daß sich die Verhaftungen ja keineswegs auf KPD- oder SPD-Funktionäre beschränkten, sondern daß unliebsame Personen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens einschließlich zahlreicher Pfarrer beider Konfessionen "verschwanden" und daß man schließlich wegen einer unbedachten Äußerung ins KZ kommen konnte. Wenn Einzelheiten über die Vorgänge in den Konzentrationslagern auch weithin unbekannt gewesen sein mögen, so besteht doch kein Zweifel, daß das Wirken der politischen Polizei in den Jahren 1933/34 ein wichtiges Element des gesellschaftlichen Zeitgesprächs bildete. (Dem Verfasser ist in Erinnerung, daß sein Vater zumindest ab 1935 gelegentlich darüber sprach, was er gerüchteweise über die neuen "Vernehmungsmethoden" der Polizei gehört hatte.)-

Der Chronist, der sich überhaupt mit der Problematik des nicht mehr intakten Rechtsstaates und der Konzentrationslager befassen wollte, stieß nach Lage der Dinge auf außergewöhnlich große Schwierigkeiten: Er rührte an etwas, das von der Staatspublizistik entweder in dieser Form über-

haupt abgestritten oder doch bagatellisiert wurde. Wenn die Auslandspresse über die Mißhandlung der politischen Gegner in Deutschland berichtete, so waren das nach offizieller deutscher Lesart "Greuermeldungen" und "Lügenmärchen". Der deutsche Journalist, der Nachrichten hierüber veröffentlichte, mußte sich darüber klar sein, daß er nur Halb- und Viertelwahrheiten sagen konnte und daß er auch dann, wenn er auf Grund seiner Berichte schon selbst mit einem Bein im KZ stand, noch in gewisser Weise zur Bagatellisierung der Vorfälle beitrug. Mit einem Wort: die Größe des Unrechts, dessen sich die NS-Regierung schuldig machte, auch nur anzudeuten, war schlechthin unmöglich - auch für einen Mann, der so unbekümmert an seine Aufgabe heranging wie Werner Schoknecht. Es konnte sich auch im wesentlichen nur darum handeln, die Verhaftungen der "zweiten Phase", von der wir oben sprachen, an Hand von Einzelfällen zur Sprache zu bringen. Den in den KZ einsitzenden SPD- und KPD-Führern durch ausdrückliche Nennung des an ihnen geschehenen Unrechts helfen zu wollen, hätte nach damaliger Auffassung bedeutet, die Grundlage des "nationalen Staates" zu verlassen - was die sofortige eigene Verhaftung nach sich gezogen hätte. Diese Voraussetzungen sind zu beachten, wenn wir nachstehend verfolgen, in welcher Weise Werner Schoknecht dieses heikelste Thema in seine Darstellung der ihm zugänglichen Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs einzubauen versuchte. Er wandte dabei in verstärktem Maße die Technik an, sich selbst zu widersprechen. Das heißt, er stellte immer wieder fest, daß Deutschland ein Rechtsstaat sei - um genau diese Feststellung sehr bald dadurch zu widerlegen, daß er über neue politische (also unrechtmäßige) Verhaftungen berichtete.

Der Appell an die Rechtsstaatlichkeit beginnt bereits unmittelbar nach der Übersiedlung der Redaktion von WK nach Berlin. "Wir sind jetzt ... in der Stadt, in der ein Müller einen König an das Kammergericht rinnern konnte,

und ehern wölbt sich über uns die Kuppel des Gesetzes" ¹⁾. Die Befriedigung darüber, daß die ersten Denunziationen lediglich den Umzug zur Folge hatten, paart sich mit der Ungewißheit, ob es beim nächsten Mal wieder so glimpflich abgehen würde. Dies spürt man deutlich beim Lesen der folgenden, scheinbar so selbstsicheren Sätze: "... Natürlich waren diese Briefe an die Ministerien vollkommen verfehlt ... Denn wir leben in einem Rechtsstaat, und nur der Richter (die letzten drei Worte sind in WK gesperrt gedruckt; d.V.) kann entscheiden, was Gesetz und Recht vorschreiben!" ²⁾.

Natürlich war Werner Schoknecht wie auch seinen Lesern bekannt, daß gerade in den politischen oder halbpolitischen Fragen - und um eine solche handelte es sich ja bei eventuellen Maßnahmen gegen WK - die hier angesprochene Unabhängigkeit des Richters nicht mehr existierte. In welchem Maße die Politisierung der eigentlichen Justiz Mitte 1933 und Anfang 1934 insofern Gegenstand des gesellschaftlichen Zeitgesprächs war, als sie dabei streng unterschieden wurde von der Partei-Sonderjustiz, ist heute kaum festzustellen. Immerhin erfuhren die Leser der deutschen Tageszeitungen besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 von einer ungewöhnlich großen Zahl von Todesurteilen, die meist "wegen Ermordung eines SA-Mannes" oder ähnlicher politisch gefärbter Delikte verhängt worden waren. Außerdem wurde in offiziellen Verlautbarungen immer wieder betont, daß der Richter im nationalsozialistischen Staat seine "Volksverbundenheit" ³⁾ - das heißt also seine politische Zuverlässigkeit - beweisen müsse, daß das deutsche Recht der Zukunft "Rassenrecht" sein werde ⁴⁾ usw. Die NS-Führer ließen also keinen Zweifel daran, daß sie auch die Justiz

1) WK Nr.3, "Hallo! Hallo! Hier spricht...", S.1 Sp.3

2) WK Nr.3, "Hallo! Hallo! Hier spricht...", S.1, Sp.1/2

3) Lt. "Münchener Neueste Nachrichten" v.30.4.33

4) Nach einer Meldung der "Freisinger Nachrichten" v.4.10.33, derzufolge sich Reichsjustizkommissar Frank mit dem römischen Recht und dem von diesem geschaffenen Geist des Individualismus auseinandersetzte.

und den Richterstand mit in die allgemeine Gleichschaltung einzubeziehen im Begriff waren. Darüberhinaus wurde in der ersten Zeit nach der Machtergreifung mit einer gewissen Offenherzigkeit über die Konzentrationslager gesprochen (was sich später ändern sollte). Während man es später für richtig befand - insbesondere wegen der Angriffe in der ausländischen Presse -, hierüber möglichst ganz zu schweigen, konnte man im Sommer 1933 noch ganz offen eine Ankündigung des Leiters des Geheimen Staatspolizei-Amtes lesen, "daß jeder Verteiler von Flugblättern, die gegen die Regierung gerichtet sind, damit zu rechnen hat, auf mehrere Jahre in ein Konzentrationslager zu kommen"¹⁾. Auch die Tatsache, daß die Geheime Staatspolizei eine Art "revolutionärer Sonderjustiz" ausübte, wurde zuweilen ganz offen zugegeben: "... Staatsminister der Justiz und Reichsjustizkommissar Dr. Frank weist zur Vermeidung von zeitraubendem Leerlauf erneut darauf hin, daß die Justizbehörden mit der Verhängung, Durchführung und Aufhebung der Schutzhaft in keiner Weise befaßt sind, und daß für alle mit Schutzhaft zusammenhängenden Angelegenheiten ausschließlich das Staatsministerium des Innern und die diesem unterstellten Polizeibehörden zuständig sind"²⁾. (Oberster Chef der Gestapo war in dieser Zeit noch Göring; er berief im April 1934 den Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, zum "Leiter des Geheimen Staatspolizei-Amtes".)

Bei der Beurteilung der deutschen Justiz insbesondere durch die ausländische Presse spielt schließlich der Verlauf des Reichstagsbrand-Prozesses, der im Herbst 1933 vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, eine große Rolle. Nach Ansicht ausländischer Kommentatoren bot dieser Fall geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie ein noch mit den alten Richtern besetzter Strafsenat voll für die politischen Ziele des Staates eingespannt werden konnte: das Verfahren war prozessual einwandfrei, und doch kamen nicht die richtigen

1) "Freisinger Nachrichten" vom 11.8.33

2) Lt. "Freisinger Nachrichten" vom 14.9.33

Leute auf die Anklagebank. (Das Verhalten der Behörden gegenüber der in- und ausländischen Presse wurde bei diesem Prozeß besonders kompromittiert, als anläßlich der zeitweiligen Festnahme von zwei sowjetrussischen Korrespondenten durch Zufall herauskam, daß sämtliche Pressegespräche aus Leipzig abgehört wurden¹⁾).

So stand es - in Stichworten angedeutet - um die "Unabhängigkeit" des Richters im nationalsozialistischen Staat, an die Werner Schoknecht zu Beginn seiner Berliner Tätigkeit bewußt appelliert hatte. Während er - seiner bereits aufgezeigten Taktik entsprechend - nun die Rechtllichkeit der Verhältnisse (oder aber zumindest die baldige Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände) immer wieder betont, werden im gleichen oder zumindest im nächsten Heft neue politische Verhaftungen gemeldet. Daß hierbei immer so getan werden mußte, als ob es sich um einen "Einzelfall" handele, und daß der Rahmentext so abgefaßt sein mußte, daß man bei einigem guten Willen (oder einem entsprechendem Maß an Verblendung) auch eine pro-nationalsozialistische Tendenz herauslesen konnte - das versteht sich bei einem so heiklen Gebiet der Berichterstattung von selbst. Mit Hilfe dieser Methode erfuhren die Leser eine ganze Reihe von "Delikten", wegen der man ins KZ kam: So zum Beispiel wegen "Sabotierung des Winterhilfswerks", weil ein Bankdirektor in Hamm auf einem Fest einer geschlossenen Gesellschaft den Losverkäufer des WHW aus dem Saal gewiesen hatte²⁾. Oder ebenfalls wegen Sabotage, der sich der Führer einer Stahlhelm-Ortsgruppe in Schlesien schuldig machte, als er den Befehl, den Stahlhelm in die SA einzugliedern, mit einem ironischen Brief beantwortete³⁾. Oder - im Falle eines Redakteurs der Zeitschrift "Deutsche Wochenschau" - wegen eines Aufsatzes, der geeignet gewesen sei, "die Einheit der SA zu gefährden"⁴⁾.

1) Sammlung Brammer Bd.I : Mitteilung von Georg Dertinger an Herrn von Neuhaus v.26.9.33

2) WK Nr.15, "Sabotierung des Winterhilfswerks", S.8, Sp.3

3) WK Nr.17, "Warnung für Saboteure", S.13 Sp.2/3

4) WK Nr.24, "SA heißt Nationalsozialismus", S.13, Sp.2/3

Neben diesen "schweren Fällen" bemühte sich Schoknecht auch, Bagatellsachen zu verfolgen, sofern sie auf Grund ihres politischen Charakters im Sinne seiner Bestrebungen interessant waren. (Daß Schoknecht sich bei diesen Nachrichten weitgehend der Provinzpresse als Quelle bediente, war einerseits damals noch möglich - weil derartige Dinge als "Einzelfall" insbesondere in Zeitungen mit begrenzter Verbreitung noch berichtet wurden-, andererseits wegen des sicheren Nachweises aber auch notwendig. Dabei schlug er den Behörden insofern ein Schnippchen, als diese eine derartige Berichterstattung im Reichsmagazin ja gerade nicht haben wollten.) Wir erfahren von einem Landwirt, der zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er im Wirtshaus erklärt hatte¹⁾: "Das Erbhofgesetz ist das gemeinste Gesetz, das die Regierung gemacht hat, das behaupte ich, und wenn ich morgen ins Konzentrationslager komme. Das Gesetz ist nicht für, sondern gegen die Bauern gemacht..." Ferner berichtet Schoknecht von einem Zwischenfall, der sich auf der gemeinsamen Reise ehemaliger Kriegsfreiwilliger im Sommer 1934 im Rheinland ereignete²⁾: "Spuckt der Junge da doch so große Bogen über alle möglichen Sachen, daß ihn eine hohe Behörde beim Kanthaken nimmt und hinter verschlossene Türen setzt. Acht Stunden hat er da gesessen, und sie wollten ihm noch länger Freiquartier geben..."

Wichtiger als diese Berichte über symptomatische Einzelfälle, die der Redakteur von WK unablässig in seine Darstellung des Zeitgesprächs aufnimmt, sind noch die Anmerkungen und Hinweise, die (oft in einem ganz anderen Zusammenhang) immer wieder auf die Rechtsunsicherheit und die durch sie hervorgerufene Angst hindeuten. So wird zweifellos ein ganzer Artikel, der über die freiwillige Mitarbeit von Nicht-Parteigenossen im nationalsozialistischen Staat handelt, entwertet, wenn dem Leser durch nur einen einzigen (und noch dazu durchaus "positiv" gehaltenen) Satz die KZ-Furcht über

1) WK Nr. 16, "Angriff gegen das Erbhofgesetz", S. 11. Sp. 2

2) WK Nr. 22, "Noch gut abgelaufen", S. 14, Sp. 3

den Rücken gejagt wird: "Zu all dem gehört Mut! Mut ist nicht die Überwindung der Angst vor dem Konzentrationslager..."¹⁾ Ein Meisterstück in der Zusammenfassung von falschen Behauptungen und deren sofortige Widerlegung durch die Tatsachen (im Sinne der obengenannten Technik, sich selbst zu widersprechen) ist ein reportagenhafter Bericht "Im Konzentrationslager"²⁾, der inhaltlich auf einem Buch des Lagerkommandanten von Oranienburg, Sturmbannführer Schäfer, fußt. Schon der Vorspruch Schoknechts besteht aus einer einzigen Lüge - der Sicherheitsbehörden: (Die hier gesperrten Worte sind auch in WK gesperrt gedruckt; d.V.) "Z u m A b s c h i e d wollen wir uns in diesem Artikel über die Konzentrationslager ein objektives Bild geben lassen. Denn diese Lager werden sehr bald nur noch eine h i s t o r i s c h e Erinnerung sein. In Zukunft darf die Schutzhaft nur noch durch die Staatsbehörden angeordnet werden, und der preußische Ministerpräsident muß in jedem einzelnen Falle innerhalb von 24 Stunden unterrichtet werden. Damit wird die Schutzhaft auf diejenigen schweren Verfehlungen beschränkt, die wahrscheinlich ohnedies die ordentlichen Gerichte beschäftigen werden. Durch diesen Erlaß des Ministerpräsidenten Göring sind die Konzentrationslager p r a k t i s c h b e d e u t u n g s l o s geworden..."

An Hand des Buches von Schäfer werden anschließend die Zustände im Lager "positiv" geschildert. Es ist die Rede von regelmäßiger Arbeit, Schlaf, "Gewichtszunahmen", politischen Vorträgen ("Eine Diskussion schließt sich selbstverständlich diesen Vorträgen nicht an"). Nach einem Hinweis auf den "rauen, aber herzlichen Ton" heißt es: "Insbesondere muß betont werden, daß irgendwelche körperliche Mißhandlungen nicht in Frage kommen. Es wird niemand angefaßt, es sei denn, daß er selber durch sein Verhalten dazu Anlaß gebe. Erzieherische Maßnahmen für Böartige sind ähnlich wie beim altpreußischen Militär eingerichtet."

1) WK Nr.20, "Jeder kann, jeder muß mitarbeiten", S.11, Sp.3

2) WK Nr.16, S.6/7

Wer zwischen den Zeilen zu lesen verstand - und das ist in einem totalitären Staat bei der Behandlung eines so heiklen Themas nun einmal Voraussetzung für den Leser -, der konnte sich auf Grund dieses Berichtes schon einige Vorstellungen davon machen, wie es in den "kurz vor ihrer Auflösung" stehenden WK zugehen mußte. Die Angst vor dem Konzentrationslager, von den Machthabern als terroristisches Instrument in die von ihnen unternommene "Umerziehung" des deutschen Volkes hineinkonzipiert, lähmte natürlich (sofern deren Ansichten nicht mit dem Regierungskurs übereinstimmten) die Handlungsfähigkeit aller im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten und damit auch deren Bereitschaft zur Teilnahme am gesellschaftlichen Zeitgespräch. Eine Stahlhelm-Führung, die wegen der Dezimierung ihres Funktionärskörpers durch fortlaufende Verhaftungen die größten Sorgen hatte, war praktisch kein Partner im öffentlichen Leben mehr - weder als "Bundesgenosse" der NSDAP/SA noch als Repräsentant einer selbständigen geschlossenen Gruppe. Der von WK veröffentlichte Auszug aus einem Rundschreiben der Stahlhelm-Führung, in dem unter anderem betont wird, daß die Bundesleitung um Regelung derartiger Fälle dauernd bemüht ist¹⁾, gibt uns Einblick mitten hinein in den Vorgang einer "Gleichschaltung", die hier mit der Peitsche der Gewalt vorangetrieben wird.

In ähnlicher Weise wurde - um ein anderes Beispiel zu nennen - die freie Wirtschaft in Gestalt ihrer (wie es jetzt hieß:) "Betriebsführer" unter Druck gesetzt. Wenn der bayrische Staatsminister Esser erklärte¹⁾, daß er rücksichtslos gegen jeden vorgehe, der glaube, die wirtschaftliche Entwicklung stören oder irgendwelche Konjunkturerentwicklungen hervorrufen zu müssen, so war damit die Unternehmerschaft als Gruppe ebenso wie als eine Summe von Einzelpersonlichkeiten entmündigt. Wer sich aber fügt, der hat nichts zu fürchten - dieses Zuckerbrot für die Folgsamen

1) WK Nr.20, "Zivil-Courage"!" S.2, Sp.1

2) WK Nr.18, "Überwachen, nicht eingreifen", S.11, Sp.2/3

bietet Esser an, indem er seiner Drohung die Worte hinzufügt, Schutzhaftmaßnahmen gegen Arbeitnehmer, die ein "unsoziales Verhalten" zeigen, würden in Zukunft in Bayern nur im Einvernehmen mit ihm (dem Minister) durchgeführt werden...

Das Verdienst der Zeitschrift WK bei der Zusammenstellung solcher Zitate besteht u.a. darin, daß mit ihrer Hilfe - und in Verbindung mit der Gesamthaltung des Blattes - ein kaleidoskopartiger Überblick über die Situation im Lande gegeben wird. Die Zusammenhänge zwischen den bewußt als "Einzelfälle" behandelten Mißständen zu sehen, mußte natürlich weitgehend dem Leser überlassen bleiben. Aber wenn zum Beispiel beim Thema Stahlhelm, oder im Zusammenhang mit Ereignissen in Wirtschaft und Presse, wenn in Kommentaren und Glossen, in eigenen und zitierten fremden Berichten - wenn immer wieder von "Konzentrationslagern" die Rede ist, dann mußte auch der nicht sehr feinfühlige Leser einen Begriff von der Bedeutung und dem Umfang dieser neuen Einrichtung bekommen. Selbst für denjenigen, der bislang noch nichts davon gehört hatte, mußte das Konzentrat an KZ-Stoff stark genug sein, um ihn stutzig zu machen.

Konkrete und kompakte eigene Stellungnahmen zu diesem Thema finden wir nur wenige. Als Beispiele dafür, daß Werner Schoknecht und seine Mitarbeiter selbst bei diesem gefährlichen Stoff von Zeit zu Zeit gehörig den "Mund aufmachten", mögen hier zwei Artikel: "Meckerei am laufenden Band" und "Wer war Sokrates?" genannt werden. Der erste¹⁾ aus der Feder von Edgar Dreher stellt fest: "... Es ist nicht zu bestreiten, daß der Gedanke von Massenbelehrungen in Konzentrationslagern bei den Beteiligten nie so recht populär geworden ist ... Heute braucht mit solchen revolutionären Methoden nicht mehr gearbeitet zu werden. Wir brauchen keine Gewaltkur mehr ..."

Der zweite Aufsatz "Wer war Sokrates?" ist zweifellos noch wirkungsvoller und gezielter, weil er die Bedenken

1) WK Nr.29, "Meckerei am laufenden Band," S.2/3

gegen den "antiken" Totalitarismus als heiteres Gleichnis vorbringt¹⁾: "... Sokrates fiel mit seinen Lehren bei den damligen Machthabern außerordentlich unangenehm auf. Die hohen Herren in Athen ließen ihn zunächst durch die geheime Staatspolizei mit konzentrierter Aufmerksamkeit beobachten ... Aber der wackere Grieche forcht sich nit, ging seines Weges Schritt für Schritt. Hier war es nun, wo seine liebe Frau wieder eingriff und zu ihm sagte: 'Sokrateschen, sei doch still! Schweigen ist Gold. Du wirst noch im Konzentrationslager enden!' ... Doch waren die trefflichen Ausführungen des Dr. Goebbels in Athen noch nicht bekannt, und so schickte man eines schlechten Tages einen Polizeikommissar zu Sokrates mit der Anfrage, ob er seine Lehren öffentlich widerrufen wolle. Sokrates antwortete nur drei Worte: 'Götz von Berlichingen'. Nun war der Bart restlos ab."

D.

h. Totalitarismus

Die Redaktion der Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" legte Wert darauf, nicht nur ein Grabenkämpfer gegen die Totalitarismus zu sein, sondern sich - distanziert und doch "am Feind" bleibend - auch mit den allgemeinen Problemen des totalitären Staates zu befassen. Die Frage nach dem Grad der "Totalität", das heißt also der Unfreiheit, war zunächst nicht nur ein Gesprächsthema für die im Prinzip oppositionellen Kräfte. In der ersten Zeit nach der Machtergreifung hatten auch zahlreiche höhere Parteifunktionäre (und insbesondere die Kräfte der "nationalen Rechten", von denen die Regierung mit in den Sattel gehoben und toleriert wurde) durchaus noch keine klare Vorstellung von der Art der "neuen Ordnung", die zu schaffen

1) WK Nr.15, S.10, Sp.1/2

sie angetreten waren. Ihrer aller Geltungsbedürfnis und persönliches Machtstreben verband sich freilich mit dem Wunsch der obersten Führung, möglichst weite Bezirke des Lebens unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das Ergebnis war eine allgemeine Organisationswut, über deren Berechtigung die Beteiligten keineswegs (soweit es sich um Vorgänge außerhalb ihres eigenen Machtbereiches handelte) immer einer Meinung waren. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Durchschnittsbürger sich an der Diskussion über Organisationsfragen nur notgedrungen (und normalerweise in Abwehrstellung) beteiligte. Nur weil die Nationalsozialisten das Thema durch ihre ersten Maßnahmen und Ankündigungen gewaltsam auf die Tagesordnung gesetzt hatten, war das allgemeine Interesse hieran so groß geworden.

"Der einfache Tatbestand, daß heute niemand mehr dem Willen und der Erziehung des Staates gefahrlos entgegentreten kann, wirkt unabwendbar ... Wie sich die Menschen auch einstellen mögen - sie sind Geschöpfe des Nationalsozialismus..."¹⁾. Diesen hier beschriebenen Zustand möglichst bald zu erreichen, hieß nur ein dem autoritären Staatsgedanken immanentes Gesetz erfüllen. Die Diskussion über die Grenzen der Unfreiheit mußten erfolglos bleiben, weil sich dieser Staat von seinem Ziel nichts abhandeln lassen konnte - es sei denn, er hätte sich selbst aufgegeben. Die Darstellung dieser Diskussion wiederum war ein Stein des Anstoßes auf dem Weg zur "Totalität", sie mußte konsequenterweise unterbunden werden.

Wenn sich die Zeitschrift WK mit den Organisationsproblemen befaßte, so hatte das gegenüber etlichen anderen Themen einen wesentlichen Nachteil: Hier konnte der Mißstand nicht in mehr oder weniger zweideutiger Form als "Einzelfall" hingestellt werden - wenn auch mit Blick auf das Ganze -, sondern es handelte sich ja gerade darum, eine allgemeine Fehlentwicklung beim Namen zu nennen und ihre Umstellung zu fordern. Da die gleichgeschaltete Presse nicht nur

1) Zitat aus Hans Michael Müller: "Vom Staatsfeind", von WK übernommen in Nr.28, S.9, Sp.3

keinen Ruf nach mehr Freiheit erhob, sondern auch die zunehmende "Verorganisierung" des Lebens hinnahm und mitmachte, zerfiel die Aufgabe von WK auf diesem Sektor in zwei Teile: Erstens mußten die eingerissenen Zustände immer wieder beschrieben werden und dabei auf die Kontrastwirkung gegenüber dem Normalen geachtet werden, andererseits war bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung nach mehr Freiheit zu erheben. So entsprach es zweifellos einer starken Strömung im gesellschaftlichen Zeitgespräch, wenn gleich diese in der zweiten Hälfte 1933 sowie 1934 auch kaum noch an der Oberfläche sichtbar wurde.

Besonders deutlich wurde die Situation von Dr. Beuther ^{seiner} in einer/skurrilen Plaudereien gesehen (wobei er freilich die Zielstrebigkeit der NSDAP ignorierte): "... Noch ist alles im Fluß ... Alles wird organisiert. Organisieren wir uns tot? Einst: siegten wir uns tot! Indessen wetterleuchtet im Dunkel der Zukunft bereits der neue Krieg..."¹⁾ Der letzte Satz deutet darauf hin, daß Dr. Beuther mit dem "Noch ist alles im Fluß" zwar einer weitverbreiteten Stimmung im Volk gerecht wurde, während seine eigenen Befürchtungen den Ereignissen schon weit vorausseilten. Ebenso viel Skepsis müssen wir der Redaktion bei der Wiedergabe solcher Zitate und Redensarten von hohen Funktionären unterstellen, mit denen diese gewissermaßen auf einen bestimmten Grad von Liberalität festgelegt werden sollten. So etwa, wenn Hitler einmal erklärt hat, er wolle das deutsche Volk niemals in seine Bewegung und seine Gedankengänge zwingen, "sondern ich will es überzeugen"²⁾. Oder: "Von berufener Seite wird nun dargetan, daß die Revolution des 30. Januar 1933 nicht etwa die Fortsetzung des absolutistischen Staates mit einem neuen Vorzeichen sei ..." ³⁾ Oder: "... ergibt sich schon, daß es nicht das Ziel sein kann, einen totalen Staat zu schaffen, alle Einzelindividuen vollkommen dem Willen des

1) WK Nr. 19, "Was sagt Beuther?", S. 13, Sp. 1

2) WK Nr. 20, "Zivilkourage", S. 2, Sp. 1

3) WK Nr. 12, "Der Staat der Kriegsfreiwilligen", S. 1, Sp. 1

Individuums höherer Ordnung zu unterjochen. Das hieße, die spezifisch männlichen Fähigkeiten im Volk zerstören..."¹⁾

Zu diesen Äußerungen setzte sich die Redaktion nach bewährter Taktik bewußt in Widerspruch, wenn sie in ihren Artikeln Bemerkungen einfließen ließ wie: "... Erleben wir außer einer nervösen Organisationstätigkeit nichts Lebendiges, aus dem Volke kommendes"²⁾ - "was wird nicht heute alles organisiert"³⁾ - "wir sind in Organisationswut befangen. Wir organisieren uns zu Tode"⁴⁾. Während Feststellungen wie diese nur die äußere Form der Überorganisation treffen sollen, wird bei passender Gelegenheit - als weitverbreitete Meinung gekennzeichnet - von den "Trägern" des neuen Staates gesagt: "Zu weit entfernen seine Träger sich oft von der Idee, für die sie zu kämpfen vorgeben, zu hemmungslos siegte oft Eigennutz des Einzelnen, zu skrupellos ... die Wahl der Mittel, zu grotesk entfaltet sich bisweilen eine überhebliche Bonzokratie..."⁵⁾ Um die organisatorischen und bürokratischen Maßnahmen des Regimes bei ihren eigenen Urhebern in Mißkredit zu bringen, bot sich als weiteres Mittel der Zweifel am Erfolg an. So verweist man vor allem darauf, daß "selbst die beste Staatspropaganda nicht bedrohliche Spannungen in einer Volksgemeinschaft verhindern kann, wenn ihnen nicht rechtzeitig das Ventil der Presse und der freien Aussprache genügend weit geöffnet wird"⁶⁾. Die hier mit einem erneuten Angriff auf seinen ärgsten Gegner gekoppelte Prophezeiung tauchte schon in einem früheren Aufsatz Schoknechts⁷⁾ als Frage auf: "... Die neue deutsche Volksgemeinschaft ist geschlossen. Wird sie jetzt halten? ..." Damals benutzte er noch die Gelegenheit, die Kriegsfreiwilligen rhetorisch als die "eigentlichen" Nationalsozialisten herauszustreichen, denn an den an der Haltbarkeit

1) WK Nr.17, "Die Kriegsfreiwilligenbewegung", S.2, Sp.3

2) WK Nr.17, "Ein Kamerad schreibt", S.5, Sp.3

3) WK Nr.23, "Was sagt Beuther?" S.13

4) WK Nr.18, "Was wißt Ihr von uns?" S.3, ~

5) WK Nr.25, "Zeitenwende", S.4, Sp.2/3

6) WK Nr.25, "Zeitenwende", S.4, Sp.2/3

7) WK Nr.14, "Kann Dir die Hand nicht geben", S.5, Sp.2/3

der Volksgemeinschaft geäußerten Zweifel schließt sich die Feststellung an: "Des Kriegsfreiwilligentum ist Urgrund des Nationalsozialismus..., je mehr sich aber einer... dem natürlichen Urgrund entfremdet, um so unnatürlichere Blüten wird er schließlich treiben..." Alle diese Formulierungen und Argumente waren natürlich nur Mittel zum Zweck. Das Ziel der hier von WT zum Ausdruck gebrachten Stimmen und Stimmungen lautete: Zurückdrängung der nationalsozialistischen "totalen" Organisation und mehr Bewegungsfreiheit, mehr "staatsfreien" Raum für den Bürger !

Es mag uns heute aus der retrospektiven Betrachtung etwas naiv erscheinen, hatte in der damaligen Situation aber noch seine Berechtigung, wenn bürgerliche Kreise 1933/34 glaubten, durch persönlichen Mut im Alltag, durch Zivilkourage Staat und "Bewegung" an der weiteren Durchdringung des öffentlichen und persönlichen Lebens hindern zu können. (Eine Überzeugung, die auch Werner Schoknecht hatte und auf der schließlich die Grundkonzeption seiner Zeitschrift beruhte.) Diese Rechnung ging deswegen nicht auf, weil die Zahl derartiger Vorbilder zu gering blieb: Ein Großteil des Volkes gab durch sein unüberlegtes oder ängstliches Mitlaufen den totalitären Staatsführern die Möglichkeit, ihre radikalen Pläne alsbald zu verwirklichen. Viele bürgerliche Resistenten glaubten überdies, die Hitler, Göring und Goebbels seien Politiker wie manche anderen auch, die zwar bramarbarsierende Reden halten, sich im übrigen aber - einmal an die Macht gekommen - an den Tatsachen abschleifen würden. Diese "Tatsachen" - und zwar in Gestalt eines bürgerlich-zivilen Non-Konformismus - wollten sie gerne mitschaffen helfen. Wir können diesen Männern nur gerecht werden, wenn wir sie aus der (für sie ein- und erstmaligen) Situation ihrer Zeit heraus beurteilen. Schließlich wurde - rein formal - ein derartiges Experiment wie das Hitlers - nämlich einen absolutistischen Staat in moderner Form auf der organisatorischen und politischen Wirksamkeit einer Massenpartei aufzubauen - in Deutschland zum erstenmal durchgeführt.

Für den in einer konstitutionellen Monarchie aufgewachsenen Bürger ergaben sich da kaum Berührungspunkte.

Diese Voraussetzungen sind wichtig für die Beurteilung der Tatsache, daß im gesellschaftlichen Zeitgespräch der Jahre 1933/34 die Forderung nach mehr Abwehrbereitschaft erhoben wurde, wie sie in einigen Artikeln von WK expressis verbis, in vielen Aufsätzen aber zwischen den Zeilen zum Ausdruck kam. Für WK lautete die Formel: "... Die Soldatenaufgabe von einst ist zum Befehl von heute geworden: Zivilkourage!"¹⁾ Der Forderung nach und der Förderung der "Zivilkourage" dienen verschiedene Vorschläge der Zeitschrift - insbesondere auch der mehrfach geäußerte Wunsch nach Einrichtung von unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestellen²⁾ - "um endlich den Startschuß für eine neue nationale Aufrichtigkeit zu geben"³⁾.

Mit dem Stichwort "mangelnde Aufrichtigkeit" wurde ein Tatbestand freigelegt, welcher demjenigen, der die großen Nazi-Worte von "Mannestreue" und "Mannestugend" ernstnahm, als eine echte Bewußtseinspaltung des Systems erscheinen mußte. Denn nirgends anders als in Institutionen wie SA und HJ, die kraftstrotzende Männer heranzuziehen vorgaben, wurde der Mann bis zur Lächerlichkeit entwürdigt - von den "höheren Formen" der Entwürdigung, von der Denunziation bis zur Gestapo-Folter, ganz abgesehen. Das gesellschaftliche Zeitgespräch hierüber wickelte sich normalerweise in der Form des Spotts und des vorsichtig weitergegebenen Gerüchtes ab - dies nun freilich ohne die geringste Aussicht, von der als verlängerter Arm des Propagandaministeriums arbeitenden Presse jemals berücksichtigt zu werden. Die Entmündigung und Entwürdigung des Menschen - mochte sie sich nun auf dem Exerzierplatz der SA, im Versammlungslokal oder im Dunkelarrest der KZ-Lager vollziehen - war öffentlich tabu. WK sieht dieses Problem in seiner ganzen Schärfe, wenn in einem Artikel von Ludwig Renner festgestellt wird, die Menschen be-

1) WK Nr.20, "Zivilkourage!", S.1, Sp.2;
ähnlich: WK Nr.33, "Aus dem Leserkreise", S.6, Sp.2

2) WK Nr.27, "Gedanken nach der Wahl", S.1-4
Nr.31, "An alle Kommisšköpfe!", S.1-4

3) WK Nr.33, "Aus einem Brief", S.2, Sp.3

kämen nicht nur das Gefühl der Minderwertigkeit, sondern es müsse auch eine tatsächliche Minderwertigkeit entstehen. Daraus resultiert Renners Forderung: "Laßt uns wie Männer beisammen sein"¹⁾. Der gleiche Mitarbeiter, ein Studienprofessor aus Landshut, berichtet in seinem vielbeachteten Artikel "Zivil-Courage!" über ein Gespräch mit seinem elfjährigen Sohn: "Neulich, als ein Berufener von 20 Lebensjahren bei einer Kundgebung, zu der Alt und Jung befohlen war, mit ausgewachsenen Volksgenossen so umsprang, daß es sämtlichen Anwesenden ... über die Hutschnur ging ..., stellte mir mein Elfjähriger die Frage: 'Warum steht da niemand von Euch auf, wenn sich doch alles so ärgert? Ihr seid doch älter und waret im Krieg?' - Was sagt darauf der altgewordene Kriegsmutwillige? Sagt er: 'Lieber Bub, als Du noch nicht da warst, gleich nach dem Krieg, da ist der Vater bei solchen Sachen schon aufgestanden und hat geredet oder in die Zeitung geschrieben und hat seine Haut nochmal daran gewagt. Aber heute ist das anders ... und dann muß ich euch ernähren und etwas lernen lassen ...' Wer wünscht sich das Kind, das sich damit abspeisen läßt? ... Ist's gut, wenn die Freiwilligen von 1914 sich vor sich selber schämen, statt ihren Beitrag zum gesunden Selbstbewußtsein eines erneuerten Volkes zu bringen? Wie sagt Clausewitz: 'Ich glaube, daß dieser Gifftropfen (einer 'feigen Unterordnung') in dem Blut eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die Kraft späterer Geschlechter lähmen und untergraben wird'"²⁾

Das Fazit aus der Gesamtsituation zieht Edgar Dreher mit der Mahnung: "Es wäre ein krasser Irrtum zu glauben, man könnte mit Menschen einen Ameisenstaat bilden und ihre Lebensfunktionen ausschließlich autoritativ und unter Ausschaltung jeder Selbstverantwortung ordnen..."³⁾ Denn: "... Es ist des Menschen nichts so unwürdig, als Gewalt zu erleiden..."⁴⁾

1) WK Nr.33, S.2

2) WK Nr.33, "Zivil-Courage! So spricht ein Mann!" S.1/2

3) WK Nr.25, "Zeitwende", S.4, Sp.2/3

4) Dieses Schillerzitat wird im gleichen Zusammenhang verwendet in dem Aufsatz "Soldatentum als Gesinnung", WK Nr.19, S.1, Sp.1-3

D. i. Radikalismus und Denunziantentum

Eine Teilerscheinung der vorstehend behandelten Überorganisation des NS-Staates bildete die Tyrannei der Scharfmacher, die Herrschaft der Radikalinskis und als niedrigstes Handlangertum des Systems das Denunziantenwesen. Diese letzten Ausprägungen einer staatlich verordneten Nichtachtung des Menschen und Auswirkungen einer auf Kadavergehorsam zielenden "Elite"-Bildung aus dafür ungeeigneten Subjekten mußten in besonderem Maße dem kritischen Gespräch weitester Bevölkerungskreise ausgesetzt sein. Mochte diese Kritikfähigkeit in den späteren Jahren der NS-Herrschaft abgestumpft sein - sei es, weil sich andere Sorgen in den Vordergrund drängten, sei es, weil immer mehr an sich rechtlich denkende Menschen in der einen oder anderen Weise in den Apparat einbezogen und sich selbst gegenüber kompromittiert wurden -, 1933/34 hatte man jedenfalls noch ein sehr feines Gefühl dafür, wo nach normalen Maßstäben das Unerträgliche und Unanständige begann. Für die erste Zeit nach der Machtergreifung kommt noch hinzu, daß tatsächlich eine besondere Situation bestand, die der obersten Führung selbst in zunehmendem Maße unangenehm wurde: Die Belästigung harmloser Volksgenossen durch landsknecht~~hafte~~ Radikalinskis entsprang großenteils der inneren Problematik der SA, die damals in weit höherem Maße als nach dem 30. Juni 1934 ein Machtfaktor im Staate war. Es handelte sich um die Frage, wie man eine Privatarmee aus fragwürdigen Elementen, die vor 1933 das Geschäft der Saal- und Straßenschlachten, die Provokationen, Überfälle und den politischen Mord besorgt hatte, jetzt von ihren Gewohnheiten abbringen und in einen "langweiligen" Exerzierverein verwandeln sollte. "... Dabei stellte der Friedenszustand für die braunen Kämpfer ebenso gut Neuland dar, wie ^{er}/es für uns Kriegsfreiwillige gewesen wäre, die wir im feldgrauen Rock 1918/19 hätten weiterdienen wollen. Die braunen Frontsoldaten sollten sich in den Friedenszustand hineinfinden..." Mit die-

ser im Vergleich zu anderen kritischen Äußerungen ziemlich wohlwollend formulierten Mahnung kennzeichnet WK in Heft Nr.9 ¹⁾ den problematischen Schwebezustand der SA.

Es entsprach der offensichtlich starken Machtposition der SA im Staate, wenn dieses "heiße Eisen" - so allgemein die Ablehnung der entarteten "braunen Soldaten" auch gewesen sein mochte - in der eingeschüchterten bürgerlichen Presse ebenfalls keine Behandlung fand. Stattdessen boten die Zeitungen ihren Lesern seitenlange Bildberichte über Aufmärsche, Paraden, Besichtigungen, Fahnenweihen usw. Das schon früher im Zusammenhang mit dem Militär oft gebrauchte Schlagwort von der "Schule der Nation" stand wieder hoch im Kurs, und vor allem achtete man darauf, daß die persönlichen "Verdienste" (einschließlich der Konterfeis) der Zentral- und Regionalgrößen der SA gut in den Vordergrund gerückt wurden. Besonders die Provinzpresse überschlug sich, wenn ein Standarten-, Brigade- oder Gruppenführer auf einer seiner ausgedehnten "Besichtigungsreisen" einmal in eine kleinere Stadt kam, vor Huldigungen und Lobpreisungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die SA-Führer in ihrem jeweiligen Bereich tatsächlich die Stellung eines "kleinen Königs" einnahmen und sich viel mehr Exekutivgewalt anmaßten als der jeweilige "Hoheitsträger" der Partei oder gar der Bürgermeister bzw. Landrat. Die SA-Gewaltigen frönten einer eigenen Art von "Föderalismus"; das Verbot von WK in Frankfurt (Main) und die Nichtachtung, mit der SA-Oberrgruppenführer Beckerle den entgegengesetzten Befehl einer Berliner Zentralbehörde behandelte, wirft ein Licht auf diese Zustände. Das rowdyhafte Auftreten des kleinen SA-Mannes, der auf seine Art nun auch im Gefühl des Sieges schwelgen wollte, konnte daher so lange keine Kritik in der Presse auslösen, als dieses Verhalten scheinbar oder wirklich von der Führung gedeckt wurde. Wie gefährlich das Anrühren dieses Problems für einen Journalisten gewesen sein

1) "Wie gefällt es Dir in der SA?", S.11, Sp.1/2

muß, spüren wir auch in den entsprechenden Darlegungen von WK. Stellten wir schon in dem oben wiedergegebenen Zitat aus Nr.9 eine sehr "wohlwollende" Formulierung fest, so gilt das im großen und ganzen auch für die weiteren Stellungnahmen zu dem speziellen Thema SA: "Es ist die Eigentümlichkeit aller Revolutionen, daß manche ihrer Träger die absolute Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, von der auch sie nur ein Glied sind, im berechtigten Stolz ihres Sieges oft zu vergessen pflegen"¹⁾. - "Die Revolution auf der Straße ist vorbei. Revolutionen als Selbstzweck sind Unsinn. An die Stelle des Kampfes um die Straße ist der Kampf um die deutsche Weltgeltung getreten, der in erster Linie durch Leistung geführt werden muß..."²⁾. - "Wiederholt ist hier als unsere Aufgabe betont worden, die Brücke zu schlagen zwischen 1933 und 1914. Angesichts der ungeheuren Wucht der nationalsozialistischen Revolution, deren elementare Gewalt auch manches kostbare Gut unserer Vergangenheit mit fortzureißen schien, ergab es sich von selbst, daß wir uns zunächst einmal auf 1914/15 als Standort besannen, von dem aus wir einst für die Nation aufbrachen..."³⁾. - "Der Führer gab das Signal: Revolution - das Ganze halt! Die Evaluation beginne! Nun marschieren die Weisen, und wir werden ihre Kampftruppe sein..."⁴⁾ Die Machtstellung eines Gruppenführers - mit erheblicher Verbindlichkeit auch für die nichtuniformierten Bürger -, wie sie vor allem vor der Röhm-Krise bestanden haben muß, ahnen wir aus folgender persönlicher Ansprache an den "guten" und an den "schlechten" Gruppenführer⁵⁾: "... auch der beste Kerl macht manchmal Fehler, a u c h D u , Gruppenführer Maximilian Müller! Bevor Du eine Verordnung herausgibst, fragst Du einen Ratgeber ... Nun ist dieser Ratgeber wohl klug, aber ohne Charakter, und er sagt sich: 'Was soll ich dem Gruppenführer

1) WK Nr.16, "Das dritte Reich der Front", S.2, Sp.1/2

2) WK Nr.29, "Kein Freipaß für das geistige Faultier", S.12, Sp.1

3) WK Nr.14, "Unser Weg", S.3, Sp.2

4) WK Nr.17, "Die Kriegsfreiwilligen-Bewegung", S.4, Sp.1

5) WK Nr.31, "An alle Kommiszköpfe", S.1-4

widersprechen? Er könnte mir mal in die Suppe spucken, und mich betrifft die Verordnung ja nicht.' In diesem Falle möchten wir Dir sagen: 'Lieber Maximilian Müller, Du hast Mist gemacht!' Bist Du nun einer von der großkotzigen Sorte, dann sagst Du: 'Hier greift einer in einem Gruppenführer die gesamte SA an' ..."

Im Falle der SA sollte es sich nun freilich zeigen, daß die große Vorsicht, die auch Schoknecht walten ließ, diesmal tatsächlich nur mit Rücksicht auf die "kleinen Hitlers" notwendig war. Denn bei Hitler selbst und in seinem engeren Kreis hatte tatsächlich die Skepsis gegenüber einer allzu autonomen SA die Oberhand gewonnen, und er löste die Frage mit der ihm eigenen konsequenten Brutalität am 30. Juni 1934. Damit war der Presse automatisch die Freiheit gegeben, zumindest ein paar Tage lang auf die soeben erschossenen SA-Führer zu schimpfen und dabei die bisherige Gesamtsituation der SA immerhin zu streifen. Werner Schoknecht, der - wenn auch vorsichtig - schon früher den Finger auf die Wunde gelegt hatte, überließ es dem nationalsozialistischen Publizisten Schwarz van Bergk - als einem für die Bartholomäusnacht "zuständigen" Sprecher der Partei -, die rechthaberische Bilanz zu ziehen, in der die Problematik der SA-Leute "post festum" durchaus richtig gesehen wird: "... Sie mußten ihren Ausnahmezustand in den des Gesetzes verwandeln. Sie mußten ihr größtes vollbringen: Treue im Warten, Gehorsam ohne Zweifel und sozialistisches Vorbild für die Gemeinschaft. Sie haben versagt. Sie wurden zur schlimmsten Gefahr..." Um seinen Lesern einen Eindruck von der Denkungsart der Nationalsozialisten zu vermitteln, die diesen eine "Abrechnung" nach Art des 30. Juni richtig erscheinen ließ, zitierte Schoknecht in WK auch die letzten Sätze des Kommentars von Schwarz van Bergk: "Allen Ruhm ihres Kriegerturns verspielten sie. Also mußten sie sterben"¹⁾.

1) WK Nr.24, "Der Führer hat lange gewußt ...", S.11, Sp.2/3

Dr. Beuther, der sich ebenfalls kurz zum 30. Juni äußerte, gab seiner Hoffnung, daß die Partei jetzt mehr unter die Kontrolle einer rechtsstaatlichen Ordnung kommen werde, in aphoristisch zugespitzter Form Ausdruck¹⁾: "Die Regierung muß der Bewegung immer einen Schritt voraus sein..."

Sofern das Unwesen der Scharfmacher und Denunzianten ohne spezielle Zielrichtung auf die SA behandelt werden konnte, entdecken wir in den entsprechenden Hinweisen von WK wieder einen erheblich schärferen Ton. Hierfür stand unter anderem ein Zitat von Goebbels gegen die Hyperradikalinskis zur Verfügung, das in der einen oder anderen Form auch in andere Zeitungen Eingang fand²⁾, ebenso wie die gleichgeschaltete Presse auch gelegentlich ein Wort gegen die Denunzianten sagte. Dies wurde von der Staatspublizistik gestattet im Sinne der Bestrebungen, das System nach außen hin "salonfähig" zu machen. (Man bediente sich später ebenso des Denunzianten- und Überwachungssystems, und es gab auch weiterhin radikale Vorreiter der "Bewegung"; aber für die Presse war das Thema dann tabu!)

Den Denunzianten widmete WK unter anderem einen eigenen sehr scharfen Artikel³⁾, in dem auch die Bemerkung eines Gauleiters angeführt wird, derzufolge selbst harmlose Witze zur Kenntnis der Behörden gebracht würden, um anderen Leuten Schwierigkeiten zu bereiten... Der aufmerksame Leser wußte nach der Lektüre des Aufsatzes, daß er künftig zwischen (den obengenannten) Denunzianten auf eigene Faust und den offiziell von den NS-Behörden eingesetzten Spähern zu unterscheiden hatte; denn Schoknecht teilt im gleichen Zusammenhang mit, daß kurze Zeit nach dem Erscheinungsbeginn von WK etliche Auskunftsevertreter usw. bei ihm erschienen seien, "um den Lebenslauf des Trommlers bis zur Wiege zurückzuverfolgen..."³⁾

1) WK Nr. 24, "Was sagt Beuther?", S. 15, Sp. 1

2) "Die 'Scharfmacher' und 'Hyperradikalinskis' sollen in Zukunft ... etwas schärfer unter die Lupe genommen werden ..." (in WK Nr. 17, "Eine deutliche Warnung", S. 13 Sp. 1)

3) WK Nr. 15, "Die Denunzianten", S. 5, Sp. 1-3

Der Abwehr der Radikalinski-Methoden hat Werner Schoknecht zahlreiche Hinweise und kleinere - in der Formulierung oft sehr zugespitzte - Attacken gewidmet. Er durfte dabei der Zustimmung weiter Kreise sicher sein, wie sich auch in einigen im Auszug abgedruckten Leserbriefen zeigt. Von seiner Methode, von diesen Dingen immer nur im allgemeinen Wendungen zu sprechen, wich Schoknecht ab, als ihm das Vorgehen eines Beauftragten des Winterhilfswerks im Oberlahnkreis bekannt wurde. Diesen Eingriff in die private Sphäre der Menschen empfand er als so hanebüchen, daß er sich veranlaßt fühlte, den Fall in allen seinen Einzelheiten darzustellen, und zwar in dem Artikel "Mensch, Müller! Wo willst Du denn mit uns hin?". Der Angriff gegen den WHW-Funktionär, der den Polizeibehörden als offizieller Anlaß für das Verbot von WK diente, ist im Kapitel F unserer Untersuchung wörtlich wiedergegeben.

D. j. Gleichschaltung der Wirtschaft und der Berufsverbände

Das wirtschaftliche und soziale Leben war eines jener Gebiete, auf denen die NSDAP. zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit und insbesondere auf Grund der Umstände, unter denen sie zur Macht gekommen war, über kein festumrissenes Programm verfügte. Den Wünschen eines starken "sozialistischen" Flügels in der Parteiführung stand die Tatsache entgegen, daß Industrie und (der freien Wirtschaft verschriebene) Rechtsparteien beträchtliche Starthilfe zur Machtübernahme geleistet hatten und daß die führenden Männer in der Wirtschaftspolitik des Reiches (Hugenberg, Schacht, später Funk) alles andere als Befürworter eines Sozialisierungsprogrammes waren. Diese Unklarheiten in der Grundkonzeption hinderten große und kleine NS-Funktionäre nicht daran, von

sich aus Eingriffe in die Wirtschaft vorzunehmen oder zu gestatten. Die Figur des staatlichen "Treuhänders" war ein Schreckgespenst für zahlreiche Unternehmer, die sich zum Beispiel gegen das 1933 angelaufene Sonderprogramm zur Arbeitsbeschaffung - das heißt also gegen eine planmäßige Unterwanderung ihrer Belegschaft durch bisher arbeitslose "alte Kämpfer" - gesträubt hatten. Während diese Sorgen nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung in Unruhe versetzten und die Einflußnahme des Themas auf das gesellschaftliche Zeitgespräch daher begrenzt blieb, betrafen die Maßnahmen zur "Neuordnung" der Berufsstände einen erheblichen Prozentsatz der berufstätigen Bevölkerung. Die Zeitschrift "Wirtschaftswinke", die auf dem durch ihren Namen ausgewiesenen Sektor eine ähnlich oppositionelle Haltung einnahm wie WK, lieferte Schoknecht des öfteren das Material für eine sachkundige Ausdehnung seiner allround-Kritik auf das Gebiet der Wirtschaft.

Bei ihren reglementierenden und einschränkenden Maßnahmen auf dem komplizierten Gebiet der Arbeits- und Sozialordnung versuchten die Nationalsozialisten gern den Eindruck zu erwecken, als habe hier bisher absolutes Chaos geherrscht. Mit diesem Argument hatten sie bei naiven Zeitgenossen auch Erfolg, zumal die Arbeitslosigkeit ohnehin starke Zweifel an dem Wert und der Wirksamkeit überkommener Einrichtungen hatte entstehen lassen. Man muß berücksichtigen, daß das gesellschaftliche Bewußtsein in diesen Fragen durch die psychologischen Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr überall in dem Boden der Vernunft wurzelte und daß die mit großem Elan vorgetragenen Absichten der NSDAP a priori mehr Zustimmung fanden als die vorsichtig-restriktiven Maßnahmen beispielsweise eines Brüning. Die Nationalsozialisten machten sich diese Situation nach Kräften zunutze - sie schwammen auf den sich glättenden Wogen der abklingenden Wirtschaftskrise ohnehin schneller zum Erfolg - und zerschlugen, ohne damit allzuviel Aufsehen zu erregen, wesent-

liche Institutionen und Organisationen bzw. bauten diese für ihre Zwecke um. (Man denke nur an die heimtückische Liquidierung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 einschließlich der Beschlagnahme ihres nicht unbeträchtlichen Vermögens.) Diese Veränderungen besonders stark zu spüren bekam der junge Mensch, der vor der Berufswahl stand oder derjenige ältere, der aus diesem oder jenem Grunde seinen Beruf wechseln mußte. Er fand um sich herum fast überall unübersteigbare Hindernisse, so zum Beispiel: Die Einzelhandels-sperre, die Errichtungssperre, die Berufsliste für Schrift-leiter, Prüfungsvorschriften für Handwerker usw.¹⁾ In dem von WK teilweise übernommenen Aufsatz der "Wirtschaftswinke" heißt es hierzu: "... Bislang galt bekanntlich die berufliche Freizügigkeit, gemildert durch Prüfungsvorschriften für eine beschränkte Anzahl von öffentlichen Berufen. In dem durchaus berechtigten Streben, in die einzelnen Berufe und Betätigungsmöglichkeiten etwas Ordnung zu bringen, ist man doch stellenweise etwas zu weit gegangen. An vielen Stellen wurden Verbotstafeln errichtet ... Ordnung muß sein, aber diese Ordnung darf nicht derjenigen einer tyrannischen Hausfrau gleichen, denn dann wird sie zur Qual, zu einer unerträglichen Fessel..."²⁾.

Alle diese Dinge, die hier von einem gleichsam "liberalistischen" Standpunkt aus bei ihrem wirklichen Namen genannt wurden, erschienen in der gleichgeschalteten Presse als wichtige und begrüßenswerte Beiträge zur Neuordnung der Wirtschaft im nationalsozialistischen Sinne. Wobei sich, wie schon oben gesagt, die verschiedenen Gruppen in der Partei- und Staatsführung durchaus nicht darüber einig waren, was in diesem Falle nun "nationalsozialistisch" sei.

Die Experten, die wegen des unumgänglichen Fachwissens zur Führung des fachlichen Zeitgesprächs auf dem wirtschaftlichen Sektor besonders notwendig gewesen wären, schwiegen 1933/34 großenteils. - Wo ihren Leuten die Qualifikation

1) Lt. "Wenn ein Mann jetzt seinen Beruf verliert", WK Nr.32, S.11, Sp.1/2

2) Lt. "Wenn ein Mann jetzt seinen Beruf verliert", WK Nr.32, S.11, Sp.1/2

fehlte, halfen sich die Nationalsozialisten zunächst einmal mit Phrasen ("Brechung der Zinsknechtschaft" und ähnliches), die ungeachtet der ökonomischen Notwendigkeiten den Massen Sand in die Augen streuen und ihnen wieder einmal "herrliche Zeiten" ankündigen sollten.

Wenn sich Fachleute hiergegen wehrten und dabei sogar relativ offen sprachen, so wurde das von WK - in dem Bestreben, wo immer möglich, ein journalistisches Regulativ gegen die von der Staatspublizistik verordnete Unvernunft zu schaffen - natürlich gern aufgegriffen: "Man verwechselt unter gewolltem Verzicht auf jedes tiefere Eindringen in die wirklichen Tatbestände Wirtschaftserfahrungen und Fachkenntnisse mit müder Skepsis und reaktionärer Gesinnung; man setzt eine auf Selbstverantwortlichkeit und Selbstverwaltung beruhende Wirtschaftsführung ohne weiteres liberalistischer Willkür gleich ..." Mit diesen Worten hatte sich ein Bankdirektor Fischer auf einer Bankiertagung gegen die großspurig-ignoranten Angriffe der NS-Funktionäre auf seinem Gebiet gewandt¹⁾. Werner Schoknecht veröffentlicht unmittelbar im Anschluß hieran eine jener Ankündigungen von Parteiprominenten, die ebenfalls wieder jede Konkretisierung vermissen läßt²⁾: "Mit Wirtschaftsfrieden ist nicht gesagt, daß in der Wirtschaft nichts geändert werden soll. Das soll nur nicht von der Straße her geschehen, sondern das machen wir, u n d z w a r r a d i k a l." Welches Niveau die "Gesprächsteilnahme" von seiten der NS-Funktionäre aufwies, kann man auch aus einer Rede des bayrischen Innenministers Wagner entnehmen, die etwa zur gleichen Zeit gehalten wurde: "Ich sehe, daß unter der Parole 'Eingriffe in die Wirtschaft dürfen nicht stattfinden' sich heute wieder ein Natterngezücht an die Oberfläche wagt, von dem man hoffte und glaubte, es wäre verschwunden. In den Banken sitzen heute noch dieselben Halsabschneider wie früher"

1) Zitiert in WK Nr.16, "Kapital und Zins", S.10, Sp.1/2

2) Dr.Goebbels im Berliner Sportpalast lt.WK Nr.16, S.10
"Vor radikalen Wirtschaftsreformen", Sp.1/2

3) Lt. "Freisinger Tagblatt" vom 19.1.1934

Da ein umfassender Strukturwandel der deutschen Wirtschaft (wenn man von den Zwangszusammenschlüssen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ihrer Zusammenfassung in der Dachorganisation DAF absieht) ausblieb, konzentrierte sich das Interesse der Öffentlichkeit mehr auf die Einzelmaßnahmen, die zumeist jeder Rechtsgrundlage entbehrten. WK unterrichtete seine Leser über die robusten Methoden der NS-Treuhänder gegenüber "unsozialen" Betriebsinhabern¹⁾, über die Überwachungsmaßnahmen der Behörden (Staatsminister Esser: "Die deutsche Wirtschaft wird vom Staat kontrolliert"²⁾), über den "wachsenden Schweif von Untüchtigen", der durch die wenigen Tüchtigen mitgeschleppt werden müsse³⁾, über die Mißachtung ausländischen Privateigentums⁴⁾ und dergleichen mehr. Es spricht für das journalistische Gespür von Werner Schoknecht, daß er darüberhinaus eine Erscheinung sehr stark beachtete, von der man erst die allerersten Anzeichen bemerkte, die jedoch die breite Masse des Volkes wesentlich stärker interessieren mußte als alle anderen wirtschaftlichen Probleme zusammengekommen: die beginnende Versorgungskrise. Wie ein empfindlicher Seismograph verfolgt Schoknecht alle Äußerungen auf diesem Gebiet, die natürlich alle irgendwie "positiv" eingekleidet waren und die ihr bedrohliches Gewicht für den Leser vielleicht erst erhielten, wenn dieser sie zusammen mit den anderen Berichten von WK las. So erfahren wir immerhin schon 1934, "daß Deutschland in seiner heutigen Verfassung auch in der Lage sein wird, große strukturelle Veränderungen in seiner Wirtschaft durchzuführen, als auch in der Ersatzstoffbeschaffung Leistungen hervorzubringen, wie sie bereits im Kriege die ganze Welt in Erstaunen gesetzt haben⁵⁾". Was diese Prophezeiung für den "Normalverbraucher" bedeutete, wußten zumindest alle

1) WK.Nr.14, "Aus der Praxis des Treuhänders", S.10 Sp.1

2) WK Nr.18, "Überwachen, nicht eingreifen", S.12, Sp.2/3

3) WK Nr.25, "Um die Freiheit der Wirtschaft", S.13, Sp.1

4) WK Nr.25, "Um die Freiheit der Wirtschaft", S.12, Sp.3

5) WK Nr.23, "Wir werden diese Krise überwinden", S.10, Sp.3

diejenigen gut zu beurteilen, die den letzten Krieg auf einer der unteren Stufen der Lebensmittel- und Kleiderzuteilung mitgemacht hatten. Natürlich verfuhr die Staatspublizistik hier wie in vielen anderen Fragen nach der Methode "Haltet den Dieb"; sie behauptete, die (der wehrwirtschaftlichen Vorbereitung eines neuen Krieges dienende) Autarkie sei Deutschland "von den jüdischen Wirtschafts- und Geldmachhabern aufgezwungen worden." Es ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, wenn ein Professor in der Lessing-Hochschule 1934 erklärte¹⁾: "Betrachtet man die Frage der Ersatzbeschaffung von Rohstoffen unter dem Gesichtspunkt einer Kriegsblockade ..., dann ließen sich - eine genügende Vorbereitungs- und Entwicklungszeit vorausgesetzt - auf zahlreichen Gebieten Ersatzprodukte schaffen."

D. k. Geistige Isolation vom Ausland

Will man die Reflexion der Berichterstattung im Ausland auf das gesellschaftliche Zeitgespräch und dessen Darstellung in Deutschland untersuchen, so ist hierbei besonders nachdrücklich auf die Technik der Staatspublizistik hinzuweisen, die sich weitgehend als "Filter" zwischen die Auslandspresse und den deutschen Leser zwischenzuschalten bemüht war. Dieser Teil der publizistischen Arbeit richtete sich primär nicht so sehr gegen jene intellektuelle Schicht, die sich bewußt ein Bild über Vorgänge und Meinungen im Ausland machen wollte. (Die Einfuhr ausländischer Presseerzeugnisse war in der ersten Zeit der NS-Regierung noch gestattet und wurde erst nach und nach abgedrückt, bis man schließlich bei Kriegsbeginn auch das Abhören ausländischer, neutraler und sogar verbündeter Rundfunkstationen unter Strafe stellte.) Es handelte sich vielmehr darum

1) Zitiert in WK Nr.23, "Erfindungen brauchen ihre Zeit", S.10, Sp.3

für die große Masse der Leser, die "Normalverbraucher" geistig-politischer Kost, bestimmte Vorstellungen zu schaffen, für deren Erzeugung man die Auslandspresse mit einspannen konnte. Wenn also beispielsweise eine englische oder französische Zeitung ein Ereignis oder eine Entwicklung in Deutschland positiv wertete, so wurde das durch die Verstärkertechnik der deutschen NS-Publizisten unter Anwendung rücksichtsloser und unfairer Kürzungs- und Verzerrungstaktiken zu einem bedeutenden politischen Ereignis hinaufgesteigert und vor allem: verallgemeinert. Die namhaften ausländischen Zeitungen wurden nach derart verwertbaren Berichten und Kommentaren geradezu planmäßig abgesucht. Um das Ergebnis brauchten die Übersetzer im Propagandaministerium gar nicht allzu besorgt zu sein; gerade in renommierten Blättern - wie zum Beispiel den großen englischen -, die auf journalistische Objektivität auch dem außenpolitischen Gegner gegenüber hielten, ergab sich immer eine gewisse Ausbeute. Was in dieser Hinsicht von ausländischer Seite bona fide gesündigt worden ist, läßt sich heute nur noch schwer ermessen. Man wird zwar einerseits sagen müssen: die Pressefreiheit ist unteilbar, und ein Journalist in einem freien Land kann nicht jedes Manuskript daraufhin untersuchen, ob eine fremde Staatspublizistik innerpolitisches Kapital daraus schlagen wird. (Wobei noch seine mangelnde Vertrautheit mit den Methoden der jeweiligen publizistischen Funktionäre hinzukommt.) Aber andererseits verstehen wir die Bitterkeit, die der gegen die Diktatur in seinem Land kämpfende deutsche Journalist angesichts der Hilfestellung empfand, die den Goebbels-Falschmünzern von ausländischen Blättern ungewollt gegeben wurde.

Der "positiven" Verwertung ausländischer Presse- und Rundfunkstimmen stand eine umfangreiche publizistische Abwehrtätigkeit gegenüber. Sie trat keineswegs bei jeder Kritik am nationalsozialistischen Deutschland in Aktion - dann hätten die deutschen Zeitungen nur noch Dementis zu

drucken gehabt und außerdem wäre die Vorstellung zerstört worden, die Abneigung gegen das Hitler-Regime bestehe jeweils nur bei kleinen, streitsuchenden Cliques -, sondern beschränkte sich auf bestimmte Fälle: etwa wenn es sich um Angelegenheiten handelte, die in Deutschland selbst schon große Wellen geschlagen hatten (zum Beispiel die Röhm-Affäre), wenn es sich bei dem Kritiker um einen besonders prominenten Mann handelte, der auch im Inland hohes Ansehen genoß, oder wenn sich die Nazi besonders in ihrer "Ehre" (was sie sich darunter vorstellten!) getroffen fühlten.

Werner Schoknecht mußte gegenüber dieser mißbräuchlichen Beteiligung an dem täglichen weltumfassenden Zeitgespräch versuchen, den Stoff aus ausländischen Blättern in seine Spalten hereinzuholen, der für die Durchleuchtung der deutschen Situation notwendig erschien. Die ausländischen Pressestimmen übernahmen eine Art notwendiger Hilfsfunktion für das deutsche gesellschaftliche Zeitgespräch. Sie mußten das Material beitragen, das den deutschen Gesprächspartnern zu bringen verwehrt war oder über das sie auf Grund ihrer eingeschränkten Informationsmöglichkeiten nicht verfügten. Daß die Übernahme ausländischer Zeitungsberichte nur unter Wahrung der üblichen Vorsichtsmaßregeln (eigene Distanzierung dagegen, im Sinne des Regimes "positive" Umrahmung) möglich war - und manchmal eben auch nicht möglich war, ist nach dem hierüber bereits Gesagten selbstverständlich. Auf diese Weise erfuhren - was zur Abwehr der Taktik der Goebbels'schen Staatspublizisten sehr wichtig war - die Leser von WK zunächst einmal immer wieder von der Tatsache des a l l g e m e i n e n Mißtrauens gegen die Nationalsozialisten im Ausland. Formulierungen wie "Es ist möglich, daß er (Hitler; d.V.) den Krieg nicht im Augenblick will..."¹⁾ konnten dabei mehr über das Wesen des Nationalsozialismus aussagen - so wie es in der freien Welt

1) Aus "Le Figaro" vom 31.1.34; WK Nr.14, "Auslandsecho zur Kanzlerrede", S.11, Sp.2/3

gesehen wurde - als eigene lange Artikel. In der gleichen Weise wie die "Figaro"-Äußerung zum Jahrestag der Machtübernahme wirkten die Knickerbocker-Reportagen, über deren Tendenz WK seine Leser in Nr.26 (wenn auch in noch etwas vorsichtigerer "Verpackung") unterrichtete¹⁾: "... Alles, was Knickerbocker von Deutschland sagt, dreht sich um Rüstung und um nichts weiter. Sie steht im Brennpunkt seiner Reportage..." Die bis zum Überdruß betonte "Friedenspolitik" der NS-Regierung verliert einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit - und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung außerhalb Deutschlands, wenn man von einem so bekannten Journalisten wie Knickerbocker erfährt: "... Er rückt Deutschland und sein inneres Werden einseitig in die Beleuchtung der Frage: 'Kommt Krieg in Europa?'..."

Zu den mitteilenswerten Tatsachen, die Werner Scho-knecht aus ausländischen Quellen schöpft, gehören unter anderem die Zahl der Emigranten aus Deutschland²⁾, das Vorhandensein eines "Kampffonds" gegen das Hitler-Regime³⁾, die allgemeine Beurteilung der NS-Regierung in ausländischen und Emigranten-Zeitungen⁴⁾ und vor allem auch die Wertung der Röhm-Krise⁵⁾. Auf die Wiedergabe der Einzelheiten kann hier verzichtet werden, denn Gegenstand der Kritik sind im wesentlichen Tatbestände, die in den Bereich der gleichen Themen gehören, die in den vorausgegangenen Abschnitten bereits als Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs im Deutschland von 1933/34 behandelt wurden. Daß diese Äußerungen ausländischer Blätter gerade in den Darlegungen einer bereits aus eigenem Wissen und eigener Verantwortung kritisch eingestellten Zeitschrift als wertvolle Bestätigung und Verstärkung wirkten, mußte der publizistischen Führungszentrale besonders unangenehm sein.

1) WK Nr.26, "Die Unken-Reportage", S.15, Sp.2/3

2) WK Nr.24, "Die Zahl der Emigranten", S.13, Sp.3

3) WK Nr.15, "Ein Kuriosum", S.9, Sp.3

4) WK Nr.32, S.13, Sp.1; WK Nr.33, S.4

5) WK Nr.24, S.11, Sp.1; S.11, Sp.3; S.13, Sp.1

E. Die Methodik der Darstellung

a. Äußere Methodik: Aufmachung - Gestaltung - Sprache

Die Zweckbestimmung, anderes zu sein als zu scheinen, macht es auf den ersten Blick außerordentlich schwer, das Blatt "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" in eine Kategorie von vergleichbaren Presseerzeugnissen einzuordnen. In die Reihe der Verbands- und Vereinsblätter paßt es sicherlich nicht, weil es den Verbandsrahmen doch zu offenkundig sprengt und das Gruppeninteresse nur am Rande vertritt. Eine allgemein-politische Zeitschrift ist es jedoch scheinbar auch nicht - dazu wurzelt ein Teil des Stoffes zu tief im Bereich des Kriegsfreiwilligentums und gemeinsamer militärischer Erinnerungen der Leser: Derartige bewußte Ungeheimheiten im Bild seines Blattes bildeten bereits einen wohlüberlegten Teil von Schoknechts Methodik. Seine größte Stärke war vielleicht die Tatsache, daß sich sein ursprünglicher journalistischer Instinkt und ein äußerst feiner Spürsinn für die echten Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs verband mit Einfallsreichtum und Wendigkeit. Was die Einheitlichkeit und "Linie" von WK anbetraf, so verließ Schoknecht sich dabei völlig auf die verbindende Kraft seiner Sprache.

Das Gesamtbild der Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" wird geprägt von dem besonderen Zweck, dem zu dienen das Blatt von vornherein bestimmt war. Typographisch entspricht es dem, was man 1933/34 "modern" nennen konnte, ohne in dieser Hinsicht überdurchschnittliche Ansprüche zu erfüllen: Der normale, dreispaltige Zeitschriftensatz (Fraktur) wird durch die meist in Schreibschrift-Satz gehaltenen ein-, zwei- oder dreispaltigen Überschriften aufgelockert. Die Neigung, durch die Wahl großer Schrifttypen mit den Überschriften gelegentlich etwas zu "knallen", ist

unübersehbar. Das ergibt eine gewisse optische Schwerpunktbildung auf manchen Seiten, ohne daß dabei jedoch die Gesetze eines normalen und proportionsgerechten Umbruchs verletzt würden. Soweit irgend möglich sind Bilder und in einigen Heften auch Karikaturen eingestreut.

In der Anordnung des Stoffes kann, obwohl es - äußerlich - meist um militärische oder militärisch-politische Themen geht, von "soldatischer Strenge" keine Rede sein. Feststanden lediglich der auf Seite 1 beginnende und in den meisten Fällen umlaufende Leitartikel, die Spalte "Erwerbslose Kameraden" (die manchmal mehr als die Hälfte der letzten Seite in Anspruch nahm), ferner ab Nummer 9 die Plauderei "Was sagt Beuther ?" am Schluß des Heftes und ab Nummer 14 die Zusammenstellung von Pressestimmen sowie Prominenten-Zitaten unter der Überschrift "Aus Zeitungen und Zeitschriften..." Ein Roman lief nur zeitweilig mit. Der übrige Raum stand einer wechselnden und den jeweiligen Bedürfnissen angepaßten Gestaltung offen.

Die äußere Form des Blattes war stets nur Hülle, der gegebene Lesestoff nur Polster für die Mitteilungen und Darlegungen, die der Zeitung Sinn und Aufgabe gaben. Erst aus der Notwendigkeit, Wesentliches und Unwesentliches miteinander zu mischen, ergab sich in der Stoffzusammenstellung allerdings doch eine gewisse Ausgewogenheit von Journalistik und Unterhaltung. Der auf Seite 1 beginnende Leitartikel beinhalten meistens eine zeitkritische Abhandlung unter dem (vorgeschützten) Gesichtspunkt der Kriegsfreiwilligen. Bereits die Titel der Leitaufsätze lassen im Laufe der Zeit auf eine kritischer werdende Tendenz des jeweiligen Inhalts schließen. Während die November-Wahl 1933 mit der nachfolgenden Leitartikel-Überschrift noch als "Weltsieg für den Frieden. Am Wendepunkt einer zweitausendjährigen Geschichte" apostrophiert wurde, gibt der Untertitel des Kommentars zur August-Wahl 1934 ("Und ein positiver Vorschlag") bereits einen Vorgeschmack davon, daß hier wahrscheinlich ein Vorschlag gemacht werden würde, der in den Ohren der Macht-

haber keineswegs mehr positiv klingen konnte. (Es handelte sich um die Idee, unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen einzurichten.) Außer dieser permanenten und mit wachsender Schärfe geführten Auseinandersetzung mit dem Regime beanspruchten von Fall zu Fall auch aktuelle Ereignisse anderer Art die erste Seite: der Tod Hindenburgs, Ludendorffs Haltung gegenüber Hindenburg, die Schlachtfelderfahrt einer Gruppe von Kriegsfreiwilligen sowie die Erinnerung an den Kriegsausbruch vor 20 Jahren. Mit dem Leitartikel "Freiwilliges Sterben in Japan" scheint uns auch die Gattung der "Füllartikel" in der Aufmachung des Blattes vertreten zu sein.

Dem Leitaufsatz folgt in vielen Fällen auf Seite 2 oder 3 ein weiterer Grundsatzartikel, der sich mit Problemen des nationalsozialistischen Staates (in irgendeiner Beziehung zur Kriegsfreiwilligen-"Bewegung") befaßt. Der weitere Inhalt der Zeitschrift besteht in unterschiedlicher Reihenfolge und Zusammenstellung unter anderem aus politischen Stellungnahmen, zahlreichen Erlebnis- und Erinnerungsberichten (sie liefern den Hauptanteil des Unterhaltungsstoffes) sowie aus Leserbriefen, meist zwei Seiten Material "Aus Zeitungen und Zeitschriften", Soldatenwitzen, kleinen Meldungen (beispielsweise über die Entwicklung im Stahlhelm), Auslandsberichten, Bildern aus der militärischen Gegenwart und Vergangenheit, gelegentlichen Karikaturen und immer wieder natürlich Artikeln, in denen in irgendeiner Form die vaterländischen Verdienste der Kriegsfreiwilligen hervorgehoben werden. Als Beispiel für das Mischungsverhältnis zwischen den oft (scheinbar) recht willkürlich zusammengetragenen Stoffen mag das Heft Nummer 9 dienen. Dem Leitartikel ("Das heilige Muß. Vom Kriegsfreiwilligentum als Weltanschauung") folgt auf Seite 2 ein Erlebnisbericht über die Begegnung mit amerikanischen Soldaten im Jahre 1918 und auf Seite 3 ein weiterer Grundsatzartikel ("Der Staat und die Kriegsfreiwilligen") mit dem etwas provokatorischen Untertitel "Friede sei mit Euch !" Die folgenden dreiein-

halb Seiten werden von einer gut gebildeten Reportage über den Dienst in der Reichswehr (Besuch bei einer M.G.-Kompanie des Wachregiments Berlin) in Anspruch genommen. Ihr schließt sich ein Bericht über den Arbeitstag des "Führers" an, der auf den ersten Blick recht "positiv" im Sinne des Regimes erscheinen mag, über dem aber in einem gewissen Maße bereits jene Mehrdeutigkeit liegt, auf die bei der Behandlung der Darstellungsformen noch einzugehen ist. "Wir werden verreisen !" lautet die Überschrift zu der (unpolitischen) Vorbesprechung einer geplanten Frankreich-Fahrt mit Lesern von WK. Dieser Abhandlung ist auf der gleichen Seite des Blattes noch ein zweispaltiger Entrefilet angefügt, der für die Erhaltung der Burschenschaften - und damit gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung der Studenten - plädiert. Der folgende Artikel "Bravo, Minister Rust !" geht von dem Einzelfall aus, daß Rust einen (kriegsfreiwilligen) Nicht-Pgg. in eine führende Stellung berufen hat. Hieran "aufgehängt" finden wir eine fast halsbrecherisch anmutende Kritik der von den Nationalsozialisten praktizierten Methode, berufliche Positionen nach dem Parteibuch zu vergeben. Die folgenden Beiträge¹⁾ setzen sich ebenfalls mit den verschiedenen Erscheinungsformen des Regimes auseinander, wobei einer besonders deutlich auf die offen zutage tretende Problematik der SA eingeht ("Überführung in den Friedenszustand"). Es folgen wieder reiner Lesestoff, die Plauderei "Was sagt Beuther ?", einige Mitteilungen in eigener Sache und Soldatenwitze, schließlich zwei Seiten Leserbriefe und der Teil für "Unsere erwerbslosen Kameraden". -

Beispielhaft für die Gestaltung der anderen erschienenen Ausgaben von WK ist der Inhalt des Heftes 9 nur insofern, als er die Vielfalt der Zusammensetzung und einige

1) "Auf dem Beobachtungsstand. Gegen die Vereinsmeier"; "Kameradschaftshäuser"; "Wie gefällt es Dir in der SA ?"; "Die Macht des Gedankens".

Generalthemen aufzeigt, die immer wieder anklingen. In den meisten Heften ist die Unterhaltung etwas stärker vertreten, zumal zeitweilig ein Roman oder die Fortsetzungs-Serie "Spione durchbrechen die Front" mitlaufen.

Das Problem, der Zeitung trotz der verschiedenen zu berücksichtigenden Stoffarten und -gebiete ein "Gesicht" zu geben, löste Schoknecht mit Hilfe der Sprache. Sie zeichnet sich in WK durchweg durch betont-soldatische Nüchternheit, Klarheit und (scheinbare) Offenheit aus. Immer dann, wenn die Behandlung eines Gegenstandes mehrere Auslegungen möglich machen soll, muß sie dem (im Sinne des Regimes) Gutgläubigen besonders "unschuldig" erschienen sein. Soweit es das Thema irgend zuläßt, spricht aus den Zeilen eine norddeutsch-herbe, meist sehr hemdsärmelig vorgetragene Fröhlichkeit, zuweilen auch schallendes Gelächter. Abstand und Überlegenheit gegenüber den unangenehmen und kritisierten Zeiterscheinungen werden, so gut es geht, gewahrt - alles in der Haltung eines Mannes, der, die Hände in die Seiten gestützt, dasteht und mit norddeutschem Zungenschlag etwa sagt: "Das ist ja eine tolle Sache, so geht's nun aber wirklich nicht !" -

Schoknechts und seiner Mitarbeiter Darlegungen machen sich nicht dadurch verdächtig, daß sie zu hohe intellektuelle Anforderungen stellen. Im Gegenteil: gerade dann, wenn es sich um eine ganz offene Kritik am Regime handelte, wurde das Nötige oft mit einer solch frappierenden Geradheit gesagt, daß ein im Machtdenken befangener NS-Funktionär zunächst gar nicht auf die Idee kommen konnte, hier sei ein grundsätzlich "böser Wille" am Werk. Auf den ersten Blick mußte der Eindruck entstehen, es handle sich um Protagonisten des "Aufbruchs der Nation", die nur darauf gewartet hatten, ihre Federn tief in die unkonventionell-aufbaufreudige Tinte tauchen zu können. Dafür spricht nicht zuletzt die weitgehende Benutzung der mili-

tärischen Terminologie, bildhaft untermalt von soldatischen Kraftausdrücken, die sich nicht zur Wiedergabe in Damen-zirkeln eigneten, dafür aber umso mehr dem heraufziehenden männlich-kernigen Zeitalter angemessen erschienen. Die betont unbürgerliche Haltung des Blattes¹⁾ mußte WK den neuen robusten "Volkserziehern" geradezu sympathisch machen. Hinzu kommt eine eifrige Verwendung von Schlagworten und Phrasen aus dem nationalsozialistischen Parteiargon, insbesondere soweit sie von diesem aus dem militärisch-pathe-tischen Sprachschatz entlehnt wurden. Alle Attribute soldatischer Tüchtigkeit, Ausdrücke wie "Hingabe", "Opferbereitschaft" im Dienst und zur "Ehre" der "Volksgemeinschaft", der "Bewegung" und ihres "Führertums" bilden gleichsam die ideologisch-standfesten Korsettstangen gerade in jenen Artikeln, in denen (meist ja aus der Sicht der Kriegsfreiwilligen) mit den Erscheinungsformen des Systems ins Gericht gegangen wird.

Alle Texte sind frisch, flott und im allgemeinen auch straff redigiert. Das Wesentliche, der Kern einer Sache wird gut herausgearbeitet, sofern nicht ganz bewußt eine Verschleierung oder Akzentverschiebung notwendig wurde. Infolge der konsequenten Handhabung ihrer Mittlerfunktion steht die Redaktion den zu behandelnden Fragen mit einer gewissen Distanz gegenüber, sie ist nicht in dem gleichen Maße "engagiert" wie manche tierisch ernsten Verbandsblätter. Dies führt dazu, daß viele Dinge - soweit es Gegenstand und politische Vorsicht überhaupt zulassen - in der beschriebenen Weise humorvoll behandelt werden.

E. b. Innere Methodik: Die Darstellungsformen - Mehrdeutigkeit - Verstellung - Schein-Loyalität

Wie die Untersuchung der von WK wiedergegebenen Gesprächsinhalte gezeigt hat, veröffentlichte Werner Schoknecht oppositionelle Meinungsäußerungen von - für die damalige Zeit -

1) Zum Beispiel in WK Nr.20 "Seine Jämmerlichkeit: dër Bürger" S.7, Sp.1

frappierender Offenheit. Das war nur möglich, weil er für jede derartige Veröffentlichung in virtuoser Handhabung aller handwerklich-journalistischen Mittel die ihr gemäße und zugleich sicherste Form der Darstellung fand. Nicht immer erschien es zweckmäßig, in einem ganzen Artikel oder offensichtlich im "Frontalangriff" mit dem Regime ins Gericht zu gehen. Die innere Methodik Schoknechts, die hinter seiner volkstümlichen Sprache und der geschickten äußeren Gestaltung des Blattes sichtbar wird, enthält eine ganze Skala von Möglichkeiten. Sie beginnt damit, daß unterhalten-der "Füllstoff" und "eigentlicher Inhalt" des Blattes nicht immer sauber voneinander zu trennen sind. Die Nebensätze belangloser und langatmiger Abhandlungen schienen oft wie geschaffen dazu, um mehr oder weniger versteckte Spitzen zu hochaktuellen Themen oder Ereignissen unterzubringen. Wichtige und treffende Meinungsäußerungen, die wir im Abschnitt D dieser Arbeit als beispielhaft für den Willen und Anspruch zur Darstellung des Zeitgesprächs der Gesellschaft zitiert haben, entstammen dem Zusammenhang solcher Aufsätze mit äußerlich zum Teil völlig andersgerichteter Themenstellung. Hierfür zwei Beispiele: In einem unpolitischen Reisebericht aus Frankreich heißt es: "...Und Kamerad Pfarrer organisiert... das Kirchenbuch der Kriegsfreiwilligen !" ¹⁾ Anstelle der drei Punkte ist völlig unvermittelt die Bemerkung eingeschoben: " - was wird heute nicht alles organisiert -". Oder in der Plauderei "Witze mit Bart" ²⁾ heißt es: "...Nur wer einen besonders guten Witz aus älterer Vorzeit ausgegraben hat, darf diesen einreichen unter Beifügung eines reinrassigen Stammbaums..." Beide Bemerkungen sind keineswegs krasse Beispiele, sondern eher Grenzfälle, über die man ziemlich leicht hinwegliest - wenn nicht der Leser schon auf das Herausfinden derartiger Nebensätze geschult ist.

Eine noch wesentlichere Rolle als die Methode des "Einbauens" einer Aussage in eine andere spielte die gewollte Zweibzw. Mehrdeutigkeit einer Veröffentlichung. Zustände oder Er-

1) WK Nr.23 "Was sagt Beuther ?" S.13, Sp.1

2) WK Nr.33 "Witze mit Bart" S.10

eignisse, die kritisiert werden sollten und die offen beim Namen zu nennen zu riskant war, wurden so schillernd abgehandelt, daß der verrannt "Gläubige" das (für ihn selbstverständliche) Einverständnis mit den Maßnahmen der Führung daraus entnehmen konnte, während der unbefangene Leser erstens den Tatbestand erfuhr und zweitens meist auch in vorsichtiger Weise die Argumente der Ablehnung bzw. der Fragwürdigkeit entnahm. Die verschiedenen Mitarbeiter von WK handhabten die Mehrdeutigkeit in der Tendenz eines Artikels natürlich mit unterschiedlichem Erfolg. Als bemerkenswertes Beispiel für eine auf diese Weise verschleierte Kritik erscheint uns ein Teil des Artikels "Gesetze des Lebens" von Dr. Edgar Dreher in Nummer 15. Dreher zieht hier einen Vergleich zwischen dem menschlichen Körper und der "Volksgemeinschaft", wobei er den Kriegsfreiwilligen die Funktion der weißen Blutkörperchen zuweist: "...Der Vergleich zeigt, daß eine Volksgemeinschaft ein viel besserer Mensch ist als jeder einzelne für sich, aber ihre Gesetze sind die gleichen. Damit Millionen leben können, müssen Tausende sich der Gemeinschaft opfern. Wir sehen die Dinge nicht richtig, wenn wir sie so sehen: Parteigenossen erhalten Arbeit und Ämter, weil einige hundert oder tausend ihrer Soldaten in Saal- und Straßenkämpfen die Macht erobert haben, während wir, die Mann für Mann in den blutigen Schlachten des Weltkrieges das Leben eingesetzt haben, warten müssen, bis die Jungen der Partei versorgt sind. Auch die Partei ist ein lebender Organismus, er muß erst selbst den inneren Genesungsprozess beendet, das Mißverhältnis zwischen Leistenden und Fordernden in seinen eigenen Reihen überwunden haben..."¹⁾

In diesen Zeilen wohnen Angriff und Konzession, Ironisierung und Verteidigung der Partei so eng beieinander, daß uns dieser Artikel als exemplarisch dafür erscheint, wie man in überlegener journalistischer Manier auch ein sehr "heißes Eisen" aus dem gesellschaftlichen Zeitgespräch zur Darstel-

1) WK Nr.15 "Gesetze des Lebens" S.2

lung bringen kann. Die Folgerung erscheint banal, aber sie soll bei der Anerkennung der Leistung in WK nicht unerwähnt bleiben: die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der Staatspublizistik ist also nicht nur eine Frage des Mutes, sondern vor allem der dialektischen Könnerschaft. Es versteht sich von selbst, daß es für die zwielichtige Form der Darstellung, die das "Sowohl" und das "Als auch" enthält, kein Schema gibt. Die richtigen Worte müssen aus dem Gefühl des Augenblicks kommen, in dem man eine solche notwendige Veröffentlichung für taktisch richtig und zweckmäßig hält. Werner Schoknecht und seine Freunde haben recht oft zu diesem Mittel gegriffen, zum Beispiel auch um deutlich zu machen, wie schwer ein ehemaliger Frontkamerad Hitlers jetzt an den zum Reichskanzler Avancierten herankommt¹⁾, um das Problem des Einparteien-Staates zu behandeln²⁾, auf den starken Bedarf an ausländischen Presseerzeugnissen in Deutschland hinzuweisen³⁾, um die eigene "Staatsbejahung" zu betonen (und gleichzeitig zu persiflieren)⁴⁾ und viele andere Dinge mehr. Wir müssen es uns versagen, den verschiedenen und teilweise recht reizvollen Variationen nachzuspüren, möchten aber darauf hinweisen, daß sich auch manche Abonnenten in ihren Leserbriefen auf einen solch schillernen Ton verstanden⁵⁾.

Eng verwandt mit der mehrdeutigen Form der Darstellung eines Tatbestandes ist die scheinbar (im Sinne des Regimes) "positive" Wiedergabe. Daß der Zweck einer solchen Berichterstattung - nämlich den Leser über eine ablehnenswerte Maßnahme der Machthaber zu unterrichten und die Stellungnahme für diesmal seinem eigenen Urteil zu überlassen - gelegentlich sogar mit Auszügen aus dem "Völkischen Beobachter" erreicht werden konnte, unterstreicht die Wichtigkeit des Ortes, an dem eine Veröffentlichung erfolgt. Derartige Zitate aus einer gleichgeschalteten bürgerlichen oder gar aus einer Partei-Zeitung mußten in der WK-Zusammenstellung ("Aus Zeitungen und Zeitschriften") eine journalistisch ganz andere

1) WK Nr.11 "Kanzler und Kamerad" S.3, Sp.2/3

2) WK Nr.25 "Zeitenwende" S.4, Sp.2/3

3) WK Nr.32 "Von der wirtschaftlichen Seite" S.5, Sp.3

4) Zum Beispiel WK Nr.9 "Der Staat und die Kriegsfreiwilligen" S.3, Sp.2/3, WK Nr.8 "Latrinenparolen" S.10, Sp.1/2

5) Zum Beispiel WK Nr.2 "Was die Kameraden sagen" S.8, Sp.1/2

Funktion erhalten. Hierfür sorgte einerseits der Gesamtcharakter dieses Blattes, daneben aber vor allem die Häufung von derartigen Zitaten, deren Auswahl ganz offensichtlich unter dem Gesichtspunkt erfolgte, einen Überblick über diktatorische und außergewöhnliche Maßnahmen des Regimes und den dagegen geleisteten Widerstand zu vermitteln.

Die "positive" Darstellung tritt uns, sofern der Beitrag nicht aus einem anderen Blatt übernommen wurde, in der Form entgegen, daß sie des "negativen" Kommentars oder eben der "zwielichtigen" Beimischungen entbehrt und ist immer dann möglich, wenn diese "Nachricht" den (negativen) Kommentar in sich trägt. Dies ist offensichtlich der Fall, wenn ein Leitartikler von einem viel benutzten "patriotischen" Spruch der NSDAP (zustimmend ? höhnisch ?) sagt: "... 'Deutschland soll leben, und wenn wir sterben müssen', das ist Weltanschauung..."¹⁾ Allenfalls das Mittel des Vergleichs wird vorsichtig eingesetzt, etwa wie es in einer Schilderung des Aufstiegs von Gruppenführer Karl Ernst, dem 29-jährigen Chef der Berliner SA, geschehen ist:²⁾ "... Der rasche Aufstieg dieses SA-Führers wird besonders deutlich, wenn man sich vorstellt, daß auch der fähigste Offizier mit 29 Jahren höchstens Oberleutnant sein kann. Man muß weit zurückgehen in der Geschichte - vielleicht findet sich ein Beispiel bei den Marschällen Napoleons - um Zeiten zu finden, in denen ein ähnlich rasches Vorwärtsskommen möglich war." In vielen Fällen funktionierte die "positive" Darstellung natürlich nach der Regel, daß man eine Sache am besten lächerlich macht, ad absurdum führt oder "erledigt", indem man sie möglichst nackt und schmucklos (und gegebenenfalls nach dem historischen Vorbild der Emser Depesche entsprechend gekürzt) der Öffentlichkeit darbietet. So zum Beispiel die Meldung "Liebig erhält Ehrendolch"³⁾, in der es heißt: "Der im Waltershausener Mordprozess angeklagte

1) WK Nr.9 "Das heilige Muß" S.1, Sp.3

2) WK Nr.17 "Schneller Aufstieg" S.6, Sp.3

3) WK Nr.21 S.11, Sp.1

Chauffeur Liebig, der vom Gericht bekanntlich freigesprochen wurde, weil die vom Staatsanwalt erbrachten Belastungsmomente nicht schlüssig waren, hat den vom Stabschef Röhm gestifteten Ehrendolch erhalten." Ebenso sicher konnte man die Wirkung der kommentarlosen Wiedergabe eines Beitrages aus der Zeitung "Völkische Kultur" sein, der sich auf eigene Weise mit dem Arbeitsrecht der Frau befaßt:¹⁾ "Geht die Lösung der Arbeitsbeschaffungsfrage für den Mann auf dem Wege der erneuten Frauenentrechtung von der Arbeit vor sich, so wird ein Frauengeschlecht heranwachsen, das in jungen Jahren durch Entzug der Arbeit enttüchtigt worden ist. Denn Frauen, die in ihrer Jugend an der Seite einer noch rüstigen Mutter als Drohnen im elterlichen Haushalt lebten, können niemals gesunde, tüchtige und vorbildliche Mütter, Erzieherinnen und Hausfrauen werden. Alle Frauenunruhe und damit alle Frauenfrage ist aus dem Entzug von Aufgabe und Arbeit entstanden..."

Gegenstand eines scheinbar positiven (aus dem "Völkischen Beobachter" übernommenen) Berichtes war in einem Falle auch das "freiwillige" Aufgehen des Stahlhelms in der SA²⁾, ferner die Feststellung, daß man in der November-Wahl 1933 "keinerlei unerlaubte Mittel" angewendet habe (ebenfalls aus dem "Völkischen Beobachter")³⁾, die Ankündigung einer Entlassungswelle in den KZ-Lagern⁴⁾ sowie neben einer ganzen Reihe anderer Dinge eine Art "Ansprache" an die in Deutschland akkreditierten Auslandskorrespondenten⁵⁾. Hierin wird erstens gesagt (mit ungewollt verdoppelter Wirkung, weil wenige Tage später das Verbot des Blattes erfolgte), man solle doch die Existenz einer solchen Zeitschrift wie WK, gleichsam als Beweis für die im Dritten Reich vorhandene Pressefreiheit nehmen. In Frageform - aber mit "positivem" Vorwurf gegen die Korrespondenten - werden schließlich die Themen genannt, für die sich die Auslandszeitungen

-
- 1) WK Nr.21 "Zum Arbeitsrecht der Frau" S.11, Sp.3
 - 2) WK Nr.22 "Nationalsozialistischer Frontkämpferbund (früher Stahlhelm)" S.11, Sp.3
 - 3) WK Nr.27 "Stimmen zur Wahl" S.12, Sp.2
 - 4) WK Nr.27 "Die Amnestie des Führers" S.12, Sp.3
 - 5) WK Nr.33 "Verwirrung der Gemüter" S.4

im Augenblick anscheinend besonders stark interessierten:
"...Warum wird...jeder Sturm im Wasserglas für teures Geld
in die Redaktionen telefoniert ? Über die Gleichberechtigung ?
Über den Kirchenstreit ? Über allzu militärisches Auftreten einzelner ?..."

Zu den geglückten Versuchen, mit "positivem" Vorzeichen eine wirksame Kritik gegen die Person Hitlers vorzubringen, gehört die Zusammenstellung von Hitler-Karikaturen aus ausländischen Zeitungen sowie aus deutschen Blättern vor der Machtübernahme¹⁾. Diese Zeichnungen beinhalten nicht eine humorvoll-freundliche Persiflage einzelner menschlicher oder politischer Schwächen, sondern sie zeigen Hitler durchweg in seiner wahren Gesamtgestalt: als Gewaltherrscher, als Inkarnation des Bösen. -

Zu den weiteren der von WK planmäßig ausgeschöpften Möglichkeiten, der Staatsführung unangenehme Elemente des gesellschaftlichen Zeitgesprächs zur Darstellung zu bringen, gehört die Mitteilung eines Mißstandes dadurch, daß man seine Abstellung meldet. Eine solche Berichterstattung mußte natürlich meist wider besseres Wissen erfolgen (und zwar deswegen, weil dem Übel keineswegs abgeholfen worden war). Dies setzte ein gutes Einverständnis zwischen Zeitung und Leser voraus, tat aber der Sache keinen Abbruch, weil der Leser ja normalerweise auch gar nicht glauben gemacht werden sollte, das Regime sei in diesem oder jenem Punkt auf dem Weg der Besserung. Sondern es sollte nur auf einen Übelstand hingewiesen oder an dessen Weiterbestehen erinnert werden. Als Nebenwirkung der Veröffentlichungen kam vielleicht hinzu, daß die Staatspublizistik wieder einmal einer Lüge überführt werden konnte.

Mit Hilfe dieser Methode wurde vor allem das Thema Konzentrationslager immer wieder angegangen. So beginnt die bereits zitierte Reportage "Im Konzentrationslager"²⁾ mit den gesperrt gedruckten Worten "Zum Abschied...", und in

1) WK Nr.11 "Der Führer lacht" S.12/13, (übernommen aus dem nach Meinung des Verfassers später wieder aus dem Verkehr gezogenen Bildsammelwerk "Hitler in der Karikatur der Welt")

2) WK Nr.16, S.6/7

dem redaktionellen Vorspruch wird ausdrücklich darauf hingewiesen, diese Lager würden "bald nur noch eine historische Erinnerung sein". Ähnlich - mit dem Vermerk, er befinde sich inzwischen wieder auf freiem Fuß - wird die Verhaftung von Oberstleutnant a.D. Düsterberg, dem früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Stahlhelms, mitgeteilt.¹⁾ Ein von WK zitiertes Verordnungsblatt des Stahlhelms²⁾ spricht auch in erster Linie von "Haftentlassungen", obwohl es offensichtlich darum geht, daß künftige Verhaftungen von Stahlhelm-Funktionären der Bundesleitung mitgeteilt werden sollen. Des weiteren wird mit dem Zitat aus einer Goebbels-Rede, daß es künftig "keine Gesinnungsschnüffelei mehr geben wird"³⁾ ebenfalls die "bevorstehende" Abschaffung eines Übels gemeldet, die man sich auch nach den damaligen erst kurzen Erfahrungen mit dem NS-Regime kaum vorstellen konnte. Aber das Goebbels-Zitat hatte im Sinne der journalistischen Bestrebungen von WK eine wesentliche Aufgabe erfüllt: mit seiner Hilfe konnte auf einen Tatbestand hingewiesen werden, der im gesellschaftlichen Bewußtsein von 1933 keineswegs "verdaut" war. - Auch zu diesem Komplex könnte die Reihe der Beispiele fortgesetzt werden, bei deren Lektüre der Verfasser in eindringlicher Weise darauf hingewiesen wurde, in welch erschreckender Weise der totalitäre Staat selbst noch dem Gegner seine eigenen Mittel aufzwingt: Um seine Chronistenpflicht auch nur einigermaßen zu erfüllen (und damit der Wahrheit zu dienen), mußte der Zeitungsmann der Jahre 1933/34 bewußt zur Lüge greifen.

Dieses scheinbare Paradoxon tritt noch deutlicher hervor, wenn man eine (von WK allerdings seltener angewendete) Abart der eben behandelten Methode betrachtet: das Dementi, die Leugnung eines hinreichend bekannten Übelstandes - ebenfalls um ihn als Gegenstand des gesellschaftlichen Zeitgesprächs wieder in Erinnerung zu bringen. Wenn bestimmte - im allgemeinen natürlich die "interessantesten" - Gesprächs-

1) WK Nr.27 "Eine Latrinenparole" S.13, Sp.1

2) WK Nr.20 "Zivilkourage" S.2, Sp.1

3) WK Nr. 9 "Bravo, Minister Rust !" S.9, Sp.1

elemente bei ihrer Darstellung einem solchen Chiffre-System anvertraut werden mußten, so war natürlich schon ein ziemlich hoher Grad von "Abstimmung" zwischen Zeitung und Leser erforderlich. Man darf allerdings die Tatsache nicht unterschätzen, daß sich gerade zu Beginn einer Gewalt- oder Fremdherrschaft bei den ideologisch nicht beeinflussten Teilen der Gesellschaft ziemlich schnell die Kunst des Zwischen-den-Zeilen-Schreibens und -Lesens herausbildet. Im Falle von WK gibt eine große Zahl von Leserbriefen (und persönlichen Bekenntnissen gegenüber Werner Schoknecht) darüber Auskunft, daß die Mehrheit der Abonnenten der redaktionellen Gedankenführung auch dann noch folgte, wenn eine Aussage sehr getarnt erfolgte. (Darüber, wie es hiermit später bestellt war, als sich die Zeitung zum Massenblatt entwickelte, gibt es naturgemäß keine genauen Anhaltspunkte. Aber die Tatsache des schnellen Publikumerfolges sagt ja eigentlich schon genug.)

Dennoch ist die Gefahr einer solchen Methode wie "Mitteilung durch Dementi" nicht zu übersehen. Bei jedem, der nicht zum Kreis der "Wissenden" gehört, muß die Glaubwürdigkeit des Blattes in Gefahr geraten, wenn er eine solche der Wahrheit zuwiderlaufende Darstellung liest. Rein äußerlich bewegt sich die Tendenz in diesem Falle ja ausschließlich auf dem Kurs der lügenhaften Staatspublizistik, wenn es in der KZ-Reportage etwa heißt:¹⁾ "...Insbesondere muß betont werden, daß irgendwelche körperlichen Mißhandlungen nicht in Frage kommen." Oder wenn einem versichert wird, es sei falsch, die Beschaffung des Arbeitsplatzes "als Belohnung für die bisherige Haltung zu bezeichnen".²⁾ Diese am äußersten Rande der Möglichkeiten liegende Darstellungs-Methode wurde im allgemeinen nur in geschickter Verbindung mit anderen Mitteln angewendet - wie ja überhaupt zu berücksichtigen ist, daß die letzten Feinheiten der Wirkung auf das Leserpublikum bei der Bewältigung einer so schwierigen journalistischen Aufgabe nicht zuletzt in

1) WK Nr. 16 "Im Konzentrationslager" S. 6/7

2) WK Nr. 16 "Keine Parteibuch-Aktion" S. 11, Sp. 1

den Gesamtaufbau eines Artikels, in die geschickte Aufmachung einer ganzen Seite einzukalkulieren sind.

Ein überaus beliebtes Ausdrucksmittel wohl zu allen Zeiten beschränkter Pressefreiheit war und ist die Analogie. Einzige Voraussetzung für den Erfolg dieser Methode ist, daß man solche Figuren und Ereignisse auswählt, die von den Lesern in dem gewünschten Sinne verstanden werden (also in ihrer ursprünglichen Bedeutung gut bekannt sein müssen), - und daß man jederzeit eine ausreichende Erklärung zur Hand hat, warum gerade zu diesem Zeitpunkt an dieser Stelle diese anzügliche Geschichte (zum Beispiel aus dem Altertum) veröffentlicht werden "mußte". Der Journalist steht hierbei immer wieder vor einer schwierigen Aufgabe: während eine gelungene Analogie viel Schmunzeln erregt, hinterläßt ein in seiner letzten Deutung nicht verstandener Versuch zur Parodie leicht Mißbehagen oder Verärgerung beim Leser.

Die Redaktion von WK scheint im allgemeinen den richtigen Ton getroffen zu haben, um beim Leser die Gedankenassoziation auszulösen, die ihn den wirklichen Gegenstand der Kritik erkennen ließ. In Nummer 17 veröffentlicht Schoknecht ein Foto aus dem Krieg¹⁾, das englische Kriegsgefangene in einem Rettungsboot mit erhobenen Händen zeigt. In der Bildunterschrift heißt es unter anderem: "...Geschenkt ! Geschenkt ! Wir sehen schon, was los ist und wo bei Euch die Herzen sitzen !" Und darunter folgt dann die zweisepaltige Artikel-Überschrift "Unsere Tageszeitungen". Während dieses Beispiel einer Analogie primär auf der optischen Wirkung beruht, im folgenden ein anderes mit mehr geistig-humoristischem Akzent: Wir können uns vorstellen, wie sich mancher Leser der Jahre 1933/34 bei der Lektüre von "Wer war Sokrates ?"²⁾ vor Vergnügen auf die Schenkel geschlagen hat. ("...Die hohen Herren ließen ihn zunächst durch die Geheime Staatspolizei mit konzentrierter Aufmerksamkeit beobachten... Doch waren die trefflichen Ausführungen des Dr.Goebbels in Athen noch nicht bekannt und so schickte man eines schlech-

1) WK Nr.17, S. 9, Sp.1/2

2) WK Nr.15, S.10, Sp.1/2

ten Tages einen Polizeikommissar zu Sokrates mit der Anfrage, ob er seine Lehren widerrufen wolle...) Sehr naheliegend erscheint ein Bericht aus einer ungarischen Zeitung über die Bestimmungen der rumänischen Zensurbehörden: sehr viel Themen zur Berichterstattung bleiben da nicht übrig¹⁾. Wenn auch etwas schwieriger zu verstehen, so aber doch sehr geschickt ausgewählt ist ein längeres Zitat aus einem Goebbels-Artikel, in dem (am Beispiel des "Angriff") die Bedeutung einer eigenen Zeitung für eine Gruppe oder Partei, die in der Öffentlichkeit ihre Ansichten geltend machen will, geschildert wird. Die Parallelität der äußeren Vorgänge reicht hier bis in die Frage der Geldknappheit, des Mangels an fester Anhängerschaft usw. Diese Analogie wird in einem eigens dazu von Schoknecht angefügten Kommentar ausgeschlachtet: "Aus welchen Motiven einer unsere Zeitschrift bestellt, ist gleichgültig, auf die Dauer wird er sich doch nicht dem Geist entziehen können, der aus unserer Zeitschrift spricht, und er wird beeinflusst, auch gegen seine ursprüngliche Absicht !...Was wir in Deutschland werden können, werden wir nur durch uns selbst. Auf Förderung und Hilfe haben wir nicht zu rechnen (wer rief eben da: 'Im Gegenteil ?' Wollt Ihr wohl stille sein !)..."²⁾ Dies alles, was Schoknecht hier sagt, hatte - bis auf die rethorische Frage im zweitletzten Satz - dem Sinn und fast auch dem Buchstaben nach ebenso in Goebbels' Artikel gestanden. Weitere Analogien sammelte der Herausgeber von WK, wo sie sich ihm boten, besonders gern in Berichten aus anderen, ebenfalls diktatorisch regierten Ländern³⁾ und auch in der für alle Arten von "Meckereien" ergiebigen Landersprache, in der zum Beispiel aus der Sicht des einfachen "Frontschweines" die Lebensführung in den höheren Stäben kritisiert wird⁴⁾. Von hier bis zu den Stabsquartieren der SA ist es dann nur noch ein sehr kurzer Gedankensprung...

Daß grobschlächtiger Soldatenhumor auch ohne den Umweg über die Analogie gelegentlich eine Funktion im Sinne der Aufgaben-

1) WK Nr.27 "Rumänische Zensur" S.13, Sp.1 (aus "Der Deutsche")

2) WK Nr. 8 "Alarm ! Werbung umstellen ! Stellung ausbauen !" S.7/8

3) Zum Beispiel "Kritik und Witz in der Sowjet-Union" in WK Nr.31, S.10

4) WK Nr.14 "Wie es 'hinten' aussah" S.8/9

stellung von WK erfüllen konnte, soll im Anschluß hieran nicht unerwähnt bleiben. Wir verweisen hierzu noch einmal auf die von Dr. Dreher erhobene und im Aufsatz "Nach zwanzig Jahren" wiederholte Formulierung der Forderung, "daß nicht jeder kleine Gernegroß, auf den von ungefähr ein Splitter der Macht fiel, sich anmaßen darf, diesen Splitter unversehens harmlosen Spaziergängern und persönlichen Gegnern in den Hintern zu bohren..."¹⁾ Der Kritik am Regime und insbesondere am Bonzentum dient auch ziemlich unverhüllt die Karikaturenserie in Nummer 24²⁾, in der ein Zeichner sich einzelne Kraftausdrücke aus der Landersprache "illustriert vorstellt" und dabei in der Hauptsache diejenigen herausgesucht hat, deren Bezogenheit auf Figuren und Erscheinungen des NS-Staates unverkennbar ist: die "Quadratschnauze, die große Bogen spuckt", ferner die "Radfahrer", der "Papiergeneral", der einen "dicken Willem markiert" usw. - Die Benutzung des vermeintlichen oder wirklichen Soldatenhumors zur Darstellung der Gesprächselemente ließe sich noch bis in die Nebensätze zahlreicher Artikel verfolgen. Uns scheint das obige Zitat als ein weiterer Beweis für die Beweglichkeit, die Schoknecht in Verfolg seiner selbstgewählten Aufgabe an den Tag legte, ausreichend. -

F. Die journalistische Darstellung von oppositionellen Elementen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs als Aushöhlung der Meinungsdictatur des totalitären Regimes

Eine Gesamtbeurteilung der Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" hat von der Frage auszugehen, mit welchem Erfolg der Herausgeber ^{die} journalistische Anwaltschaft in seinem Blatt ausgeübt hat, das heißt, wie weit es ihm gelungen ist, die

1) WK Nr.25 "Nach zwanzig Jahren" S.2, Sp.1

2) WK Nr.24 "Man stelle sich das illustriert vor !" S.9/10

erzwungene Nicht-Öffentlichkeit des gesellschaftlichen Zeitgesprächs, vorab in seinen oppositionellen, kritischen Elementen öffentlich sichtbar zu machen. Hierfür eine Formel zu finden, ist ganz allgemein die entscheidende Forderung an den Gesprächsanwalt in der Diktatur.

Werner Schoknecht entdeckte die verwundbare Stelle des Regimes in dessen militantem Nationalismus. Da die Gewaltmaßnahmen und Eingriffe der Regierung stets unter dem General-Motto "Alles für Deutschland" vorgenommen wurden, mußte von dieser Seite her auch der Widerstand geleistet werden. Es bedurfte gleichsam eines Störsenders, der auf der gleichen Wellenlänge arbeitete wie die offizielle Publizistik. WK nahm deshalb die nationale Propagandaformel auf, verstand darunter aber jenen Patriotismus, der in seiner unverfälschten Form alle gesellschaftlichen Anständigkeitswerte enthält und der die Kriegsfreiwilligen erfüllt hatte, als sie 1914 ins Feld gezogen waren. Indem Schoknecht die Fiktion aufstellte, die nationalsozialistische Bewegung verfolge - eigentlich - kein anderes Ziel als die Wiedererweckung dieses Patriotismus, konnte er der Zielsetzung der NSDAP im allgemeinen durchaus zustimmen. Er stellte sich äußerlich bewußt auf den Boden des "nationalen Staates" und deklarierte die ehemaligen Kriegsfreiwilligen als dessen "hundertprozentige" Vorkämpfer. Schoknecht hatte erkannt, daß effektiver Widerstand gegen die in den Händen des Regimes befindliche totale Macht nur dort möglich war, wo diese sozusagen "unterlaufen" werden, das heißt, wo man ihr mit gleichen Waffen entgegentreten konnte. Die Waffe, mit der sich die Abwehr des Staates lahmlegen ließ, war die Formel der "Hundertprozentigkeit".

Bei der allgemeinen Militarisierung der Lebensformen nach dem 30. Januar 1933 standen militärische Leistungen und einmal erbrachte Beweise soldatischer Haltung naturgemäß recht hoch im Kurs. Aber die (politischen) "alten Kämpfer" der Partei brüsteten sich doch sehr betont damit (und leiteten daraus den Anspruch auf eine Vorrangstellung ab), daß sie ihre Haut freiwillig zu Markt getragen, die Weltkriegsteilnehmer

im allgemeinen jedoch nur ihre Pflicht getan hätten. Um diesem Einwand und der damit verbundenen geringeren Bewertung in der Verdienstskala des "Alles für Deutschland" zu begegnen, hatte Schoknecht gerade die Kriegsfreiwilligen ausgewählt, um mit ihnen das Gegengewicht zu schaffen. Ohne die bei ihnen in besonders starkem Maße vorhandene soldatische und vaterländische Komponente - als werthafte Entsprechung gegen das Saalschlacht-Rabaukentum und den Chauvinismus der Nationalsozialisten - hielt er seinen Plan von vornherein für unrealisierbar. Nur den Kriegsfreiwilligen glaubte er eine Art Wächteramt darüber zusprechen zu können, daß die "Hundertprozentigkeit" der Bewegung gewahrt würde. Darauf sollte nämlich die gesamte in WK vorgetragene Kritik - in ihrem offiziellen Gesicht - hinauslaufen: festzustellen, daß die immer noch auftretenden Mißstände eine Verfälschung des "eentlichen" Nationalsozialismus bedeuteten. Sie seien eine Folge des Übereifers von "Hundertzehnprozentigen" (oder auch der Unzulänglichkeit von nur "Neunzigprozentigen"). Es war ein für die damalige Zeit bedeutsamer Vorgang und mußte das Selbstbewußtsein der Menschen stärken, daß in WK endlich einmal der Versuch unternommen wurde, die politischen Ziele und Methoden der "nationalen Einheitsbewegung" "hundertprozentig" festzulegen. Indem Schoknecht die Grenze dort zog, wo der gesunde und vernünftige Patriotismus aufhört und die Auswüchse beginnen, gab er den "Volksgenossen" den Mut, fortan auch selbst Kritik zu üben und sich gegen (wie nunmehr ja festgestellt war: illegale) Übergriffe zu wehren.

Dieser - wie wir es hier einmal nennen möchten: - "Kodifizierung des gesunden Patriotismus" kam umso größere Bedeutung zu, als die innerpolitische Entwicklung zumindest bis zum 30. Juni 1934 noch im Fluß war. Noch wurde von zahlreichen gutwilligen und gutgläubigen Parteifunktionären selbst die Auffassung vertreten, die revolutionäre Epoche müsse abgeschlossen und das Dritte Reich als nationaler Rechtsstaat konsolidiert werden. Die Darstellung von Elementen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs, die sich weitgehend auf dieser Linie bewegten, bedeutete praktisch den Versuch, die

Staatsführung auf die Einhaltung bestimmter Rechtsnormen festzulegen und die Gesamt-Entwicklung in gemäßigtere und liberalere Bahnen zu drängen. Ein solches Bemühen in der beschriebenen Form war für die Machthaber deshalb besonders gefährlich, weil die "Bewegung" sich hier plötzlich gegen eine aus unbestreitbar vaterländischen Motiven begründete Kritik wehren mußte. Man konnte und wollte nicht ohne weiteres ein Blatt verbieten, das sich als Organ von Männern gab, deren nationale Verdienste nicht zu bestreiten waren und das - unwiderlegbar - "hundert-" (freilich nicht mehr-) "prozentig" auf der Linie der "patriotischen und friedliebenden" Politik des Führers lag. Hier war nun die "positive" Kritik, nach der man immer rief, und der sie anregte, war weder ein Marxist noch ein "destruktiver" Intellektueller noch deren Sprecher. Bei dieser Sachlage bestand allerdings die Aussicht, daß nicht nur skeptische Nicht-Parteigenossen, sondern auch viele kleine und mittlere Funktionäre der Partei sich von den in der Kriegsfreiwilligen-Zeitschrift vorgetragenen Argumenten überzeugen ließen. -

Aus der gesamten Situation wird deutlich, daß die Darstellung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs in einer Diktatur nach eigenen, dem autoritären Staat immanenten Gesetzen erfolgen muß. Öffentlicher Widerstand von außerhalb der Staatsgrenzen oder aus dem "Untergrund" ist notwendigerweise Gegen-Publizistik und kann - wie das Beispiel des Dritten Reiches zeigt - von einer geschickt geführten Staatspropaganda für die breiten Massen ("vergiftet" und damit) abgewehrt werden. Demgegenüber nimmt der im Raum der Gesellschaft weiterhin tätige Gesprächsanwalt, insofern er "Zeitung" darstellt, den aufgeblähten Parolen der Staatspublizistik den Wind aus den Segeln und legt sie lahm. "Zeitung" ist dann nicht Anti-Publizistikum, sondern Regulativ. Im Falle von WK gelang dies in zunehmendem Maße, weil Schoknechts Zeitung offenbar machte, daß die von den Nationalsozialisten vorgenommene Identifizierung von Patriotismus und Nationalsozialismus unberechtigt sei. Am Beispiel der ehemaligen Kriegsfreiwilligen legte er

dar, daß man durchaus "hundertprozentig" sein und der Parole "Alles für Deutschland" folgen könne, ohne dabei in die jetzigen nationalsozialistischen Extreme zu verfallen.

Der Erfolg von WK zeigt besonders eindringlich, daß der einzige Weg öffentlichen Widerstandes über die "Zeitung" führt. Die starke Resonanz nach Beginn des Straßenverkaufs war nur ein äußerer Beweis für diese zeitungstheoretisch begründete Tatsache. Im Gegensatz zu den deutschen Widerstandskreisen und zur Auslandspresse erkannte Dr. Goebbels dies und damit die potentiellen Wirkungsmöglichkeiten des Kriegsfreiwilligen-Blattes. Das "Schwarze Korps" hat uns die Verärgerung der NS-Publizisten überliefert: Es widmete die Aufmachung seiner ersten Nummer, die im März 1935 erschien, einer groß-angelegten Abrechnung mit der inzwischen verbotenen Zeitung. Die Balkenüberschrift hierzu lautete: "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15 und der Nationalsozialismus." (Selbst dieses nachträgliche Eingehen auf die Argumente des Gegners war im Sinne der Partei ein Fehler - Totschweigen wäre klüger gewesen ! - und ist wohl als Beweis für eine gewisse Unabhängigkeit des SS-Blattes von der geschickter operierenden Propagandazentrale anzusehen.) Für Goebbels stellte sich das Problem WK als ein Wettlauf mit der Zeit dar (worin Schoknecht mit ihm ausnahmsweise einer Meinung war): Die Darstellung der für das weitgehend auf das Funktionieren der publizistischen Führung eingestellte Regime so überaus gefährlichen oppositionellen Zeitgesprächs-Elemente mußte unterbunden werden, bevor die Gesellschaft sich in ihrem politischen Verhalten spürbar auf die von WK gezeigte "Hundertprozent-Grenze" einzustellen begann. Dann wäre nämlich eine Mauserung des Systems unumgänglich geworden. (Hierauf lief ja die Kalkulation von Schoknecht hinaus.) Da ein unmotiviertes Verbot aus den aufgezeigten Gründen nicht ohne weiteres möglich war, mußte Goebbels auf eine geeignete Gelegenheit warten. - Inzwischen durfte der erfolgreiche WK-Herausgeber noch die Genugtuung erfahren, daß die verkaufte Auflage der Nummer 33 auf 250 000 angestiegen war und daß die Zeitungshändler aus

der Provinz mit weiteren Nachbestellungen bei ihm auf der Treppe anstanden. Er hätte, so berichtet Schoknecht, bei vorsichtiger Schätzung, ohne weiteres noch eine weitere Viertelmillion der letzten Ausgabe absetzen können. Daß die Kioske im Berliner Tiergartenviertel eine besonders rege Nachfrage von seiten der dort residierenden ausländischen Diplomaten meldeten, war ein zweischneidiger Erfolg. Mit dem Interesse jenseits der Grenzen mußte auch die Gefahr wachsen. Dies wird evident anhand des Artikels in der Times vom 3.12.1934, in dem über die ungewohnt freimütige Kritik in WK berichtet wird und Überlegungen über die Hintergründe dieses Phänomens angestellt werden.¹⁾ (Die richtige Erklärung - nämlich die, daß überhaupt keine Hintergründe bestanden, sondern daß der Erfolg der Kriegsfreiwilligen-Zeitschrift lediglich auf einer konsequent durchgeführten journalistischen Konzeption beruhte - fand u.W. niemand.) Dabei zeigte es sich, daß die ausländischen Journalisten, die sich in der Times und in anderen Blättern mit WK befaßten, nur wenig Verständnis für die Situation ihrer Kollegen in Deutschland aufbrachten. Denn durch die lobende Erwähnung von WK in Blättern, die dem Dritten Reich sonst ablehnend gegenüberstanden, und durch deren sich daran anschließende Spekulationen über die innenpolitische Situation in Deutschland bekam die ganze Angelegenheit jetzt ein anderes Gesicht. Nunmehr konnte die Staatspublizistik zur Begründung eines Verbotes darauf verweisen, daß die angeblich nationalen Bestrebungen von Schoknecht in Wirklichkeit zu einer Pressekampagne gegen das Reich geführt und damit außenpolitischen Schaden angerichtet hätten.

Obwohl wir den Beweis für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Times-Artikel und dem Verbot von WK heute nicht mehr erbringen können, wird diese Vermutung durch den zeitlichen Ablauf der Ereignisse sehr gestärkt: Die Nummer 33 der Zeitschrift wurde wie üblich am Ersten des Monats ausgeliefert, der Eingriff der Staatspolizei erfolgte jedoch nicht unmittelbar im Anschluß hieran. Der Bericht der Times ist

1) siehe Anhang

vom 2.12. datiert und am 3.12. erschienen. Durch einen in der Reichskanzlei tätigen Bekannten hat Schoknecht erfahren - er hält diese Mitteilung für verbürgt -, daß der Times-Artikel Hitler vorgelegen hat. Daß der Bericht wegen seines aufsehenerregenden Inhaltes außerdem von weiteren ausländischen Zeitungen verbreitet worden ist, zeigt ein ausführliches Zitat in der Wiener "Reichspost" vom 6.12.¹⁾ (Die Akte, in der dieser Zeitungsausschnitt im Geheimen Staatspolizeiamt Berlin aufbewahrt wurde, trägt die Aufschrift "Vergiftung des Verhältnisses zwischen Waffenträgern der Nation und Träger von Weltanschauung in Staat und Partei".) Am 7.12. schließlich kam die Nachricht aus Magdeburg, daß "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" dort beschlagnahmt worden sei. Schoknecht glaubte zunächst noch, es handele sich wieder um eine provinzielle Eigenmächtigkeit wie seinerzeit in Frankfurt; er wurde aber am Abend des gleichen Tages eines anderen belehrt, als er das schriftliche Verbot seines Blattes von der Gestapo zugestellt bekam. Damit war eine automatische Beschlagnahme der letzten Nummer (die Times-Ausgabe mit dem Bericht über WK hatte man ebenfalls bereits beschlagnahmt) und die Auflage verbunden, den Abonnenten lediglich die Tatsache des Verbots mitzuteilen.¹⁾

Der Auffassung von Werner Schoknecht, daß Dr. Goebbels die Maßnahmen gegen sein Blatt veranlaßt hat, möchten wir uns anschließen. Die Reaktion im Ausland (insbesondere der Times-Artikel), so scheint dem Verfasser, war dem Reichspropagandaminister ein willkommener Anlaß, das Verbot gegen etwaige Widersprüche und Einwände verteidigen zu können; die Abfassung des Artikels über die Eintopf-Kontrollen lieferte ein zusätzliches Argument - insbesondere gegenüber Schoknecht selbst. Der Angriff gegen den WHW-Beauftragten im Oberlahn-kreis hat folgenden Wortlaut:

"Mensch, Müller ! Wo willst Du denn mit uns hin ? Im Oberlahn-kreis herrscht Ordnung ! Das kann man wohl sagen ! Wir finden in einer Zeitung folgenden kategorischen Imperativ und militärischen Tagesbefehl:

1) siehe Anhang

An sämtliche Ortsbeauftragte !

Die Ortsbeauftragten bzw. die Amtswalter haben zu kontrollieren, ob in jedem Haushalt Eintopfgerichte gekocht werden. Das ist unbedingt nötig, um festzustellen, ob alle Volksgenossen sich das Beispiel unseres Führers zu eigen machen und die Volksverbundenheit beweisen. Die Ortsbeauftragten sind verantwortlich für pünktliche Durchführung und für einen vollen Erfolg.

W. Müller

Da wird's doch heller Tag in dunkler Nacht. Parteigenosse Müller hat die Gefechtslage klar erkannt und mit weitschauendem Blick setzt er seine Stoßtrupps an der richtigen Stelle ein. Hoffentlich wird diesen Stoßtrupplern, die ja ganz unschuldig sind und nur erhaltene Befehle ausführen, nicht vor versammeltem A b l i k u m ein Stoß in den P u r s c h gegeben, wenn sie da an den Kochtöpfen riechen...

Das nächste Mal machen wir das anders. Auf zweimaliges Klingelzeichen des Amtswalters hat die Hausfrau mit abgenommenem (Topf)Deckel in strammer Haltung vor die Wohnungstür zu treten und dem Herrn Kontrolleur das Eintopfgericht unter die wertige Nase zu halten. - Hoffentlich ist Freund Müller mit der Bevölkerungs-Bewegung im Oberlahnkreis zufrieden. Sonst lesen wir noch eines Tages folgende Bekanntmachung:

'Mir ist bekannt geworden, daß im Kreis Oberlahn verschiedene Volksgenossen ihren ehelichen Pflichten nicht in genügender Weise nachkommen. Schlag 12 Uhr um Mitternacht haben die Ortsbeauftragten und Amtswalter zu kontrollieren...' " 1)

Für die Resonanz, die WK durch den Straßenverkauf gefunden hatte - und damit für die potentiellen Wirkungsmöglichkeiten des Blattes - spricht neben der Erhöhung der Auflage bis auf den Stand der größten deutschen Tageszeitungen die Zahl der Leserbriefe ("Ich hätte die Nummer 34 nur aus Briefen zusammenstellen können", sagt Schoknecht), von denen hier

1) WK Nr. 33 "Mensch, Müller ! Wo willst Du denn mit uns hin ?"

zwei im Auszug wiedergegeben werden sollen. Ein Hauptschriftleiter aus Quedlinburg schreibt¹⁾:

"Lieber Trommler !...Ich lese Deine Zeitung schon seit über einem Jahr, und wenn Du wissen willst, wie ich sie beurteile, dann mag Dir die Mitteilung genügen, daß sie die e i n z i g e Zeitung ist, die ich von den mir täglich 'von Berufs wegen' vorliegenden 50 (fünfzig !) Zeitungen und Zeitschriften 'verschlinge'...; und wenn ein Berufsjournalist eine Zeitung mit stärkster innerer Anteilnahme von A bis Z liest und - wie das schön vorgekommen ist - n o c h e i n m a l liest, dann will das immerhin für die derart 'beehrte' Zeitung...etwas bedeuten !!!..." -

Ein Zeitungshändler aus Frankfurt berichtet über den dortigen Verkaufserfolg²⁾: "...Plötzlich las ich 'Alles mal herhören !', las und lachte. - Ein vorübergehender Student blieb stehen, ich las laut weiter, ein SA-Mann blieb stehen, ich las von Dr.Goebbels und dem 'Angriff', auch der Herr Referendar blieb stehen, und so war es bald ein kleines Häuflein. Alles staunte, alles lachte...Am nächsten Tage hatte ich mich wieder mit 'Kriegsfreiwilligen' eingedeckt, und da vergaß der Frankfurter Student sein Kolleg, seinen SA-Dienst, in der Mensa wurde die Suppe kalt, und einer sagte dem andern: Kennen Sie schon die neue Zeitschrift, die 'Kriegsfreiwilligen' ? - und Schlagworte wie: 'ganz groß', 'einfach fabelhaft', 'ganz bombig' machten die Runde...Da soll mir noch mal einer um meine Auslagen herumstreichen, einen kritischen Blick auf den deutschen Blätter-Wald werfen und etwas von Eintönigkeit in den Bart murmeln..."

Zeitungswissenschaftlich besonders aufschlußreich ist ein kleines Erlebnis des bekannten Kabarettisten Werner Finck. Er, dessen geistreicher und ganz auf die Beherrschung des gesprochenen (oder unausgesprochenen) Wortes basierender Widerstand gegen das NS-Regime ebenfalls nichts anderes war als komprimierte "Zeitung", zog im Verlauf eines Abends in der Berliner "Katakombe" ein Exemplar von WK aus der Tasche.

1) WK Nr.33 "Was sagt der Fachmann ?"

2) WK Nr.33 "Was sagt der Fachmann ?"

Er brauchte mit der Verlesung einer ihm interessant erscheinenden Stelle aber gar nicht erst zu beginnen - allgemeines zustimmendes Gelächter zeigte, daß die Anwesenden das Blatt und dessen Inhalt schon kannten. Gesprächsanwalt Finck und Gesprächsanwalt Schoknecht bildeten ja nun keine "Aktionsgemeinschaft" und stimmten in ihrer weltanschaulichen Herkunft sicher nicht überein. Aber die unverhohlene Zustimmung für beide in einem Augenblick, als sich ihre Wege zufällig einmal kreuzten, ist ein weiteres Zeugnis für das Bedürfnis nach einer freien Darstellung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs, wie es damals in weiten Kreisen der Bevölkerung bestand.

Werner Schoknecht hat seine Bemühungen, diesem Bedürfnis zu entsprechen und den kollektiven Widerstand darzustellen, mit dem Verbot von WK nicht aufgegeben. Der Versuch, durch öffentliche Darstellung von "Zeitung" eine Änderung der Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen, lebte noch einmal auf in dem Plan, zumindest einmal jährlich eine Brochüre der Kriegsfreiwilligen herauszubringen. Diese ist jedoch nur in einer Ausgabe um die Jahreswende 1935/36 erschienen und trug den Titel "Was uns der Weihnachtsmann erzählt...". Der Untertitel lautete "Aber bitte keine Hampelmänner zu Weihnachten ! Die sehn wir sowieso genug !" und wurde ergänzt durch eine Zeichnung, auf der einige Hampelmänner dargestellt sind, die gleichzeitig ihre Arme und Beine hochreißen.

Der Inhalt der Broschüre setzt sich - noch komprimierter als in den meisten Heften von WK - wiederum aus den oppositionellen Elementen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs zusammen, die in der Generalforderung nach Gedanken- und Gesprächsfreiheit gipfeln. Einige Beispiele:

"...Wenn ich König wär', besser gesagt: wenn ich in Deutschland über soviel Macht und Liebe zu gebieten hätte wie vordem kein König, so würde ich meine Helfer anweisen, sie sollten in allem, was sie tun und reden, sich erinnern, daß ich im Gegensatz zu den Königen Volksgenossen führen, nicht über Untertanen herrschen will...Ich würde anordnen, daß 'Stimmungsberichte' nicht nur von den bisher damit Beauftragten erstat-

tet werden, sondern auch von dem unbekannten Soldaten aller Waffengattungen: Bauern, Arbeitern, Bürgern..."¹⁾

"...Es steht so, daß in viel zu vielen Häusern, wo Deutsche beisammen sind, die Augen nach der Tür gehen, wenn jemand Neuer eintritt, und daß die Sprechenden je nachdem ihren Gesprächsstoff beibehalten oder wechseln. Das weiß ich, Gott sei's geklagt, und meine Regierung verzeihe mir's, daß ich zu denen gehöre, die es wissen..."²⁾

"...Kastanienburg, muß man wissen, war ein wegen seiner klimatischen Vorzüge berühmter Kurort in der Umgebung meiner Landeshauptstadt, nach dessen Vorbild verschiedene ähnliche Kurstätten eingerichtet wurden. Die Atmosphäre soll dort rauh, aber gesund, die Behandlung gut und reichlich sein. Ich begriff also nicht, warum der brave Mann sich scheute, diesen zuträglichen Ort zu frequentieren..."³⁾

Nachdem das Verbot von WK aus den dargelegten Gründen große Schwierigkeiten bereitet hatte, taten sich die Exekutivorgane jetzt leichter: Da die Broschüre nur in großen Abständen erscheinen sollte, würde es nicht wie bei der Zeitung großes Aufsehen erregen, wenn sie plötzlich nicht mehr herauskäme. Deshalb griff man sofort zu. Schoknecht wurde für etwa vier Wochen in Haft genommen und mit dauerndem Berufsverbot belegt. Damit war das allerletzte Vorpellen journalistischer Eigenwilligkeit im Dritten Reich aufgefangen.

Die Tragik, die in dem Erfolg des Nationalsozialismus für das deutsche Volk begründet liegt, hat ihre Ursache unseres Erachtens nicht zuletzt darin, daß - vor und nach 1933 - zwar zahlreiche uneigennützig, der Gesamtgesellschaft und ihren echten Werten sich subjektiv verpflichtet fühlende Publizisten pausenlos auf es einredeten, kaum aber Journalisten als Gesprächsanwälte der Gesellschaft das unabdingbare Mitspracherecht jedes einzelnen in der Gesellschaft achteten und wahrnahmen.

1) "Was uns der Weihnachtsmann erzählt..." Abhandlung "Ein Scherzking kann auch im Ernst sprechen" von Ludwig Renner, S.64

2) "Was uns der Weihnachtsmann erzählt..." Abhandlung "Ein Scherzking kann auch im Ernst sprechen" von Ludwig Renner, S.60

3) "Was uns der Weihnachtsmann erzählt..." Abhandlung "Wenn ich ein King wär'...", S.44

So war das Publikum den publizistischen Monologen schließlich davongelaufen und der rhetorischen Verführung des "populärsten", d.h. anspruchlosesten Schreiers erlegen oder hatte resigniert.

Zeitungswissenschaftlich besagt das: Ein Volk, das zum publizistischen Anspracheobjekt "Publikum" degradiert wird, dessen geistige - durch den Journalisten anwaltlich betreute - Kommunikation unterbunden wird, verstummt und versinkt im gesellschaftlichen Irrtum. Es verliert den Charakter der Gesprächsgemeinschaft und damit der Gemeinschaft überhaupt.

Aber auch die Diskrepanz zwischen Absicht und Wirkung jeder einsinnigen - noch so "gekonnten" - Publizistik erweist sich am Beispiel der totalen NS-Meinungsführung: Sie hat Gegenmeinungen nur mit Gewalt und Terror niederhalten und unterdrücken können.

Einsinnige Gegen-Publizistik war der NS-Meinungsführung zu keiner Zeit ernstzunehmende Konkurrenz, sofern sie nicht auf gleicher oder größerer Macht beruhte - der Macht aber hatte sich das Regime innerhalb der deutschen Grenzen in totalem Ausmaß versichert.

Tödliche Gefahr erwuchs dem auf der ideologischen Verwirrung einer Minderheit, insgesamt aber auf brutaler Gewalt beruhenden System dagegen aus der journalistischen Darstellung echten gesellschaftlichen Zeitgesprächs, das Praxis und Publizistik des Regimes stellte und sie objektiven gesellschaftlichen Werten konfrontierte.

So gesehen ist Werner Schoknechts Zeitung "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" als bei weitem ernsthafteste und für das NS-Regime gefährlichste Widerstandstat während des Dritten Reiches zu bewerten. Werner Schoknecht bleibt das nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst, als Gesprächsanwalt NS-oppositionellen Elementen des gesellschaftlichen Zeitgesprächs den Weg in die Öffentlichkeit gebahnt zu haben. Jenseits seiner ganz persönlichen und privaten Resistenz wurde hier kollektive Auflehnung gegen die brutale Unterdrückung eines Volkes durch ein allmächtiges Regime sichtbar.

A n h a n g

Quellen- und Literaturverzeichnis

Die Titelseite von WK Nr.33 mit dem Beginn des Leitartikels "Zivil-Courage !"

Das Schreiben der Staatspolizei, mit dem das Verbot von WK mitgeteilt wurde

Zeitungskopf und Schlagzeile der ersten Nummer von "Das Schwarze Korps"

Der Times-Artikel vom 3.Dezember 1934 mit deutscher Übersetzung

Ein Bericht der "Arbeiter-Zeitung" Schaffhausen vom 24.Dezember 1934

Eine Akte aus dem Geheimen Staatspolizei-Amt mit Auszug aus der "Reichspost" (Wien) vom 6.12.1934

Photo von Werner Schoknecht (1957)

Q u e l l e n

- Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15
Herausgeber: Werner Schoknecht, Frankfurt, später Berlin
Nr.2 bis Nr.33 (August 1933 - Dezember 1934)
- Münchner Neueste Nachrichten
Mai 1933 - Dezember 1934
- Freisinger Nachrichten
August 1933 - Januar 1934
- Freisinger Tagblatt
Februar 1934 - Dezember 1934
- Sammlung Brammer, Deutsches Bundesarchiv Koblenz
- Der Zeitungsverlag, Artikelserie "Wilhelmplatz 7-9"
Jahrgang 1949/50
- Die Deutsche Zeitung, Organ des Nordwestdeutschen Zeitungs-
verleger-Verbandes, Ausgabe Juni 1948
- The Times, Ausgabe vom 3.12.1934
- Zeitungskataloge
- Schoknecht, Werner Was uns der Weihnachtsmann erzählt,
Berlin 1935

L i t e r a t u r

- Arendt, Hannah Elemente und Ursprünge totalitärer
Herrschaft, Frankfurt 1955
- Bonhoeffer, Dietrich Widerstand und Ergebung, München 1952
- Borresholm, Boris/
Niehoff, Karena Dr. Goebbels nach Aufzeichnungen aus
seiner Umgebung, Berlin 1949
- Buchele, Marga Der politische Witz als getarnte
Meinungsausserung gegen den totalitären
Staat. Phil.Diss.München 1955
- Dulles, Allan Welsh Verschwörung in Deutschland,
Zürich 1948
- Gisevius, Hans Berndt Bis zum bitteren Ende, Hamburg 1947
- Goebbels, Joseph Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei
- Groth, Otto Die Geschichte der deutschen Zeitungs-
wissenschaft, München 1948
- Hagemann, Walter Publizistik im Dritten Reich, Hamburg
1948
- Hagen, Walter Die geheime Front, Wien 1950
- Hassell, Ulrich von Vom anderen Deutschland, Freiburg 1947

- | | |
|-------------------------------|---|
| Heiden, Konrad | Die Geburt des Dritten Reiches,
Zürich 1934 |
| Hepp, Fred | Der geistige Widerstand im Kultur-
teil der Frankfurter Zeitung gegen die
Diktatur des totalitären Staates,
Phil.Diss.München 1955 |
| Kogon, Eugen | Der SS-Staat, Frankfurt 1946 |
| Kordt, Erich | Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1947 |
| Kordt, Erich | Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950 |
| Löbe, Paul | Erinnerungen eines Reichstagspräsi-
den-ten, Berlin 1949 |
| Meinecke, Friedrich | Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden
1946 |
| Pechel, Rudolf | Deutscher Widerstand, Zürich 1947 |
| Pechel, Rudolf | Zwischen den Zeilen, Wiesentheid
(Unterfranken) 1948 |
| Rauschnig, Wilhelm | Gespräche mit Hitler, Zürich 1939 |
| Rothfels, Hans | Die deutsche Opposition gegen Hitler,
Krefeld 1949 |
| Schacht, Hjalmar | Abrechnung mit Hitler, Hamburg 1950 |
| Schlabrendorff,
Fabian von | Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946 |
| Weisenborn, Günther | Der lautlose Aufstand, Hamburg 1954 |
| - - - | Dokumente der Nürnberger Prozesse,
Nürnberg 1948 |
| - - - | Presse in Fesseln, Gemeinschaftsarbeit
des Verlags "Archiv und Kartei",
Berlin 1947 |

21.12.1934

Verlagsgesellschaft

Reichswehr-Blatt von Hitler verboten

Die Opposition der Frontsoldaten gegen den Nazi-Drill

In Deutschland wurde in der vergangenen Woche die Halbmonatschrift „Der Kriegsfreiwillige“ von 1911-13 verboten. Das Blatt wurde innerhalb weniger Zeit sehr populär und erreichte zuletzt eine Auflage von 100.000 Exemplaren. Besondere politische Bedeutung erhält das Verbot dieser kriegsfreiwilligen-Zeitschrift durch die Tatsache, daß einflußreiche Kreise der Reichswehr hinter dem Blatte standen. In der letzten Nummer der Zeitschrift, die bereits der Reichswehr entzogen wurde, befand sich ein Artikel von Major Förtisch, Abteilungsleiter im Reichswehrministerium. Es ist charakteristisch für die tiefe politische Krise in Deutschland, wenn ein hoher Beamter des Reichswehrministeriums sich öffentlich zur Opposition bekennet. Major Förtisch äußert in seinem Aufsatz scharfe Kritik am „falsch verstandenen Soldatenum“ im nationalsozialistischen Parteibetrieb: „Der Soldat sieht mit bekommenen Gefühlen, wie im Sprachgebrauch des Frontsoldaten militärische Bezeichnungen, Formeln und Begriffe immer stärker auch dort angewandt werden, wo sie der Sache fern liegen. In der deutschen Wehrmacht „müht man sich, die Persönlichkeitsmerkmale zu entwickeln und gibt der Erziehung den Vorrang vor dem Drill. Keine Neußerlichkeiten werden bei aller Wahrung der militärischen Form mehr und mehr verdrängt. Sollen sie sich neben des Frontsoldaten Aufrichtung feiern, der über eigene Mittel und eigene Worte verfügt?“

Noch kräftiger ziehen die Redakteure des Blattes gegen die Nazimethoden zu Felde. Nur zu gern berufen sich die Hitler, Göring und Goebbels auf die Zustimmung der Frontgeneration, d. h. derjenigen Männer, die den Krieg mitgemacht haben. Da die nationalsozialistische Bewegung wird in der Propaganda dargestellt, als umfasse sie alle, die in den deutschen Schützengräben gekämpft haben. Was in Wirklichkeit hinter diesen Aufschneidereien steht, das kann man aus Nr. 31 des Kriegsfreiwilligenblattes ersehen. In dieser Nummer ist eine vernichtende Kritik der nationalsozialistischen Verfallsmethoden enthalten. Wir geben unseren Lesern hieraus folgende Probe:

„Eine ganze Nation kann nicht dauernd mit Achtung, Augen rechts! im Parade-marschieren. Es muß auch mal das Kommando kommen: Ohne Treitt!“ Und dies Kommando wollen wir Euch geben. . . Dieser geradezu verkrampfte Zustand des dauernden geistigen Strammstehens muß aufgelöst werden. . .

Wir müssen selbst kommen mit unserer Zeitschrift und sagen: „Da sprach der alte Pelikan: Na, Kinder, dann laßt mich mal ran!“ Denn wir haben die Fassung ausgegeben, in der Presse ein lebendiges Spiegelbild deutschen Lebens zu suchen. Da reden sie lang und breit und theoretisieren über „Die Grenzen der Kritik im autoritären Staat“, aber geändert wird dadurch nicht ein Datz. Die Gräze säuert im Gehirn, und immer mehr wird der Zwirn.“ Was ist die Parole des Tages? Für uns alte Krieger der Wehr: „Wißt auch der Arm schon halten, wir bleiben die Alten.“ Wir bleiben das, was der Krieg aus uns gemacht hat: Frontsoldaten, immer mit unseren Leuten verbunden und „nach hinten“ ausgleichend. Gintem sitzt heute mancher hohe Herr mit viel Pommetta am Kragen.

Wie leicht könnten wir, K. A. der Hitlerjugend sagen: „Nicht mal erst hin, wo wir schon hingeschossen haben“. Aber es ist uns zu billig, uns auf vergangene Lorbeeren zurückzuziehen.

Wir hatten vor acht Wochen geschrieben: „Man muß dem Volke aus Maul schauen“, sagte Luther. (So mancher kleine Gernegroß meint sich da verbohrt zu haben, denn er denkt: „Man muß dem Volke aus Maul hauen!“) „Schauen, lieber Freund, nicht hauen!“ Man muß dem Volke aus Maul hauen, aber nicht das Maul verbinden. Man soll der harmlosen Mederei und dem gesunden Humor des Volkes freie Bahn lassen. Vor wahrer Größe zieht das Volk respektvoll selbst seine Grenzen. Wer nicht jeder, der in Amt und Würden ist, ist vollkommen. Mancher hat wohl das Amt, aber nicht die Würde.“

Wie aus dem oben mitgeteilten Aufsatz ersichtlich ist, will die Opposition der Frontsoldaten nicht etwa die nationalsozialistische Diktatur führen. Im Gegenteil. Die Leute haben eher die Absicht, das nationalsozialistische Regime zu reformieren, um es zu halten. Wie das Verbot der Zeitung beweist, kann aber dieses Regime weder „harmlos“ Mederei noch „gesunden Humor“ im Volke dulden. Die geschätzten Reden der Reichswehrführer in den letzten Wochen, die sich durch „harmlose Mederei“ und „gesunden Volkshumor“ beleibigt hätten, sind ein Zeichen, daß die „Medereien“ eben nicht harmlos sind. Sie sind gegenwärtig die Kussform der politischen Opposition in Deutschland. Wenn nun eine solche Zeitung, wie die der Kriegsfreiwilligen alte Nummern nachdrucken lassen muß, wenn eine vor wenigen Wochen noch völlig unbekannte

Zeitung eine Auflagenhöhe von 100.000 erreicht, dann spricht das für den großen Umfang der Unzufriedenheit und für den Massencharakter der Opposition gegen das Naziregime. Wenn sich aber obendrein noch ein hoher Regierungsbeamter der Reichswehr mit dieser Opposition offensichtlich solidarisiert, kann man verstehen, wie es in Wirklichkeit um die „Harmonie“ zwischen Regierung und Reichswehr bestellt ist. Major Förtisch hat inzwischen Fuge getan. In einem Vortrag in einem kleinen Offizierskafeein konnte er den „nationalsozialistischen Geist“ in der Reichswehr vor einem Publikum von SS- und Nazi-Funktionären über den grünen Berg loben. Ein Major ist umgefallen, um seine Stellung zu halten. Damit ist aber die Opposition nicht erledigt. Die Naziregierung mußte das Blatt verbieten, weil sie die Opposition zu fürchten hat. Selbst wenn sie sich nur im Gewande „harmloser Mederei“ zeigt.

Die Frontsoldaten, denen Opposition durch die Zeitschrift der Kriegsfreiwilligen feste Gestalt angenommen hatte, werden wegen des Verbotes der Zeitung nicht kapitulieren. Die zunehmende Verschärfung der Krise in Deutschland schafft dieser Opposition einen immer günstigeren Boden. Die Opposition der Frontkämpfer, der katolischen und protestantischen Kirche und neuerdings prominenter Persönlichkeiten auf allen Gebieten der Kunst zeigt den „Ausbruch der Nation“ in einer durchaus anderen Bedeutung, wie sie sonst die nationalsozialistische Geschichtslegende der Defektheit vorführt. Der antisozialistische Kampf der Arbeiterklasse findet in allen diesen Schichten die Möglichkeit, Bundesgenossen für die antisozialistische Massenbewegung zu werden. Die Arbeiter müssen der unklaren, unzufriedenen Stimmung dieser Schichten ein politisches Ziel setzen und sie in die antisozialistische Bewegung

Geheimes Staatspolizeiamt

==

№ 2760 *

Geheim!

Sonderbericht

(Presse)

**Vergiftung des Verhältnisses zwischen
Waffenträger der Nation
und Träger von Weltanschauung
in Staat und Partei**

Was geht zwischen GG und Reichswehr vor?

Die Londoner „Times“ berichten aus Berlin:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß zwischen der Reichswehr, eine ähnliche Ursache im Entstehen ist, wie sie zwischen der Reichswehr und der SA vor dem 30. Juni bestand. Vor einer Woche hat anscheinend die Geheimpolizei, die im gewissen Sinne schon durch die Person Himmlers mit der GG verbunden ist, einen Handreich gegen die Bekenntniskirche vorbereitet, deren Führer hätten verhaftet werden sollen. Gemäßigte Anhänger des Regimes verhinderten im letzten Moment die Ausführung dieses Planes mit der Begründung, daß es unklug wäre, vor der Saarabstimmung eine derartige Provokation zu begehen. Der Handreich sollte jedoch nur bis Januar verschoben werden. Die Führer der Reichswehr seien jedoch unbedingt gegen einen Anariff auf Angehörige der Bekenntniskirche und hätten dies in nicht mißzuverstehender Weise bekanntgegeben.

(Der Berliner Bericht des Londoner Blattes bestätigt hier im wesentlichen den von uns am 5. ds. Mts. veröffentlichten Berliner Brief: „Die Fronten im deutschen Protestantismus.“ D. R.)

Siemlich viel Aufsehen erregt in Deutschland die relative Schreibfreiheit, die eine zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift mit dem Titel „Wir Kriegsfreiwillige von 1914—1915“ genießt. Die freimütige Stellungnahme für das Recht jedes Einzelnen zu einer eigenen Meinung und dem Ausprechen dieser Meinung sowie eine mitunter bewandte Z...

Deutschland haben der Zeitschrift, die schon 14 Monate erscheint, bisher aber in weitesten Kreise unbekannt war, mit einem Male große Volkstümlichkeit erworben. Jedermann fragt sich, welchen Schutz wohl die Zeitschrift genießen mag, die es wagen kann, öffentlich die sogenannten „kleinen Hölzer“, die Unterführer in den Klein- und Mittelstädten zu kritisieren.

In der laufenden Woche enthält die Zeitschrift einen besonders bemerkenswerten Beitrag eines Majors Jörtsch, der Pressesprekzier im Reichswehrministerium war. In einem anderen Artikel der gleichen Nummer wird auch die Manie eines Unterführers aus dem Oberlahnkreise ironisiert, der an den Eintopfgerichttagen Haushalte inspizierte: es wird ihm ironisch geraten, dies auf ganz militärische Art zu machen und militärische Kommandos dafür zu erfinden, daß ihm die Hausfrau oder die Köchin den Kochtopf unter die Nase halte.

Ebenfalls in derselben Nummer schreibt ein Mittelschulprofessor aus der Provinz im Leitartikel, es sei zu fürchten, daß die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland, die Unmöglichkeit, die Verfügungen der Regierung und der Parteibehörden auch nur in der gelindesten Weise zu kritisieren und zu allem ja und amen zu sagen, schließlich dazu führen konnte, daß alle die Millionen, die am 1. August für Hitler gestimmt haben, „nicht nur an einem gewissen Minderwertigkeitsgefühl leiden, sondern tatsächlich einen minderwertigen Charakter entwickeln könnten“.

Nichts Ähnliches ist seit langer Zeit in Deutschland veröffentlicht worden; der Umstand, daß die Reichswehr sich in gewisser Weise auch an der Zeitschrift interessiert gezeigt hat, gibt zu vielen Bedenken Anlaß.

Soweit der Bericht des Sonderberichterstatters der „Times“. Es ist bezeichnend, daß die Nummer der „Times“, in welcher dieser Bericht erschien, in Deutschland soalreich beschlagnahmt wurde.



Der Polizeipräsident

Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin

Berlin C 25 Alexanderstraße 10

Eingangs- und Bearbeitungsvermer

An

Herrn Werner Schoknecht,

B e r l i n W 50,

Passauer Str. 23.

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

Stapo 6 -

den 7. Dezember 1933

Betrifft:

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird hiermit gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift

~~"Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/1915"~~
bis auf weiteres verboten.

Zu widerhandlungen sind nach § 4 der genannten Verordnung strafbar.

Es ist nur eine Mitteilung des Inhalts gestattet, daß die Zeitschrift

" Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/1915 " bis auf weiteres verboten ist. Jede weitere Mitteilung wird als Verstoß gegen das Verbot angesehen und bestraft.

Begründung:

Der Artikel in der Nr. 31 der Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914 /1915 " „An alle Kommis-köpfe!" ist geeignet, ernste Probleme lächerlich zu machen und die Autorität des Staates zu untergraben. Insbesondere gilt dies für den Satz " ... Denn wir haben die Hoffnung aufgegeben, in der Presse ein lebendiges Spiegelbild deutschen Lebens zu suchen ". Auch die spa-

Gezeichnet

Besten

B 1 Berlin 0020

Vorbedruckt

Berlin 0000

Seite

des Geheimen Staatspolizeiamts

.....Anlagen

ren Nummern der Zeitschrift lassen erkennen, daß sie nicht gewillt ist, die ernsthaften Bestrebungen der Reichsregierung und ihrer Organe zu unterstützen.

Im Auftrage
gez. Reinke.



Beglaubigt:

Kanzleiangeestellte.

Preis 15 RM.
Jahresabonnement 150 RM.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
16/50

Breslau, 6. März 1935
1. Jahr 1. Jahrgang

Das Schicksal Deutschlands

ZEITUNG DER SCHUTZSTAFFELN DER NSDAP
Gegen die Reichsregierung



Verlag: Dr. Walter Dietrich, Berlin
Vertrieb: Dr. Walter Dietrich, Berlin
Druck: Dr. Walter Dietrich, Berlin

Verlag: Dr. Walter Dietrich, Berlin
Vertrieb: Dr. Walter Dietrich, Berlin
Druck: Dr. Walter Dietrich, Berlin

Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15 und der Nationalsozialismus

Zu jeder Zeit mehren sich die Rufe, die Welt- und Völkergemeinschaft zu erneuern, um in diesem Kampf um ihren Bestand zu bestehen. Wir kämpfen für Deutschland zu kämpfen. Wir kämpfen für Deutschland zu kämpfen. Wir kämpfen für Deutschland zu kämpfen.

an welchen von ihnen Sonderstellungen erheben, die während des Krieges in der Welt zu finden, müssen auch jene aus handwerklichen Gründen ihre Stellung weitreichend erweitern. Denn der Rückgang an die Bewegung eben noch vor Zerstörung gegliedert ist über — nicht mehr gelang.

leichtfertig zu glücklichen. Ich bin der Jugend mit. Ich bin der Jugend mit. Ich bin der Jugend mit. Ich bin der Jugend mit. Ich bin der Jugend mit.



Imperial and Foreign.

CRITICISM IN
GERMANY'LITTLE HITLERS'
SATIRIZED

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

BERLIN, Dec. 2

Much interest is being aroused by the relative independence shown by a fortnightly journal called *We War-volunteers of 1914-15*. Its outspoken advocacy of such things as the right of a man to hold and express an opinion, and its biting satire about certain figures and methods in National-Socialist Germany, have suddenly brought it a widespread popularity.

We War-volunteers of 1914-15, according to its cover, has been appearing for more than 18 months, but few people had heard of it until it recently began its present campaign. Now everybody is asking what protection it enjoys that it should be able openly to satirize the local leaders, the "little Hitlers," and to express the widespread discontent about the compulsion to applaud every act of the Government or the party. In Germany to-day this strait-jacketing of the mind is the greatest hardship of all to many people; it leads them to wear an armour of complete detachment from the politics of the day. To these people the pages of *We War-volunteers of 1914-15* bring a breath of fresh air.

The title itself may ensure the paper some little immunity, for, as it frequently points out, Herr Hitler was a volunteer of 1914. It claims this week that he read and expressed laughing approval of, a recent article in which it tore to rags the garment of complacent self-importance in which the "local leaders" clothe themselves. But this would hardly move the paper for long if it did too heavily on the toes of this or that powerful member of the party.

REICHSWEHR INTEREST

This week the paper contains a particularly interesting contribution. It is an article from Major Foerisch, who has been Press officer at the Reichswehr Ministry. Major Foerisch expressed approval of a recent number of the journal, and says it expresses views similar to those set out by him in a recent article

LEAGUE COUNCIL
PRESIDENCY

HUNGARY AND M. BENESH

FROM OUR LEAGUE CORRESPONDENT

GENEVA, Dec. 2

The question of the Presidency at next Wednesday's meeting of the League Council has been the subject of further correspondence between the Hungarian delegate, M. Tibor de Eckhardt, and M. Avenol, the Secretary-General of the League.

When, a week ago, M. Eckhardt suggested that M. Benesh should forthwith resign the Presidency of the Council seeing that Czechoslovakia (of which M. Benesh is Foreign Minister) was "a party in the affair," the Secretary-General replied that M. Benesh, before his departure from Geneva on November 25, had informed him that "if the Council placed the Yugoslav request on the agenda of the extraordinary session which is to be held shortly, he would relinquish the Presidency of the Council during the consideration of the matter."

M. Eckhardt has since replied saying that "M. Benesh's intention of relinquishing the Presidency on this condition does not appear satisfactory to the Hungarian delegation." M. Eckhardt contends that as a decision has to be taken whether the matter shall be placed on the agenda of the session, M. Benesh cannot be President at the moment when that decision is made, quite apart from being President during the discussion of the substance of the question.

The Secretary-General of the League in his reply states that M. Benesh having notified his intention to relinquish the Presidency of the Council, Article 5 of the Council's rule of procedure takes effect, and becomes applicable. By this rule, the Secretary-General is required to apply to the last President or, if he is unable to act, to his predecessor.

M. LAVAL'S SPEECH

BERLIN COMMENT

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

BERLIN, Dec. 2

It is noted here with a certain satisfaction that the tone of M. Laval's speech in the Chamber of Deputies differed considerably from that in which M. Barthou used to speak about Germany. The word "reconciliation," says the semi-official commentary, is no longer anxiously avoided. It is evidently felt, however, that there is quite a long way to go yet before even M. Laval can attain such a goal.

NEXT INDIAN
ASSEMBLYSTRENGTH OF THE
PARTIES

CONGRESS IN MINORITY

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

DELHI, Dec. 2

The declaration over the week-end of the final results in the Legislative Assembly elections shows that the Congress Party has secured 44 of the 105 elective seats. The remainder of the elective seats are held by representatives of the Moslems, Europeans, landholders, and special interests.

The Congress Party, therefore, numbers less than half of the elected members in the House, and its position is further weakened by the fact that there are 40 nominated members, bringing the total membership of the House to 145. The party will be able to rely on the votes of nine Malaya Nationalists (members of the Pandit's Congress Nationalist Party, which is strongly opposed to the Communal Award), who will vote with the Congress members on issues bearing on constitutional reforms. It will also be supported on occasions by two Sikhs and two Unity Board Moslems (Maulana Shaikat Ali's group). This combination of 57 is likely to form a solid opposition on most constitutional matters. It is recognized here that the Moslems will hold the key position in the next Legislature, and the attitude adopted by the group led by Mr. Jinnah will largely determine the course of the voting.

WINE AND WHEAT IN
FRANCERESTRICTIONS ON AREA OF
CULTIVATION

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

PARIS, Dec. 2

Two Government Bills regarding the wheat and wine growing industries were unanimously approved by the Chamber yesterday.

The Wheat Bill marks the first step towards M. Flandin's declared aim of reducing the mass of restrictions upon the wheat market in France and thereby giving vides for their disappearance at the end of three months. A scepticism is manifested in the case of wheat, which is the only one

Übersetzung

aus "The Times" v. 3. Dezember 1934

Imperial and Foreign

KRITIK IN DEUTSCHLAND

DIE "KLEINEN HITLERS" VERSPOTTET

Von unserem Korrespondenten

Berlin, den 2. Dezember

Grosse Aufmerksamkeit erregte die relativ grosse Unabhängigkeit, die von der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" an den Tag gelegt wird. Ihr freimütiges Eintreten für solche Dinge wie das Recht des Menschen, eine eigene Meinung zu haben und auszusprechen, und ihr scharfer Spott über bestimmte Gestalten und Methoden im nationalsozialistischen Deutschland haben ihr plötzlich eine weitverbreitete Popularität verschafft.

"Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" erscheint - nach den Angaben auf seiner Titelseite - bereits seit 18 Monaten; aber bis es vor kurzem seinen jetzigen Feldzug begann, hatten nur wenige Leute davon gehört. Nun fragt sich jeder, welche Protektion es in die Lage versetzt, die örtlichen Unterführer, die "kleinen Hitler" offen zu verspotten und die weitverbreitete Unzufriedenheit über den Zwang, jeder Massnahme der Regierung oder der Partei begeistert zustimmen zu müssen, zum Ausdruck zu bringen. Im heutigen Deutschland ist die scharfe Einschränkung der Gedankenfreiheit für viele Leute die grösste Bedrückung; sie führt dazu, dass sie sich völlig von den politischen Tagesfragen isolieren. Diesen Leuten bringen die Seiten von "Wir Kriegsfreiwilligen von 1914/15" einen Zug frischer Luft.

Der Titel an sich mag dem Blatt ein klein wenig Immunität sichern; denn - wie es verschiedentlich hervorhebt - Herr Hitler war ein Freiwilliger von 1914. Es behauptete diese Woche, dass er einen Artikel gelesen und lachend gebilligt hätte, in welchem es die Robe von selbstgefälliger Überheblichkeit, in die sich die "lokalen Führer" kleiden, in Fetzen gerissen hatte. Aber dies würde das Blatt kaum retten, wenn es diesem oder jenem mächtigen Parteimitglied zu heftig auf die Zehen treten würde.

Das Interesse der Reichswehr

In dieser Woche enthält das Blatt einen besonders interessanten Beitrag. Es ist ein Artikel von Major Foertsch, dem ehemaligen Presseoffizier im Reichswehr-Ministerium. Major Foertsch gab einer kürzlich erschienen Nummer der Zeitschrift seine Zustimmung und sagte, sie drücke ähnliche Gesichtspunkte aus wie jene, die er kürzlich in einem in der Provinz-Presse erschienen Artikel geäußert habe. "Wir Kriegsfreiwilligen" gibt seiner Befriedigung über das vom Reichswehr-Ministerium gezeigte Interesse Ausdruck und druckt den Artikel von Major Foertsch ab, der eine scharfe Kritik darstellt - deutlich gerichtet gegen bestimmte Naziführer und gegen die Methoden von Leuten, die auf der Einführung militärischer Formen und Gebräuche im zivilen Leben bestehen. Er sagt wörtlich: "Lasst das Soldatspielen den Soldaten."

"Wir Kriegsfreiwilligen" fügt einen satirischen Artikel über den lokalen Naziführer im Gebiet des Oberlahnkreises hinzu, der seine Unterführer im militärischen Befehlston angewiesen hat, am "Eintopfsonntag" jeden Haushalt zu inspizieren und dafür zu sorgen, dass nicht mehr als ein Gericht gekocht wird. Das Blatt schlägt ironisch eine Verbesserung in der Durchführung seiner Anordnung vor: "Auf das Wort 'Eins' erscheint die Hausfrau an der Tür, nimmt Haltung an und hält dem Kontrolleur den offenen Kochtopf unter die Nase."

Freie Diskussion gefordert

Dieser Ton bestimmt das ganze Blatt und erklärt dessen Popularität; denn der Humor ist aus der übrigen Presse durchweg verschwunden, die ausschliesslich offizielle Meinungen und in grossem Masse amtliche Nachrichten veröffentlicht. Der letzte Leitartikel, verfasst von einem Gymnasialprofessor in der Provinz, beklagt sich bitter über die Unterdrückung der Gedankenfreiheit. "Wir dürfen nichts sagen, bald wird auch das Denken verboten; wir werden uns an alles das gewöhnen. Wenn jemand von uns sich vergisst und schlägt auf den Tisch, rücken seine Nachbarn von ihm ab." Der Verfasser plädiert für das Recht, in öffentlichen Versammlungen zu unterbrechen, Fragen zu stellen und zu diskutieren, und fragt, ob die politischen Führer Deutschlands wirklich Kämpfer bleiben können, "wenn sie nichts anderes als stummen Gehorsam vor sich sitzen sehen." Er führt seinen elfjährigen Sohn an, der ihn fragt: "Warum steht niemand von Euch auf, wenn Ihr das fühlt. Ihr seid älter und wart im Krieg", und er sagt, er finde keine Antwort. Er fürchtet, dass unter diesen Bedingungen die Millionen, die am 19. August für Herrn Hitler stimmten, "nicht nur ein Minderwertigkeitsgefühl, sondern tatsächlich eine echte Minderwertigkeit des Charakters" entwickeln werden.

Nichts dergleichen ist seit langer Zeit in Deutschland veröffentlicht worden, und die stillschweigende Billigung durch das Reichswehr-Ministerium in der laufenden Nummer hat zu vielen Vermutungen geführt.

Wir Kriegsfreiwilligen von 1914-1915

Nummer 33

Der Zeitschrift „Wir Kriegsfreiwilligen“ von 1914-15“ erscheint am 1. und 15. eines jeden Monats. Spätpostle 50 Pf. monatlich. Einzelpreis 25 Pf.

Veranstalt Berlin
Erste Dezember-Nummer

Zu beziehen durch sämtliche Deutschen
oder direkt vom Verlag
Berlin W 36, Pottauer Straße 25.

Jahrgang 1934

Zivil-Courage!

So spricht ein Mann!

Ob Er meint, daß der Soldat dassteht, um sich in die Hosen zu kratzen?
Er soll um sich greifen und nicht faulenzeln. Friedrich

Da beschäftigen wir uns nun unter wachsender Aufmerksamkeit weiterer Kreise mit den armen Zeitungen, die es heute so wenigen recht machen können und denen wir gerne etwas helfen möchten, wenns nicht so fünde, daß etwas um so weniger gedruckt wird, je mutiger wirs uns ausgedacht haben. Ist denn so weit her mit unserem Mut? Es war da noch ein anderes Feld, ihn nachzuprüfen: das der Reden, der Versammlungen, der Schulungsabende, bei denen eine Genart langst zu spät came, wenn wir den Mut hätten, augenblicklich aus dem Stuhl zu treten und zu sagen, was uns nun eingeht will und worüber wir

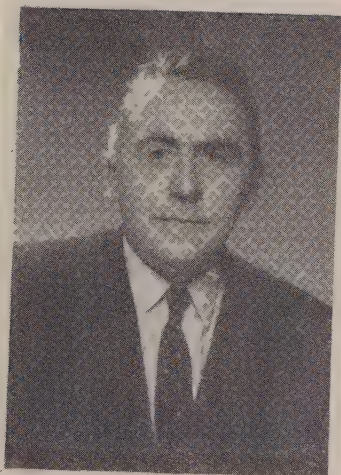
— die gemeinamen Sache zu Liebe, nicht um unserer Empfindlichkeit willen — uns gründlicher unterhalten möchten. Wir benehmen wir uns da, auch bei alten Soldaten? — Wenn man eins, um ein neues Beispiel 200-prozentiger Geschichtsforschung zu nennen, erzählt, daß die Warne verloren ging, weil Hütsch Fremdwörter haben (hades war; wenn ein anderer zum Abbruch eines bevölkerungs-politischen Kurses in munterem Scherz, unsere Töchter darauf aufmerken macht, daß man zum Ammerregen nicht notwendig verheiratet sein mußte und sie sollten sich einmal diese Reihe kräftiger SA-Männer ansehen; wenn einer sich zu- liebe anständige Witze so unauffällig be-

wachhaubert, daß man, diesen zu Liebe, um das Handtag um die Ohren schlagen möchte — was tun wir? Wir haben nichts zu bemerken; bald auch nichts mehr zu denken; wir gewöhnen uns ab. Und fällt einem unversehens einmal die Faust auf den Tisch, so rutschen die Nachbarn unmerklich zur Seite. Wir schweigen und heißen auf die Fäuste und heben die Hände, um der Sache willen, zu jeder Erklärung, die man „als zündenden Aus- gang der ergebenden Veranstaltung“ von uns verlangt.

• Warum das? Weil man uns nun so lange schon sagt, jeder uniformierte Redner sei in jedem Augenblick der Staat selbst, daß wirs nun eben glauben und uns daran halten. Ob das für den Staat ob das für alle Redner auf die Dauer gut ist? — Zwischenruf, Wortmeldung, Disziplin sind von der Demokratie viel mehr braucht worden. Aber wer mag sich denn Bismarcks Reden die herrlichen Fische wegdenken, die er dem Zwischenruf vorsetzt? Wie hätte er, wie hatte der Führer Hitler (siehe die Abfertigung des Genossen Wels in der Krolloper, wie hätten diese heutige Führer werden können, was sie sind, wenn sie nicht interpellieren gelernt hätten, wenn sie sich nicht hätten interpellieren lassen? Sind wir noch nicht so weit, daß wir die Versammlung wieder als eine Schule des Muts nehmen

sollten, für den Redner wie für den Dozent? Wollen wir auf diese einzige Möglichkeit der Ansele von vorläufig Zivil con-agierten und Schlagerfertig dauernd verzichten? Werden die Tausende von politi- schen Führern, die wir brauchen, Kampfer kleiden können, wenn sie nur stummen Gehorsam vor sich sitzen sehen?

Wir kennen die Antwort: Uebergang, Paronensfrage, wird sich geben. — Wir fürchten: es gibt bleibende Schäden, zum mindesten bei den Geführten. Selbst unter der Losung „Alles für Deutschland“ gabts eine Grenze, über die hinaus man die Urteilsfähigkeit, den Geschmack, die Selbstachtung der Geführten nicht beanspruchen sollte. — Neulich, als ein Berliner von 20 Lebensjahren bei einer Kundgebung, zu der jung und alt befohlen war, mit ausgehenden Volksgenossen so an- spreng, daß es sämtlichen Anwesenden, aber sämtlichen, über die Zustimmung (nur nicht der Press), stellte mir mein Elfsähriger die Frage: „Warum steht da niemand von euch auf, wenn sich doch alles so ärgert? Ihr seid doch alter und weiser im Krieg?“ — Was sagt darauf der allgenordnete Kriegsmutwillige? Zitat er, „Lieber Bub, als du noch nicht da warst gleich nach dem Krieg, da ist der Vater bei solchen Sachen schon aufgestanden und hat geredet oder in die Zeitung geschrieben



Jerner Schocknecht

L e b e n s l a u f

Am 19. Juni 1926 wurde ich als Sohn des Musikers Otto Stolzenburg und seiner Ehefrau Anna, geb. Müller in Anklam (Pommern) geboren. Hier besuchte ich von 1933 bis 1936 die Volksschule und ab 1936 in Wismar (Mecklenburg) die Oberschule. An der gleichen Anstalt legte ich nach meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft - der Schulbesuch hatte durch die Zeitumstände eine Unterbrechung erfahren - im Jahre 1948 die Reifeprüfung ab.

Um den Beruf eines Journalisten zu ergreifen, trat ich im Sommer 1948 als Volontär in die Redaktion der "Norddeutschen Zeitung" in Schwerin ein, verlegte jedoch bereits Anfang 1949 meinen Wohnsitz nach West-Berlin, um hier die Ausbildung fortzusetzen.

Im Wintersemester 1949/50 begann mein Studium der Zeitungswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Nachdem ich zunächst auch philosophische, germanistische und theaterwissenschaftliche Vorlesungen gehört hatte, wählte ich als verbindliche Nebenfächer Neuere Geschichte und Staatsrecht. Nach fünf Semestern in Berlin und zwei weiteren an der Universität Bonn erzwangen wirtschaftliche Gründe 1953 eine Unterbrechung des Studiums, das ich zum Sommersemester 1955 in München wieder aufnahm. Während meiner Gesamt-Studienzeit von neun Semestern nahm ich insbesondere an Kollegs und Übungen bei folgenden Herren Professoren teil, denen hiermit Dank zu sagen ich mich veranlasst fühle: Dr. Braun (Zeitungswissenschaft, München), Dr. Dovifat (Zeitungswissenschaft, Berlin), Dr. Schnabel (Geschichte, München), Dr. Braubach (Geschichte, Bonn), Dr. Herzfeld (Geschichte, Berlin) und Dr. Maunz (Staatsrecht, München).

In meiner Berufslaufbahn als Journalist war ich bisher an verschiedenen Tageszeitungen, und zwar in Berlin, Bonn und Unna (Westf.) tätig. Seit dem vergangenen Jahre verwalte ich die Pressestelle der Firma Osram.

Herbert Stolzenburg

